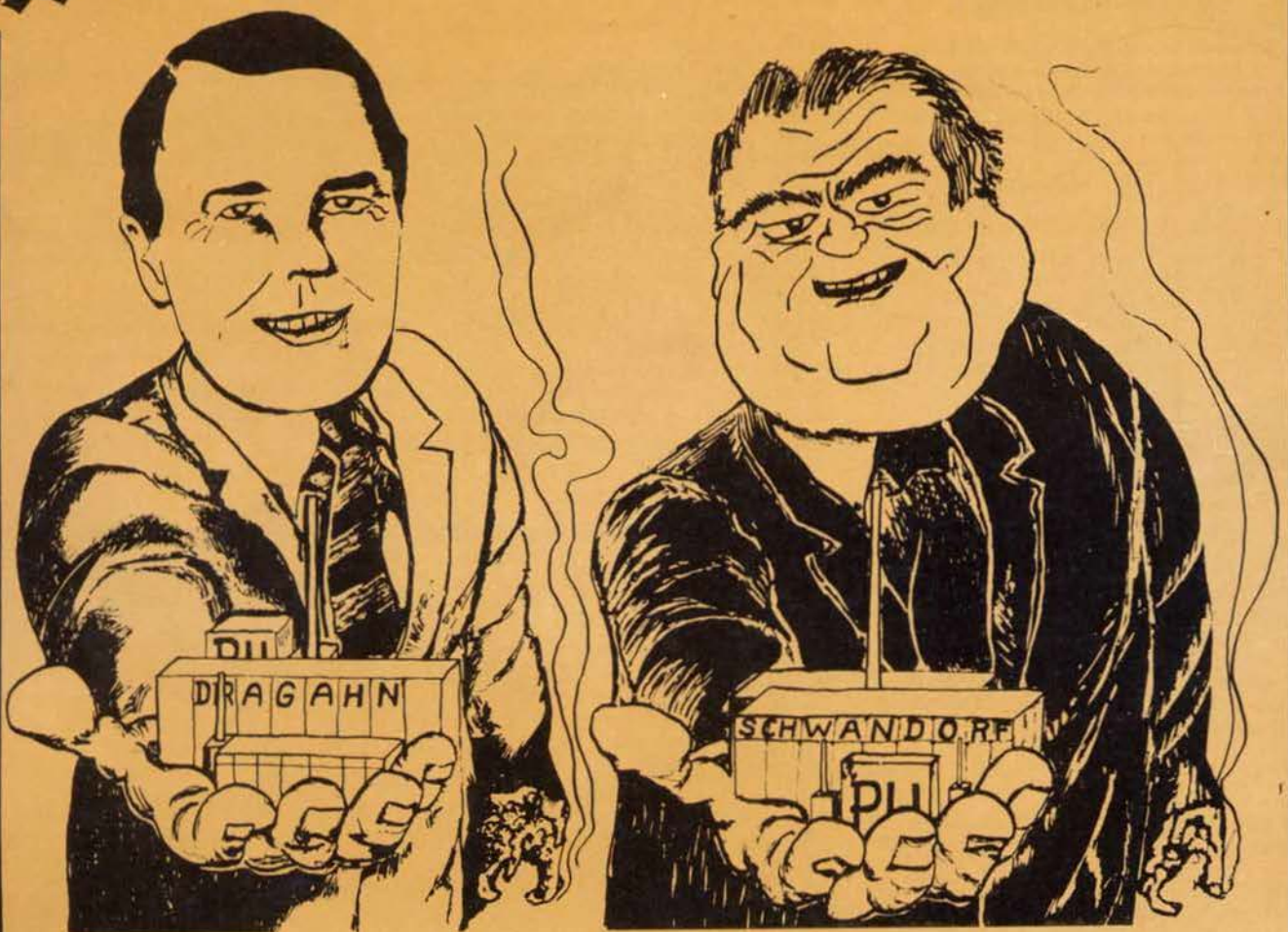


# atommüll zeitung



Hrsg.: Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen

## Atombombe für Deutschland?



## WAA MACHT'S MÖGLICH

Collection Laka foundation

[www.laka.org](http://www.laka.org)

Digitized 2016

# Sommercamps im Wendland

*Trebel ( taz ). Auf dem Regionaltreffen in Trebel wurden letzten Sonntag Perspektiven des Widerstandes gegen die WAA Dragahn und das Sorgenzentrum Gorleben diskutiert. Wir dokumentieren ein dort verabschiedetes Papier, das auch von den Vertretern der BI Lüchow-Dannenberg mitgetragen wurde:*

Wir schlagen vor, in diesem Jahr wieder Sommercamps in der Atomregion Dragahn/Gorleben zu machen.

## Sommercamps,

- die gemeinsam von Auswärtigen und Einheimischen getragen werden;
- in denen wir uns Zeit nehmen für Diskussionen und Auseinandersetzungen, um sich gegenseitig kennenzulernen und die Situation vor Ort besser einzuschätzen;
- die wir zum regen Infoaustausch und breiter Öffentlichkeitsarbeit nutzen wollen (auch zu anderen Kämpfen wie z.B. Veranstaltungen zur Startbahn-West, zur Stationierung der Mittelstreckenraketen, zum Häuserkampf usw.);
- in denen wir längerfristige Perspektiven für einen eskalierenden Widerstand entwickeln;
- in denen wir auf vielfältige Weise Aktionen gegen Baumaßnahmen am gesamten integrierten Sorgenzentrum machen;
- in denen wir eine größere gemeinsame Aktion für das Ende des Sommercamps vorbereiten;
- die etwa Mitte Juni beginnen und mindestens vier Wochen dauern (viel später wäre schlecht, weil wir nicht mit Aktionen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen ins Gedränge kommen wollen);
- die vorher in den Städten und in der Atomregion sorgfältig vorbereitet werden. Schuld an der Idee von den Sommercamps war wieder einmal Väterchen Frust.

## Frust drüber,

- daß die Anti-AKW-Bewegung vor sich hin schlummert, während sich die andere Seite mächtig ins Zeug legt;
- daß sich Perspektivlosigkeit breit macht;

*„Die machen ja eh, was sie wollen...“, „Was können wir jetzt noch machen, nachdem wir fast alles versucht haben“. Kleinere Aktionen verkommen zum Tropfen auf dem heißen Stein; Müdigkeit nach mehr als sieben Jahren Anti-AKW-Arbeit; wenig Hoffnung und Entschlossenheit...; die Zeit der „kalten Aufgüsse“...;*

- daß die Angst vor Repression und die reale Bedrohung zunimmt; auf der Solidaritätsdemo Lüneburg zu den Gorlebenprozessen sind viele schon deswegen nicht mitgelaufen, weil sie Angst hatten, vom begleitenden Polizeispalier eins über die Mütze zu kriegen...;

- über mangelnde Kontinuität in vielen Städten haben sich die meisten der bislang kontinuierlich arbeitenden Anti-AKW-Gruppen aufgelöst. Gab es in Bremen früher mal einen starken BBA, so sind jetzt viele in der Anti-Kriegs-Bewegung aktiv. In Berlin waren es die Häuserkämpfe, woanders vielleicht die Friedensbewegung oder die Grünen. Dadurch werden zwar viel stärker als früher die Zusammenhänge der verschiedenen Kämpfe klar - es geht eben nicht nur gegen die AKW's, sondern gleichzeitig auch gegen die Zube-tonierung der Städte, die Kriegstreiberei, die Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt, den zunehmenden Sozialabbau... Die Folge ist aber auch meist das sprunghafte Verzetteln von einer Aktion zur anderen, was eine Entwicklung und Kontinuität schwer macht. Es gibt zwar viele spontan gegründete Gruppen zu konkreten Aktionen (z.B. Gorlebendemo und Schacht Konrad), aber danach fehlen meist Leute, die weitermachen und neue Ideen vorbereiten.

undsowweiter... euch fallen sicher auch reichlich Gründe ein, warum's nicht klappt... bei uns hat sich daraus der Wunsch entwickelt, diese Stagnation auf-zubrechen - und die Sommercamps sehen wir als einen Versuch dazu.

In diesem und im nächsten Jahr entscheidet sich grundlegend, ob das integrierte Sorgenzentrum im Landkreis durchsetz-bar ist. Bei der Dreistigkeit und Zielstrebigkeit, mit der die Atommafia im Klüngel mit den Politikern vorgeht, ist der bisherige Widerstand zu schwach.

Wenn wir den nötigen Druck schaffen wollen, um das Sorgenzentrum aufzuhalten oder gar zu stoppen, brauchen wir eine starke Anti-AKW-Bewegung. Für uns heißt das u.a.:

- wegzukommen von „Eintagsfliegen“; einmal im Jahr zur Demo und danach Ruhe reicht nicht aus.

- wir müssen uns Zeit nehmen für längerfristige Aktionen; nicht von einer Aktion zur anderen springen, sondern das alte Konzept vom schrittweisen eskalierenden Widerstand bis hin zur Unregierbarkeit einer Region wieder aufzunehmen; konkret z.B.: eine Planung für das nächste halbe Jahr (Juni - Dezember) entwickeln;

- im Idealfall: kurzfristige Konzentration vieler AKW-Gegner auf die Region für diesen Zeitraum;

● die Bereitschaft jedes Einzelnen zu fördern, auch weitergehende persönliche Konsequenzen in Kauf zu nehmen;

- daß wir uns von Aktionen nicht distanzieren, nur weil sie illegal sind;

● daß wir das ganze integrierte Sorgenzentrum als Ganzes und nicht nur die WAA etwa verhindern wollen!

Durch Dragahn wurden wieder viele neue Leute mobilisiert. Jetzt kommt es darauf an, daß wir alte Fehler nicht wiederholen (Fixierung auf Parlaments- und Gerichtsentscheidungen; steckenbleiben in Öffentlichkeitsarbeit und rein symbolischen Aktionen...).

Wenn wir entschlossen sind, daß wir die Anlagen verhindern wollen, können wir uns gegenseitig Mut machen, der sich auch in unseren konkreten Aktionen ausdrückt.

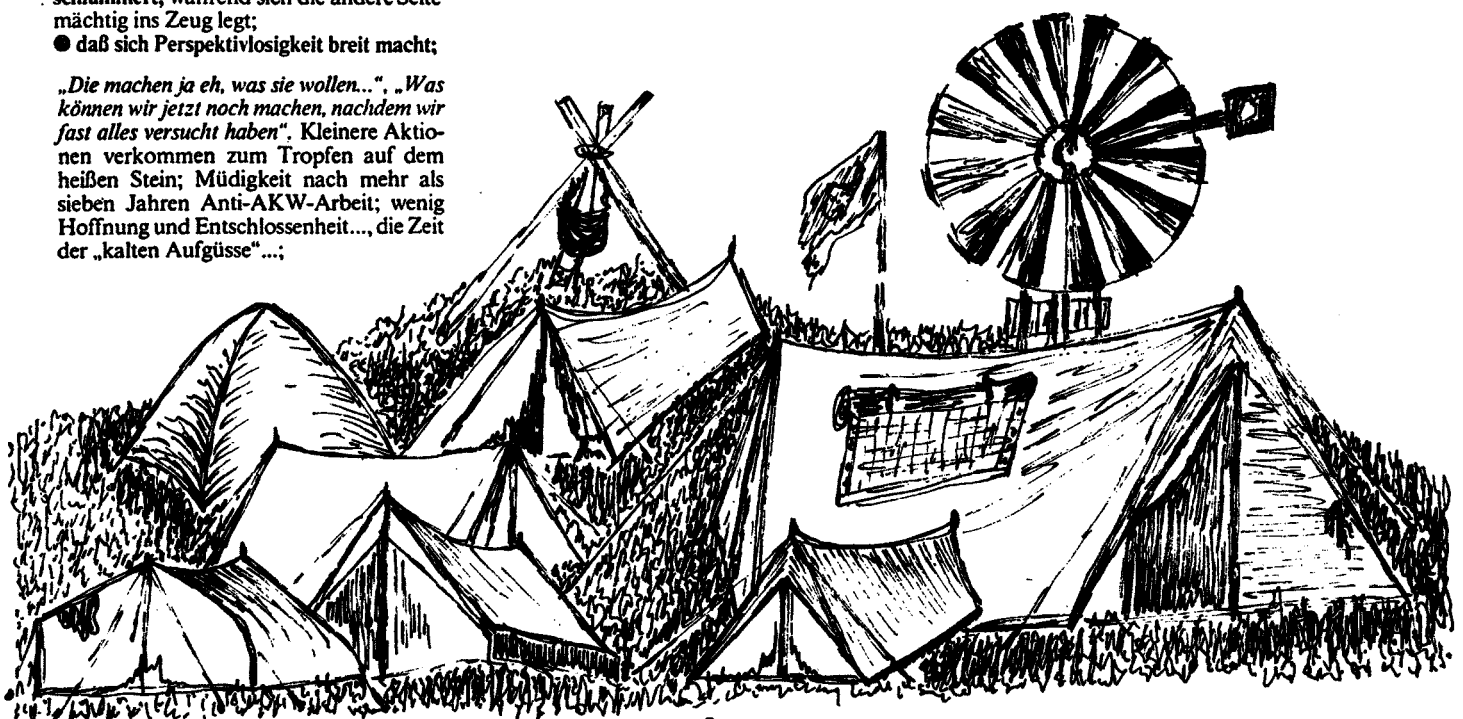
Soweit für den Anfang.

Wentschiremus und liebe Grüße!

Regionalkonferenz der Atomregion Gorleben/ Dragahn am 13.3.1983

Diskutiert diesen Vorschlag bitte in euren Gruppen und schickt eure Ergebnisse an die Kontaktadresse: c/o Hannes Kempmann, Jabel 6, 313 Lüchow 9.

**Nächster bundesweiter Vorbereitungs-treff: 30 April, 14.00 Uhr, Gasthaus Behr, Gütten (Lüchow-Dannenberg).**





# Aus dem Inhalt

## Der Widerstand an den WAA-Standorten

### Lüchow-Dannenberg

- Seite 6 ..... Widerstandschronologie, Teil II  
 Seite 8 ..... Albrecht: Ja zum Standort Dragahn  
 Seite 14 ..... Prof. Grimmel zum Standort Dragahn  
 Seite 10 ..... WAA und Wirtschaftsstruktur  
 Seite 12 ..... Überlegungen zum weiteren Widerstand

### Oberpfalz:

- Seite 16 ..... Der örtliche Widerstand gegen die Bayern-WAA  
 Seite 20 ..... Wohin kommt die 1. WAA?  
 Seite 36 ..... Großdemonstration gegen WAA-Baubeginn



## Gorleben/ Dragahn – Hearing 1983

- Helmut Hirsch: Fazit des Hearings 1983 ..... Seite 22  
 J.P. Schapira: WAA in Frankreich umstritten ..... Seite 25  
 Grupp (BRD)/Thompsons (USA): Ziviles Plutonium für Atomwaffen ..... Seite 26  
 W. Patterson: Die zivil- militärische AKW-Nutzung in Großbritannien ..... Seite 28

## Anti-AKW Bewegung und CDU/CSU Staat

- Seite 4 ..... Atomexpress beschlagnahmt  
 Seite 32 ..... „Landesfriedensbruch“ (§ 129) und Anti-AKW-Bewegung  
 Seite 33 ..... Kriminalisierung  
 Seite 34 ..... Diskussionsbeitrag zur „Wende“

....die sind ja immer noch da....



## \*\*\*\*\* ACHTUNG, ÄNDERUNG ! \*\*\*\*\*

Liebe Abonnentin, lieber Abonnent,

Bisher haben wir den Abos pro Heft immer eine Rechnung beigelegt. Das war sowohl für uns eine Menge Arbeit als auch für Euch; dazu kamen jedesmal noch die Kontogebühren fürs Überweisen oder sogar Gebühren fürs Bareinzahlen. Das mußte anders werden, haben wir uns gedacht und so ist es jetzt:

**Die Atommüllzeitung kostet jetzt (inkl. Porto) für 4 Ausgaben DM 14,— im Voraus.**  
 Wir hoffen, daß Ihr mit dieser Regelung einverstanden seid.

Zwischen der Redaktionsgruppe der Atommüllzeitung und der Gruppe Ökologie ist eine Zusammenarbeit beim wissenschaftlich technischen Teil der Zeitung vereinbart. Die Mitwirkung der Gruppe Ökologie bezieht sich auf die Erstellung des Konzepts dieses Teils, auf das Regidieren, sowie auf das Verfassen einzelner Beiträge. Kontaktadresse Gruppe Ökologie, Immengarten 31, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/6963130

## 129a —

In einer gut vorbereiteten und groß-angelegten Aktion sind am Morgen des 9. März die Büro-Räume des Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, eine Druckerei sowie die Wohnungen von Redakteuren und angeblichen Mitarbeitern des Atom Express durchsucht worden. Gegen sie wurde ein Verfahren nach § 129a (Werbung für eine terroristische Vereinigung) eingeleitet. Begründet werden diese Schritte mit einer im Atom Express (AE) Nr. 32 abgedruckten Erklärung der Revolutionären Zellen zum weiteren Widerstand gegen den Schnellen Brüter in Kalkar, die der Redaktion anonym zugesandt worden war.

Schon am Vorabend der Durchsuchung waren Haustüren von „Unbekannten“ so präpariert worden, daß sie von außen problemlos geöffnet werden konnten. Um Punkt sechs Uhr drangen jeweils 10 bis 15 Beamte des Landeskriminalamts (LKA) Hannover in Begleitung von Staatsanwälten und bei weiträumiger „Sicherung“ durch die Göttinger Polizei in die Wohnungen ein, wo sie sich bis zu vier Stunden aufhielten, um Zimmer zu vermessen, Bücherregale und Unterlagen zu fotografieren, eine Vielzahl von Schreibmaschinenproben zu nehmen, Keller und Bodenräume auszuleuchten, zwei Autos zu inspizieren und zu durchwühlen, Akten und Papiere zu sichten und Beschlagnahmen zu tätigen: Neben der gesamten Restauflage des Atom Express Nr. 32 wurden auch private und politische Adressenlisten, Rechnungsdurchschläge, persönliche Aufzeichnungen und Broschüren mitgenommen. Drei Leute wurden nach Abschluß der Durchsuchungen im Göttinger Polizeirevier erkennungsdienstlich behandelt.

Seit diesem Tag sind Mitarbeiter und Freunde des Atom Express beispielsweise Überwachungs- und Zermürbungsmaßnahmen ausgesetzt. Sie werden ganz offen rund um die Uhr beschattet, Post und Pakete werden geöffnet (einer der Betroffenen bekam einige Tage überhaupt keine Post, an die Privatadresse adressierte Briefe finden sich verspätet im Postfach des Arbeitskreises, ein Paket wurde auf dem Weg zwischen Absender und Empfänger total mit Pflaster und Klebestreifen verklebt), die Telefone der Atom Express Mitarbeiter, ihrer Rechtsanwälte sowie von Ratsmitgliedern der Göttinger AGIL werden abgehört (Telefongespräche werden unterbrochen, die Nummer eines Rechtsanwalts war zeitweilig blockiert, seltene „Konferenzschaltungen“ machen es möglich, Gespräche zu viert zu führen, die Freundin eines Betroffenen wurde, obwohl sie die Privatadresse angerufen hatte, mit der Arbeitsstätte verbunden) und es besteht der Verdacht, daß die Wohnungen direkt abgehört werden. Dieser zerstörerische Überwachungsterror und Psychokrieg, der mit „Ermittlungstätigkeit“ nun überhaupt nichts mehr zu tun hat, soll die Betroffenen einschüch-

tern, für Desorientierung und die Erzeugung von Kurzschlußhandlungen sorgen. Die Möglichkeit jederzeitiger Inhaftierung ohne Angabe von Gründen schwebt ständig über den Atomexpresslern, die Handhabe dazu gibt der § 129a. Erster „Erfolg“ dieser Kampagne — dem Atom Express wurden die Büroräume gekündigt.

Dies ist nicht der erste Versuch, die Arbeit der Zeitung und des Arbeitskreises einzuschränken und zu kriminalisieren. 1979 flogen zwei Spitzel des LKA, Politische Abteilung, nach etwa halbjährlicher „Tätigkeit“ beim Arbeitskreis auf; 1980 kam eine Anklage wegen „Aufruf zur Gewalt“; 1982 wegen „Angriff auf das Fernmeldegesetz, Beleidigung von Staatsorganen und Billigung von Gewalt“, beide Verfahren wurden eingestellt (das letzte einen Tag nach der Razzia).

In diesem Fall wird jetzt mit dem Holzhammer zugeschlagen, das Verfahren wird gleich vor dem Oberlandesgericht Celle eröffnet. Begründung des Durchsuchungsbefehls war u.a., daß „sich im Gewahrsam der Beschuldigten Aufzeichnungen darüber befinden, wie und mit welcher Beteiligung es zur Aufnahme der Erklärung in die Ausgabe Nr. 32 gekommen ist.“ Die gleiche Hoffnung hatte die Staatsschützer zur Durchsuchung der Redaktion der Berliner Zeitung Radikal im Dezember letzten Jahres bewogen. Anlaß war ebenfalls die Kalkar Erklärung der RZ. Ob sich der Staatsschutz ernsthaft erhofft, auf diese Weise das Puzzlespiel RZ, „die sich sowohl aus dem Untergrund wie aus der IG-Metall melden“ (AE-Erklärung) „bei deren Erklärungen man nicht wisse, ob sie von den „echten“ oder ihren Nachahmern stammen“ (so der nieders. Innenminister in der „Gewaltdebatte“ Anfang des Jahres im Landtag) zusammensetzen zu können, sei dahingestellt. Klar hingegen ist, daß hier die wichtigste Zeitung der Anti-AKW-Bewegung wegen ihres „Gesamtzuschnitts“ (so der Durchsuchungsbefehl) mundtot gemacht werden soll.

Wir fordern alle Leser unserer Zeitung auf, sich massiv diesem Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit von Bürgerinitiativen entgegenzustellen. Die Atom Express Redaktion (Anschrift: Postfach 1945, 3400 Göttingen) braucht jetzt Solidarität nötiger denn je.

Im Folgenden noch ein Beitrag der Atomexpressler zum § 129a und eine noch etwas ältere (leicht gekürzte) Stellungnahme von uns, die an taz u.a. Zeitungen gegangen ist. Beigelegt haben wir dieser Atommüllzeitung eine Solidaritätsunterschriftenliste, die ausgefüllt nach Göttingen zurückzuschicken ist.

Ato

Zeitung der Initiative gegen Atomenergie

## § 129a — ein Paragraph

Gegen die presserechtlich Verantwortlichen des Atom Express wurde 1976 als Ergänzung des § 129 („Kriminalisierung gegen Atomenergie“)

„Bildung terroristischer Vereinigungen.“

(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck

1. Mord, Totschlag oder Völkermord ...

2. Straftaten gegen die persönliche Freiheit ...

oder

3. gemeingefährliche Straftaten ...

zu begangen, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Teilnahme, oder wer sich an einer solchen

Nein!

## Solidarität mit dem A

Am 9. März 1983 um 6 Uhr morgens wurden die Redaktionsräume des ATOM EXPRESS in Kalkar durchsucht.

In dem Durchsuchungsbefehl des Oberlandesgerichtes Celle (Staatsschutzkammer) des ATOM EXPRESS Nr. 32 vorgeworfen, „für eine terroristische Vereinigung dieser Vorwürfe mit dem Abdruck des Artikels mit dem Titel 'Kalkar — und wir Schnellen Brüder auseinander'“. Der Artikel war dem ATOM EXPRESS am 1. März 1983 mit dem Titel „Revolutionäre Zellen“.

Mit den Durchsuchungen und vor allem mit dem Vorwurf des „Werbens für eine Straftat“ (6 Monate Gefängnis) wird versucht, den ATOM EXPRESS als bündnisfähig und presserechtlich Verantwortlichen hinter Gitter zu bringen, bzw. ihn zu zerstören.

Wir protestieren gegen diesen massiven Kriminalisierungsversuch des Staatsschutzes gegen den ATOM EXPRESS und seine presserechtlich Verantwortlichen.

Bis Ostern haben sich die folgenden Gruppen und Organisationen mit dem ATOM EXPRESS solidarisiert:

Die Grünen KV, Linke Bundesarbeitsrat, AGIL, Buchladen Rote Str., Friedensbündnis, D. Werkstatt Verlag, Bundesweit, Regionalkonferenz städtischer, Bi. AK gegen Atomenergie Salzgeber, Die roten, De. Schmitz/Born, Konkret-Redaktion u. Verlag, Elephanten/Größen, BDP/LV Hesse, derheim, Ha. We. G./Bode/haus, Kulturfest HH-Barmbek, CY/IM HH-Eppendorf, Anti-Atom, Jos. Fritz/Freiburg, Bi. Moers, Bi. Altona, ESO Cuxhaven-Zeilfeld, Buchhandlung im Ogegnal, Brühl, Initiative Umweltschutz Beckum, Friedensbündnis Eppendorf, OFR/Osnabrück, Bi. Osnabrück, Bi. Stoll, Kalkar, Die Grünen Kiewe, Die Grünen/RV Siegburg, Cardabele-Buch, Ermittlungsausschuss Braunschweig, Internationalismus-Buchladen Hannover, Flensburger Bi., bi. ASIA Uni Köln, Koblenzer Bi., Aragon Buchhandlung Moers, Anti-Atom-Büro Bi. Viertel/Köln, Korbuch Verlag/Berlin, Hamburger Friedenskoordination, Buchladen Barmstedt, Die Grünen im Heusen Landtag, AK gegen Atomenergie Wolfsburg, atomistische scharf/Druckkollektiv Kassel, Stadtzeitung Kassel, Kobus/Enden, Bürgeraktion Emden, AK, enbuchladen Braunschweig, Buchladen Dietz/Dietz, Wechewerk/Berlin, Die Ök. radikal/Berlin, Regenbogen-Buchvertrieb, Bi. Ulfen, BRU Holstein, AGL, Bi. Celle, Bi. Celle, Weiterleben gegen die Unterdrückung von mehreren tausend Einzelprotesten vor, viele Initiativen Bitte unterstützen uns weiter, unterschreibt diese Erklärung, sammelt Unterschriften und Inform.

Kontaktadresse: Atom Express, Postfach 1945, 3400 Göttingen.

Konto: „Spendenkonto Atom Express“ Städt. Spark. Göttingen, Nr. 18003483 BI.

Protestschreiben an: Oberlandesgericht Celle - Staatsschutzkammer - 3100 C

S 1934 F

Nr.32 Jan./Feb.83 3-DM

# Atom Express



## h gegen die Bewegung!

Atom Express wird nach § 129 a StGB ermittelt. Dieser Paragraph (die Vereinigung) in das Strafgesetzbuch eingeführt. Er lautet:

... oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, ...

Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt, ...

... bis zu fünf Jahren bestraft.

... einigung" wird also mit dem gleichen Strafmaß ...

... Mitgliedschaft in ihr oder ihre Unterstützung ...

... eine reine Definitionsfrage. Und dort, wo das Strafrecht dazu dient, ...

... trüglischer Gesinnung zu kriminalisieren, da wird entsprechend definiert. ...

... neuen Mitglieder" bestimmt, so hat die Justiz den Begriff des Bundes ...

... und Kriminalisierung auszuweiten. Nach einer Entscheidung des Bundes ...

... erbung" dann vor, wenn eine "Stärkung der Vereinigung ... mit den Mitteln ...

... lungenstreiks der "RAF"-Gefangenen im Frühjahr 1981 wurden serienweise ...

... en verhängt, die sich öffentlich für eine Aufhebung der Isolationshaft und für ...

... en eingesetzt haben. Die abstruse "Logik" der Gerichte: Wer sich für verbesserte ...

... alle die RAF stärken, und wer die RAF stärken wollte ...

... Möglichkeit, die "Werbung für Hausbesetzer" zu kriminalisieren, nachdem der ...

... daß Hausbesetzer (nicht Besitzer) eine kriminelle Vereinigung nach § 129 bilden ...

... Westberlin etliche Ermittlungsverfahren gegen Hausbesetzer wegen Bildung einer ...

... dem Innenminister Lummer (CDU) unter Berufung auf diesen Paragraphen besetzte ...

... räumen ließ.

... läßt sich bequem gegen Zeitungen und Redakteure schwingen: beim § 129a wird ...

... ußerung zum Delikt. Mehr noch. In den Augen des Staatsschutzes liegt eine "Wer- ...

... der Atom Express - Meinungsäußerung dokumentiert und unzensuriert zur Diskus- ...

... nach einer derartigen Erklärung ohne Distanzierung durch die Redaktion müßte - die Ver- ...

... t aussetzen, mit den Zielen der Verfasser zu sympathisieren und sie sich zu eigen zu machen. ...

... Verbreitung wäre für sich geeignet, die terroristische Vereinigung "Revolutionäre Zellen" mit ...

... Propaganda zu unterstützen und sie hierdurch zu stärken." (Durchsuchungsbeschuß ge- ...

... rs, der propagiert. Daß der Atom Express eine Propagandafiliale der "RZ" ist, glaubt der ...

... er nicht. Aber merke: Wer sich von "Terrorismus" nicht distanziert, der ist selber einer! ...

... der Staatsschutz zu "Sympathisanten" und "Werbern" erklärt, ist der § 129a zu einem der ...

... mente der Gesinnungsjustiz geworden. Weil "Werbung" mit der Mitgliedschaft in einer "ter- ...

... gung" gleichgesetzt wird, ermöglicht allein der Vorwurf des "Werbens" ...

... Untersuchungshaft ohne weiteren Haftgrund ...

... Kontrollzellen und Straßensperren zur Ergreifung der "Werber" ...

... ung ganzer Wohnblöcke und Gebäudekomplexe ...

... ig der Trennscheibe bei Haft ...

... g unter die Kontaktsperre, wenn diese angeordnet wird ...

... von Telefonüberwachung ohne besondere Erlaubnisse ...

... Abs. 2 StGB würde jeder, der von einer terroristischen Werbung Kenntnis hat und dies nicht mel- ...

... strafbar (bis 5 Jahre Knast).

...

...

...

...

...

...

...

...

## Atom Express

EXPRESS - der bundesweiten Zeitung der Initiative von ca. 70 Beamten des Landeskriminalamtes

... wird den 4 presserechtlich Verantwortlichen ...

... erworben zu haben" (§ 129a). Begründet wird ...

... weiter", der sich mit dem Widerstand gegen den ...

... anonym zugeschickt worden und war unterzeichnet ...

... ne terroristische Vereinigung" nach § 129a (Min- ...

... lesweite Zeitung gegen Atomenergie mündet zu ...

... ihre berufliche und soziale Existenz zu zerstören. ...

... tutzen und fördern die Aufhebung der Ermittlung- ...

...

...

...

...

...

...

...

...

**Nicht zur**

**Tagesordnung**

**übergehen!**

# beschlagnahmt!

(...) Diesen Angriff kann nur auf die leichte Schulter nehmen, wer völlig blind ist. Was folgt denn aus dem jetzigen Vorgehen von LKA und BKA? Schlimmstenfalls wandert der Göttinger Redaktionskern in den Knast. Das allein würde das Ende des Atomexpress bedeuten. Aber auch Bewährungsurteile oder Geldstrafen könnten den Atomexpress in seiner jetzigen inhaltlichen Breite gefährden. Unabhängig von subjektiven Willen macht das Damoklesschwert neuer künftiger "Terrorismus" - Kampagnen und Anklagen die Schere im Kopf zum ständigen Gast bei Redaktionssitzungen. Eine wirklich offene Debatte über alle notwendig erscheinenden Widerstandsformen, über längerfristige Strategien etc.pp. ist unter solchen Umständen für eine BI - Zeitung mit großer Verbreitung und relativ regelmäßiger Erscheinungsweise kaum noch drin.

**SO ODER SO BESTEHT DIE GEFAHR DAß DER ATOM-EXPRESS IN SEINER JETZIGEN FORM EINGEMACHT WIRD!**

Die Anti - AKW - Bewegung ist zwar geschrumpft, verfügt aber nichtsdestotrotz über eine höhere Organisiertheit, über eine bessere Kommunikation und über mehr Erfahrungen mit Widerstandsformen jeglicher Art als alle vergleichbaren Bewegungen. Es ist bezeichnend, daß es eine dem Atomexpress vergleichbare Zeitung auf sonst keinem Widerstandssektor gibt.

Wir gehen davon aus, daß Zimmermann und Co. den Atomexpress kaputt kriegen wollen weil dieser verankert ist trotz bzw. vielleicht auch gerade wegen seiner Bereitschaft, auch über militante Strategien eine Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Die Startbahn - Bewegung hat zuletzt gezeigt, daß die Politik der Herrschenden durchaus breite Bürgerbewegungen dazu bringen kann, über rein symbolische Widerstandshandlungen hinauszugehen. Wie es in dieser Hinsicht mit der Friedensbewegung weitergehen wird, wenn die Nachrüstung durchgesetzt wird und der Krieg näher rückt, ist ungewiß. Viel wird davon abhängen, ob der Widerstand in die staatlich angeordneten Schranken gewiesen und somit kalkulierbar gemacht werden kann. Daß eine Zeitung wie der Atomexpress diesem Ziel genau im Weg steht, ist klar. Verschwindet er von der Bildfläche, wäre eine potentielle Nahtstelle zwischen "alter" Anti - AKW - Bewegung und den neuen Massenbewegungen zerstört. Aus diesem Zusammenhang heraus ist u.E. die Solidaritätsarbeit mit den Göttingern so unendlich wichtig.

Unsere Solidarität und unser Appell zur Solidarität mit den Göttingern ist nicht uneigennützig. Wir haben in unserer Redaktion die Göttinger Ereignisse mit den Nürnberger Massenverhaftungen ("Komm") und dem Terrorurteil gegen Markus und Michael verglichen. In all diesen Fällen hat die Staatsmacht die Markierungspunkte für das, was in diesem Land möglich ist, ganz hübsch nach rechts versetzt. Es gab dann zwar anfänglich eine mehr oder weniger große Empörung, aber die Massenverhaftungen n a c h Nürnberg, die Terrorurteile n a c h Itzehoe (z.B. im Rahmen der gerade laufenden Schacht - Konrad verfahren) - all das wird von den bürgerlichen Medien total ignoriert und von linken Medien unter "ferner liefen" gebracht und von den meisten von uns als "nichts besonderes" achselzuckend registriert. "Man" ist ja schon ganz anders gewöhnt... (Es sei denn, es erwischt einen selbst!) Gelingt dem BKA in Göttingen der Durchmarsch, dann dürften Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen etc.pp. auch bei anderen BI - Zeitungen zum Regelfall werden. Und laufen sie unterhalb des Göttinger "Levels", wird jedermann/frau sich schnell daran gewöhnen...

Es geht u.E. nicht speziell um die RZ, sondern um die Debatte, die auch wir von der Zeitungsarbeit kennen: Sabotageaktionen in Gorleben - kommt das rein, wenn ja: in welcher Form etc.. D.h. es geht um die Disziplinierung der alternativen Medien insgesamt.

Wir müssen jetzt die Göttinger Ereignisse an die große Glocke hängen, die 2 Millionen - Wählerschaft der Grünen aufschrecken, die über den Göttinger Arbeitskreis erhältlichen Protesterklärungen in die Initiativen tragen usw..

Noch stehen wir mit unserer Forderung nach Einstellung der Verfahren nicht mit dem Rücken an der Wand...

Aus einer Erklärung der Atommüllzeitung



# Dragahn- Chronologie

## Zweiter Teil



**3.2.83** Das Landvolk Hitzacker spricht sich mit 40 gegen 11 Stimmen bei 8 Enthaltungen gegen eine WAA in Dragahn aus. „Wir sehen in diesem Vorhaben eine unmittelbare Bedrohung der Existenz unserer landwirtschaftlichen Betriebe.“

**18.2.83** Die FDP Lüneburg lehnt die WAA in Dragahn ab, da dieses Gebiet durch Land- und Forstwirtschaft geprägt sei.

**20.2.83** Mit 300 Traktoren und 2.500 Freunden demonstrieren Bauern aus Lüchow-Dannenberg und aus den Kreisen Lüneburg und Uelzen gegen eine WAA in Dragahn. Anlaß ist die bevorstehende Gemeinderatssitzung in Karwitz. Dem Samtgemeindebürgermeister Wojahn wird auf dem Marktplatz in Dannenberg eine Resolution der Bäuerlichen Notgemeinschaft überreicht. Gefordert wird ein „*eindeutiges und unwiderrufliches Nein*“ gegenüber Albrecht und der Atomindustrie.

**21.2.83** Unter dem Motto „Schweigen für das Leben“ erinnern Bürger und Pastoren an die vor sechs Jahren getroffene Entscheidung zur Errichtung von Atomanlagen im Landkreis.

**23.2.83** Der Rat der Gemeinde Nahrendorf spricht sich gegen eine WAA in Dragahn aus. Der Karwitzer Gemeinderat stimmt mit 5 gegen 4 Stimmen für eine Standortuntersuchung in Dragahn aus. Die Ratsherren werden anschließend unter Polizeischutz in ihre Häuser gebracht.

**25.2.83** In einer „*turbulenten*“ Sitzung wird Fritz v. Blottnitz zum Vorsitzenden des Landvolk-Bezirksverbandes Lüchow gewählt. Er gehört zur Bäuerlichen Notgemeinschaft und zu den Landwirten, die wegen der Treckerblockade 1979 vor Gericht gestellt und verurteilt wurden. Auch er hatte wegen der „neutralen“ Haltung des Landvolks in Sachen WAA seine Beiträge storniert. In einer weiteren Abstimmung stimmten 18 Landwirte für Dragahn, 83 dagegen.

**1.3.83** Das 1980 noch als Vorranggebiet für die Wasserversorgung ausgewiesene Dragahn/Karwitz taucht plötzlich in den Raumordnungskarten für 1983 nicht mehr auf.

**2.3.83** Der Verein Naturpark Elbufer-Drawehn sieht keine Interessenkollision zwischen einer WAA in Dragahn und dem Naturpark. Eine Diskussion zu dem Thema wird abgelehnt. Der in seiner Funktion als Oberkreisdirektor Poggendorf, der gleichzeitig Antragsteller für die WAA ist, sieht keinen Anlaß für seinen, von Einzelmitgliedern geforderten, Rücktritt.

**3.3.83** Der Samtgemeinderat Dannenberg lehnt nach dreistündiger Debatte mit 16 gegen 14 Stimmen eine Standortuntersuchung in Dragahn ab.

**7.3.83** Während der Generalversammlung des Milchkontrollvereins erklärt der Vorsitzende, Adolf Marquard, der Verein stehe weder pro noch kontra zur WAA. Der Verein solle sich nicht auch noch auseinanderdividieren, wie es bereits die Kreislandvolkspitze fertigbekommen habe.

**12.3.83** Nach der SPD-Fraktion spricht sich auch die UWG-Fraktion im Samtgemeinderat Dannenberg gegen die Behauptung aus, der Beschluß gegen die WAA sei unter starkem äußerem Druck zustande gekommen. Wenn es überhaupt Pressionen gegeben habe, dann ausschließlich von Seiten der DWK und der CDU gegenüber ihren Fraktionskolligen, die die WAA aus innerer Überzeugung ablehnen.

**14.3.83** Die Ärztliche Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz fordert Albrecht auf, auf einen WAA-Standort Dragahn zu verzichten.

**16.3.83** Die Vollversammlung der Handwerkskammer Lüneburg Stade verabschiedet eine positive Resolution zum Bau einer WAA in Dragahn.

### „Überfall“ in DWK-Infostelle

Dannenberg. Gestern nachmittag kamen kurz vor 15 Uhr etwa 15 bis 20 Personen, junge Frauen und Männer, in die DWK-Infostelle Dannenberg und begannen wortlos, sämtliches Informationsmaterial aus den Regalen und von den Wänden an sich zu nehmen. Darunter befanden sich auch hochwertige Bilddarstellungen, die fest an den Wänden angebracht waren. Ihr Sprecher „begründete“ gegenüber dem DWK-Mitarbeiter die Aktion mit dem Informationsbedürfnis, nach zwei Minuten war der Spuk vorbei. Die DWK wird wegen dieses erstmaligen Vorfalles keine Anzeige erstatten. Sie appelliert jedoch an die Beteiligten, „vor einem Dialog nicht zu kneifen“.



NUR GRILL UND  
SEINE MAFIA  
SIND FÜR DIE WAA

Albrecht, D  
ärgerst uns, bis  
RÜN s



**17.3.83** Bei einer Bezirksversammlung des Wustrower Landvolks sprechen sich 2/3 der Mitglieder gegen eine WAA im Landkreis aus.

**18.3.83** Der Stadtrat Hitzacker schließt sich mit 8 gegen 4 Stimmen einer Resolution des Landvolk-Bezirksverbandes Hitzacker an, in der sich die Landwirte entschieden gegen eine WAA in Dragahn wenden.

**20.3.83** Mit 4 Gegenstimmen, bei einer Enthaltung, lehnt der Gorlebener Gemeinderat eine Stellungnahme zu Dragahn und damit einen Antrag der UWG ab. Der Gemeinderat hatte damals seine Zustimmung zum Zwischenlager vom Verzicht auf eine WAA im Landkreis abhängig gemacht.

**22.3.83** In einer Pressekonferenz gibt Albrecht bekannt, daß sich die nieders. Landesregierung für den Bau einer WAA in Dragahn entschieden hat. Sie wird einen Antrag der DWK entgegen nehmen und prüfen. Während der Pressekonferenz kommen fünf Frauen der BI Lüchow-Dannenberg in das Gästehaus und wollen mit Albrecht sprechen. Die Pressekonferenz wird unterbrochen, bis die Frauen das Haus wieder verlassen.

Rund 70 AKW-Gegner treffen sich auf dem Dannenberger Marktplatz zu einem einstündigem Schweigen, dazu läuten mehrere Minuten die Glocken. Anschließend demonstrieren 300 Gegner mit einem Fackelzug durch die Stadt. H.W. Zachow erklärt auf der Kundgebung: „Der Beschluß der Landesregierung ist eine Provokation zum Unfrieden.“ (EJZ v. 24.3.83) Am Abend findet eine improvisierte Veranstaltung mit 200 Menschen statt.

Die Jahreshauptversammlung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Ortsverwaltung Dannenberg fordert die Mitglieder der DPG im Bundesvorstand und Bundesausschuß der DPG auf, sich dafür einzusetzen, daß der DGB eine WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg ablehnt.

**23.3.83** 30 Mitglieder der BI stellen sich zu einem Schweige-Protest in die hannoversche Innenstadt.

Der Samtgemeinderat Gorleben befürwortet mit 9 gegen 3 Stimmen eine WAA in Dragahn. Bürgermeister der Samtgemeinde ist Rathje, der der Vorzeige - WAA - Gegner der CDU war, aber nach den Bundestagswahlen seine Meinung änderte.

**24.3.83** Die SPD - Fraktion im Dannenberger Samtgemeinderat kritisiert die Entscheidung der Landesregierung.

**25.-28.3.83.** In Hannover findet das Gorleben - Dragahn - Hearing statt, das von der Gruppe Ökologie, Hannover, organisiert wird. (siehe hierzu S. )

**28.3.83.** Vor 450 Zuhörern werden in Dannenberg die Ergebnisse des Hearings zusammengefaßt. Anschließend berichtet Fritz Burckhardt, Vorsitzender der Schwandorfer BI vom Widerstand in Bayern.

**29.3.83** Der Landessuperintendant Tieleman erklärt in einem Interview, daß er die Entscheidung der Landesregierung respektiere. Er wies auf die Notwendigkeit hin, im Gespräch miteinander im Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht zu resignieren, sondern einen neuen Anfang zu machen. „Die Aufgabe der Kirche muß es sein... für ein offenes Gespräch zwischen allen Gruppen einzutreten und sich an diesem Gespräch zu beteiligen. Voraussetzung dafür ist, daß der Rechtsfriede im Landkreis erhalten bleibt und daß alles getan wird, die gegenseitige Glaubwürdigkeit wieder herzustellen.“ (EJZ. v. 30.3.83)

**30.3.83** Der ehrenamtliche Leiter des Museums in Dannenberg, Dr. Rudolf Birkholz, erklärt in einer Zeitungsanzeige, daß er aus Protest gegen den Bau einer WAA in Dragahn das Museum ab 1. Juni 1983 nicht mehr betreten wird.





# ALBRECHT:

# JA ZUM STANDORT

Dreieinhalb Monate nach dem Treffen Albrechts mit Lüchow-Dannenberg Kommunalpolitiker, bei dem über den Bau einer WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg gesprochen wurde, fiel die Entscheidung: Dragahn soll Standort für eine WAA werden. Der Standort liegt im Naturschutzpark Elbufer-Draehn, auf einem Gelände, das die nieders. Landesregierung vor einiger Zeit zum bevorzugten Wassergewinnungsgebiet erklärt hatte. Aber, so Albrecht in einem Interview, Wassergewinnungsanlagen könne man auch ver-  
setzen.

Bereits bevor die Landesregierung die Entscheidung bekanntgab, hatte es zahlreiche Protesterklärungen— und Aktionen gegeben. Die Lüchow-Dannenberg Pastoren warfen Albrecht einen „*unverantwortlichen Umgang mit der Wahrheit*“ vor, in kurzer Zeit gründeten sich neue BIs, alte wurden wieder aktiv, in den umliegenden Ortschaften sprachen sich Gemeinderäte und teilweise bis zu 2/3 der wahlberechtigten Bevölkerung gegen eine WAA aus, ebenso zahlreiche Gewerkschafts- und Landvolkbezirksgruppen, Der Kreistag und der Gemeinderat in Karwitz (Dragahn ist eine Ortschaft der Gemeinde Karwitz) stimmten mit knapper Mehrheit für eine Standortprüfung, der Samtgemeinderat Dannenberg sprach sich dagegen aus.

Albrecht führte während einer Pressekonzferenz aus, die Landesregierung sei sich bewußt, daß die Errichtung einer WAA in der Bevölkerung umstritten sei. Die Landesregierung wollte angesichts der langjährigen Diskussion ihre



# DRAGAHN



Entscheidung nicht treffen, ohne vorher den gewählten Vertretern des Landkreises, der Samtgemeinde und der Gemeinde die Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern. Albrecht erklärte dazu: „*Ich habe immer gesagt, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit die Landesregierung diesen Voten folgen würde, wenn sie eindeutig wären.*“ (LZ 24.3.83) Er sei davon überzeugt, daß die Entscheidung für die BRD sowie auch und gerade für die Menschen in Lüchow-Dannenberg wichtig sei.

In einem Interview verwies er bei der Frage nach der Akzeptanz einer WAA durch die Bevölkerung auf die Bundestagswahl. Die Grünen hätten nur 14 % der Stimmen bekommen, obwohl sie dafür geworben hätten, die Wahl zu einer Volksentscheid über die WAA zu machen. Abgesehen davon, daß Bundestagswahlen immer überwiegend bundespolitische Aspekte haben, ist es durch und durch verlogen, wenn Albi den Eindruck zu wecken sucht, eine Mehrheit der Bevölkerung sei für die WAA. Die CDU, die sich als einzige Partei im Landkreis für eine WAA ausgesprochen hat, rutschte (im Unterschied zur letzten Landtags- bzw. Kommunalwahl) mit 48 % auf Landkreisebene unter die 50 % Marke und in der WAA Region z.T. auch unter die 40 %. Auch die höheren Gewinne der Grünen (7,4 %) sind ein WAA-Signal. In der betroffenen Samtgemeinde Dannenberg gewannen sie im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 10 %, während die drei anderen Parteien Stimmen verloren. In der Gemeinde Karwitz ist das Ergebnis



noch deutlicher. Hier verloren wieder die drei Parteien (die CDU verlor 10,3 % und die Grünen gewannen 18,6 %).

Zudem ist es sicher kein Einzelfall, daß sich z.B. in der Gemeinde Rehbeck wenige Monate vor der Bundestagswahl 70 % der Bevölkerung gegen Atomanlagen ausgesprochen haben, die CDU aber dort 51 % der Stimmen bekam. Diese Umfrageergebnisse, die in anderen umliegenden Gemeinden von Dragahn ähnlich hoch waren, hielten die Kreistagsabgeordneten und die Vertreter im Karwitzer Gemeinderat nicht davon ab, gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung für eine WAA zu stimmen. Die CDU-Kreistagsfraktion hat nicht ohne Grund die von der SPD vorgeschlagene Volksbefragung (die aber keinerlei rechtliche Bedeutung hätte) zur WAA abgelehnt.

Offenbar im Zusammenhang mit den erwarteten Dragahn-Entscheidung des Kabinetts in Hannover haben unbekannte Täter in der Nacht zum Dienstag in Lüchow und in Gorleben Sachbeschädigungen angerichtet. Am Lüchower Kreiskrankenhaus waren mit allen Fenstern und das Mauerwerk mit etwa hundert Plakaten mit der Aufschrift "Keine Atomanlagen in Lüchow-Dannenberg" verklebt, die Schösser zweier Türen waren beschädigt. In Gorleben waren Fenster und Wände des Hauses, in dem das Gemeindebüro und das Informationszentrum der DWK untergebracht sind, im Parterre mit schwarzer Farbe beschmiert und mit den Buchstaben "DWK" besprüht. Außerdem waren sämtliche Türschlösser unbrauchbar gemacht worden. In der Nacht zuvor hatten Unbekannte, wie die Lüchower Polizei angab, das Telefonkabel zwischen Gorleben und der Baustelle des Brennelemente-Zwischenlagers zerschnitten.

Als wichtigste Gründe für die Entscheidung nannte Albrecht: Die Wiederaufarbeitung verhindere die Energieverschwendung und erleichtere die Endlagerung. Eine WAA könne, wie das Gorleben—Hearing 1979 gezeigt habe, sicherheitstechnisch so gebaut und betrieben werden, daß von ihr keine Beeinträchtigung der Gesundheit der Bevölkerung ausgehe. Für den strukturschwachen Landkreis stelle die Ansiedlung „*einer solchen chemischen Fabrik eine einmalige wirtschaftliche Chance dar*“. Albrecht betonte, seine Regierung sehe keine Möglichkeit, die wirtschaftliche Zukunft des Kreises durch andere Maßnahmen in vergleichbarer Weise zu sichern. Die räumliche Nähe des Standortes Dragahn zu dem noch im Bau befindlichen Zwischenlager in Gorleben sei weniger entscheidend gewesen. Aber gerade diese Nähe ist der Grund dafür, daß die Landesregierung wenige Tage nach der Entscheidung erklärte, das Eingangslager für die WAA könne möglicherweise kleiner gewählt werden, zumal Zwischenlagerkapazität im Kreis vorhanden sei.

Die WAA, die 350 zu pro Jahr umsetzen soll (die DWK schließt eine Verdoppelung für später nicht aus), soll 1.600 Arbeitsplätze schaffen. Durch Gewerbesteuern und Aufträge an kleinere Betriebe soll Kaufkraft in die Region gelangen. Bei einem Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im nieders. Landtag, Mombaur, gab Albrecht zu, daß sich die Kosten der WAA nicht wie offiziell angegeben, auf 4,5 Mrd. DM, sondern auf mindestens 8 – 10 Mrd. DM belaufen werden. Aber, trotz aller wirtschaftlichen Vorteile erklärte Albrecht, gelte der Grundsatz: Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit. „*Wenn sich aus den Prüfungen ergeben sollte, was wir auf Grund der vielfachen Informationen, die wir bereits haben, nicht annehmen, daß es hier unüberwindbare Hürden gibt, dann muß alles andere dahinter zurücktreten.*“ (LZ 24.3.83). Diese Aussage ist (sicher) so glaubhaft wie seine Aussage von 1982, im Landkreis Lüchow–Dannenberg keine WAA zu bauen.

Die Landesregierung will das Projekt offenbar schnell vorantreiben. Bereits 48 Stunden nach der Kabinettsentscheidung wurde die Marschroute für das weitere Vorgehen festgelegt. Zunächst soll das vorhandene Raumordnungsprogramm mit dem Ziel geändert werden, Dragahn als Vorrangstandort für die geplante Anlage auszuweisen. Die Gemeinde Karwitz ist dann gezwungen, ihren Flächennutzungsplan anzupassen, und gegebenenfalls einen Bebauungsplan auszuarbeiten. „Denkbar wäre es aber auch, die Wiederaufarbeitungsanlage gemäß dem Bundesbaugesetz als Bauen im Außenbereich zu betrachten, was erlauben würde, auch auf anderem Wege zu der nötigen Änderung des Bebauungsplanes zu gelangen.“ (Rundblick nach EJZ v. 24.3.83). Das Verfahren soll 1984 abgeschlossen werden.

Im Anschluß an das Raumordnungsverfahren soll das atomrechtliche Verfahren folgen. Die Landesregierung wartet jetzt auf den Sicherheitsbericht der DWK. „Es wird davon ausgegangen, daß trotz der Parallelität (zu Bayern) im Verfahren der Bericht für Dragahn in bestimmten Einzelfragen anders gestaltet sein muß, als der Bericht in Schwandorf, weil die örtlichen Gegebenheiten unterschiedlich sind“ (HAZ v. 25.3.83) Albrecht rechnet 1985 mit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung. Ungeklärt ist noch, wie die mit Bayern zeitliche Parallelität im Genehmigungsverfahren für die WAAs herzustellen ist. In Bayern hatte die DWK im Oktober 1982 das atomrechtliche Genehmigungsverfahren für die WAA beantragt.

Ungeklärt ist auch, ob beide WAAs gebaut werden, oder nur eine. Albrecht erklärte dazu, daß zwei WAAs, die gleichzeitig in Bayern und Niedersachsen gebaut würden, zuviel für die Bundesrepublik seien. Für den Fall, daß zunächst wirklich nur eine WAA gebaut werden soll, will man in Niedersachsen sicher gehen, daß die WAA in Niedersachsen gebaut wird. So wurden im Rundblick einer Zeitung, die der nie-

ders. Landesregierung nahe steht, bereits am 22.2.83 einige Vorschläge gemacht, wie man den Vorsprung der Bayern noch einholen kann: „Wenn schon Dragahn ein Konkurrenzprojekt zu einer denkbaren WAA in Bayern ist, wird man zum Beispiel wissen müssen, was dort geschieht oder unterbleibt ... Im Kern laufen alle Anregungen des Wirtschaftsministeriums auf die – nicht gestellte Frage – hinaus, wie sicherzustellen ist, daß der Standortwettbewerb mit Bayern nicht deshalb verloren geht, weil man etwas zu tun versäumt hat, das hätte getan werden können. Organisatorisch und personell schließt das die Frage ein, ob die Regierung nicht mehr braucht als einen Staatssekretärausschuß. Denkt man das Thema weiter, so könnte ein Arbeitsstab nicht schaden, der eigens dazu gebildet wird, sich im Alltag und auch im Alltäglichen um das Projekt zu kümmern. Die wirtschaftlich- politische Bedeutung einer solchen Anlage würde solchen Schritt rechtfertigen.“

Auch in Bayern denkt man an dieses „Problem“. Dr. Fischer, Staatssekretär im bayrischen Umweltministerium erklärte in der Mittelbayrischen Zeitung, daß wenn in Niedersachsen die erforderliche Genehmigung rechtzeitig erteilt würde, werde die Anlage dort gebaut, und in einem überblickbaren Zeitraum sei es nicht denkbar, daß zwei Anlagen errichtet werden. Bei dem Bürgerleistertreffen in Schwandorf (Kantelberg aus Gorleben, Ebner, Wachtersdorf, Wiendl, Bodenwöhr, Dr. Salander, DWK) wurde der bayrischen Anlage eine schnellere Realisierung zuerkannt, da die Verfahren wegen der günstigeren Besitzverhältnisse schneller abgewickelt werden könnten.

Wofür sich die DWK und die Politiker auch entscheiden, die Entscheidung wird mit Sicherheit gegen die Bevölkerung und auf ihre Kosten gefällt werden.



# Welche Auswirkungen hat die WAA auf die Wirtschaftsstruktur des Wendlandes?

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg liegt im östlichsten Teil Niedersachsens an der Grenze zur DDR, in die er wie ein Dreieck hineinragt. Von den 222 km Kreisgrenze entfallen 142 km auf die Grenze zur DDR und nur 80 km auf die angrenzenden Kreise Uelzen und Lüneburg. Mit 1.216 qkm ist er einer der größten Kreise der BRD. Die nur knapp 50.000 Einwohner machen ihn aber mit nur 40 Einwohnern/qkm zum dünnst besiedelten Gebiet der Bundesrepublik.

Vor Ende des 2. Weltkrieges war der Kreis wirtschaftlich eher nach Osten auf die zentralen Orte Dömitz, Lenzen und Schafwedel orientiert. Entsprechend waren auch die Verkehrsverbindungen ausgerichtet. Eine Umorientierung erfolgte nur langsam und noch heute sind im Landesraumordnungsprogramm die Straßen Lüchow-Schnakenburg und Dannenberg-Dömitz als Verbindungsstrassen zu den alten, heute in der DDR gelegenen Versorgungszentren ausgewiesen. Dennoch sind es heute die Städte Uelzen und Lüneburg die den gehobenen Bedarf auch für den Landkreis Lüchow-Dannenberg abdecken. Mittelzentrum im Kreis ist die mit ca. 9.000 Einwohnern größte Stadt Lüchow.

Jedem Besucher fällt sofort die überwiegend agrarische Struktur des Kreises auf. 54% der gesamten Fläche werden landwirtschaftlich genutzt, weitere 37% sind Nutzwälder. Entsprechend ist auch die Verteilung der Arbeitsplätze auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Aus Tab. 1 ergibt sich der überproportionale Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäf-

tigten. Besonders deutlich wird dies beim Vergleich mit dem im gesamten Bundesgebiet beschäftigten Arbeitnehmern; Stark unterrepräsentiert ist die Zahl der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten, wobei hier auffällt, daß diese Arbeitnehmer fast ausschließlich in Klein- und Kleinstbetrieben Arbeit finden.

Diese Arbeitsmarktstruktur wird vor allem von den Politikern des Landkreises als nachteilig empfunden. Seit den 50er Jahren wird versucht, hier größere Betriebe anzusiedeln, weil man glaubt, der Bevölkerung nur dadurch ausreichend Arbeitsplätze sichern zu können. In der Tat ist der Anteil der Arbeitslosen hier mit etwas über 20% deutlich höher als etwa in Niedersachsen. Diese Bemühungen brachten bisher nur mäßigen Erfolg, praktisch gelang nur die Ansiedelung von 2 Betrieben, nämlich der Kugelfabrik SKF, die hier ein Zweigwerk mit ca. 1.000 Arbeitsplätzen errichtete, und von Conti mit ca. 200 Arbeitsplätzen.

Obwohl Betriebsansiedlungen im Kreis Lüchow-Dannenberg mit 25% aus der sog. „Zonenrandförderung“ unterstützt werden, ist es gerade dieses Instrument, das sich hier für den Kreis nachteilig auswirkt: Es gilt nämlich für die Kreise Uelzen und Lüneburg in gleichem Maße, und diese haben aufgrund der besseren Infrastruktur und kürzeren Entfernungen zu den Ballungsgebieten die weitaus besseren Voraussetzungen für eine Industrieansiedlung.

Ebenfalls nachteilig für den Kreis mit seiner großen Fläche und der geringen Einwohnerzahl macht sich das niedersächsische Finanzausgleichsgesetz be-

merkbar. Mit diesem Instrument sollen sog. „industrieschwache“ Gebiete gefördert werden, wobei sich die Höhe der Förderungssumme nach der Zahl der Einwohner richtet. Für Lüchow-Dannenberg, das z.B. für einen Ausbau des Verkehrssystems auf Grund seiner räumlichen Größe hohe Summen benötigt, stehen nur vergleichsweise geringe Geldmengen zur Verfügung.

Dennoch ist die Zahl der Einwohner erstaunlich konstant (vergl. Tab. 2). Die geringe Bevölkerungsabnahme der letzten Jahre ist auf das in der gesamten BRD übliche Geburtendefizit zurückzuführen. Betrachtet man das Wanderungssaldo, so ist praktisch in allen Altersgruppen, mit Ausnahme der 18-25jährigen ein deutliches Plus zu verzeichnen. Dies ist ein Indiz dafür, daß für viele Menschen gerade die heutige Struktur des Landkreises ein größerer Anreiz ist hier zu leben.

Um diese Tendenz weiter zu fördern, müßte man also vom bisherigen System der Förderung großer Industrieansiedlungen, das sich zudem als eher wirkungslos erweist, abkehren und kleine und Kleinstbetriebe, etwa Handwerksbetriebe, fördern, die für den Bedarf des Landkreises produzieren, bzw. Veredelungsbetriebe für landwirtschaftliche Produkte ansiedeln. Eine weitere Entwicklungsmöglichkeit ist mit Sicherheit der Fremdenverkehr. Hier hat Lüchow-Dannenberg mit seiner relativ unzerstörten Landschaft, einer Vielzahl von noch ursprünglich erhaltenen Siedlungen und seiner günstigen Lage zu den Ballungsgebieten Hamburg, Berlin und Hannover/Braunschweig günstige Entwicklungsmöglichkeiten.

Wie verträglich ist die Ansiedlung von atomaren Großtechnologien mit der Struktur dieser Region?

Es ist unbestreitbar, daß die Investition von ca. 10 Mrd. DM, die eine WAA wohl kosten würde, einen deutlichen Effekt auf dem Arbeitsmarkt der Region hätte. Dies gilt zunächst in besonderem Maße für die Bauwirtschaft. Etwa 3.000 Arbeitsplätze werden für die relativ kurze Bauphase anfallen. Kommen diese Arbeiter in erster Linie aus dem Kreisgebiet, so muß die Kapazität der Bauwirtschaft mindestens verdoppelt werden, d.h. es wird aufgrund eines Sonderprojektes eine Überkapazität aufgebaut, die nach Beendigung der Baumaßnahmen verstärkt für Probleme sorgen wird. Zusätzlich wird ein dort zu erwartendes hohes Lohnniveau zur Abwanderung von Arbeitskräften vor allem aus der Landwirtschaft führen, was den positiven Arbeitsmarkteffekt zum Teil wieder aufheben wird. Zusätzlich für die Landwirtschaft nachteilig auswirken wird sich der sog. „La Hague - Effekt“, d.h. es wird eine Verschlechterung der Vermarktungsmöglichkeiten eintreten.



## SCHMIERGELD FÜR'S LANDVOLK

Wie sehr dies auch für den Fremdenverkehr bereits im Vorfeld der Errichtung von atomaren Anlagen gilt, zeigt der Beschluß des Landkreises, nicht mehr unter dem Namen Lüchow-Dannenberg zu werben, da dieser durch die Projekte Gorleben und Dragahn negativ belastet sei.

Nach Angaben der DWK sollen während des Betriebes einer WAA 1.600 Menschen beschäftigt werden. Zur Frage, ob diese Arbeitskräfte aus dem Raum Lüchow-Dannenberg kommen werden, schreibt der gewiß nicht als atomfeindlich zu bezeichnende DGB:

*„Die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze setzt zudem eine hohe fachliche Qualifikation der Bewerber voraus, so daß eine WAA wahrscheinlich nur beschränkt dazu geeignet ist, die Arbeitsmarktp Probleme, etwa der Region Lüchow-Dannenberg zu verringern oder gar zu lösen.“*

Ähnliches zeichnet sich beim Endlagerbau in Gorleben ab, wo im Mai mit der Abteufung des ersten Schachtes begonnen werden soll. Von den 300 eingesetzten Arbeitern werden maximal 15 (!) aus der Region kommen.

Dr. A. Tacke faßte das Problem auf dem Gorleben/Dragahn Hearing in Hannover so zusammen:

*„Durch...das Projekt WAA kommt es notwendig zu einer einseitigen Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur in dem Landkreis Lüchow-Dannenberg auf den Bau und den Betrieb dieser Anlage. Die Folge dieses Nachfrageschubs ist die Destabilisierung des gewachsenen lokalen Arbeitsmarktes.“*

Bleibt die Frage, ob sich die Ansiedlung von atomaren Großanlagen wenigstens für die Kommunen lohnt. Hier hat der Kreis mit dem Zwischenlager in Gorleben einschlägige Erfahrungen. Obwohl das Land die „besonderen Belastungen des Landkreises durch

Anlagen zur nuklearen Entsorgung bei Gorleben“ mit einer Pauschalzahlung abgeltet wird, so ist doch im Vorbericht zum Haushaltsplan 1983 für den Landkreis zu lesen:

*„... Dieser Betrag reicht nicht aus, um die im investiven Bereich durch die Vorhaben zur nuklearen Entsorgung ausgelöst und erforderlichen Maßnahmen ... zu finanzieren.“*

Dem ist eigentlich nicht hinzuzufügen.

Johannes Kempmann

## Literatur:

Landkreis Lüchow-Dannenberg, Statistische Informationen 1979 mit Fortschreibung 1981.

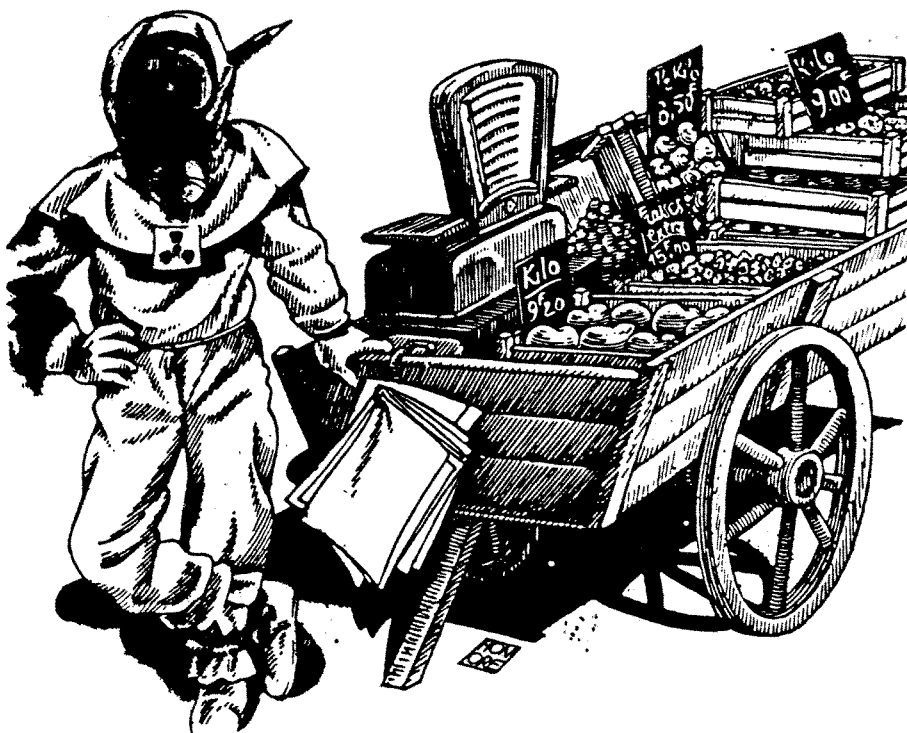
Landkreis Lüchow-Dannenberg, Haushaltsplan 1983

Gorleben/Dragahn Hearing 1983, Kurzfassung des Referats von Dr. Alfred Tacke, Oldenburg

Nirgends, nie wollen wir sie, die Atommülldeponie, 18. Materialien zur Theorie und Praxis demokratischer Jugendarbeit, Essen 1983

Bonner Energie-Report, Nr. 5/6, vom 1. April 1983, DBG: Wiederaufarbeitung keine Lösung des Entsorgungsproblems.

Im Landkreis Lüchow-Dannenberg überlegen landwirtschaftliche Funktionäre zur Zeit, wie sie aus dem geplanten Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Nutzen ziehen können. Im Landvolk-Kreisverband und in der CDU-Kreistagsfraktion werden Pläne zur Verbesserung der Agrarstruktur, die nur mit staatlichen Zuschüssen verwirklicht werden können, erarbeitet. Der Grund dafür ist ein Brief, den Albrecht am 25. Januar an den Vorsitzenden des Landvolk-Kreisverbandes schrieb. In den Brief, der vor den Abstimmungen in den Kommunalparlamenten geschrieben wurde, hatte Albrecht versichert, die Landesregierung werde Fördermaßnahmen „ernsthaft prüfen“ wenn Vorschläge eingereicht würden, die „Hand und Fuß“ hätten. Im selben Schreiben äußerte Albrecht Verständnis dafür, daß sich das Kreislandvolk „hinsichtlich der Standortfindung für eine Wiederaufarbeitungsanlage“ neutral verhalte. Die Landtagsfraktion der Grünen stellte am 5. April eine dringliche Anfrage, in der sie wissen will, ob ein Zusammenhang zwischen der „außerplanmäßigen Förderung der Landwirtschaft in Lüchow-Dannenberg“ und der geplanten WAA in Dragahn besteht. Mensch muß davon ausgehen, daß die in Aussicht gestellten Zuschüsse – es ist von 37 Mio. DM die Rede – dazu benutzt wurden, die entsprechenden Abstimmungen in den Kommunalparlamenten zu beeinflussen. Dies wird auch durch die Aussagen des Präsidenten des nieders. Landvolk-Verbandes, Rode, gegenüber der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (HAZ) deutlich. Für Rode steht es fest, daß sich der Bau der WAA negativ auf die landwirtschaftliche Produktion auswirken wird. „Folglich muß hier etwas getan werden, aber auch der Fremdenverkehr hat einen Anspruch auf Ausgleichsleistungen.“ (HAZ v. 6. April 83) Er erinnerte in dem Zusammenhang an eine Resolution vom Januar dieses Jahres, in der das Landvolk eine Garantie für uneingeschränkte Nahrungsmittelproduktion im Wendland und einen



finanziellen Ausgleich für „mögliche Rufschäden der landwirtschaftlichen Erzeugnisse“ aus der Umgebung der WAA in Dragahn verlangt. Das nieders. Landvolk erklärte damals, es verfolge die Überlegungen der Landesregierung mit großer Sorge (nach EIZ v. 25.1.83). Der Brief von Albrecht an das Kreislandvolk wurde nach dieser Erklärung geschrieben, und nachdem zahlreiche Bauern aufgrund einer Anregung der Bäuerlichen Notgemeinschaft, die Beiträge für das Landvolk storniert hatten, um eine Erklärung vom Vorstand zum „Neutralitätsverhalten“ zu bekommen.

In einem Gespräch mit Rode hatte Albrecht zu erkennen gegeben, daß die Landesregierung bereit sei, ein Beweissicherungsverfahren auf ihre Kosten durchführen zu lassen. Rode betonte, daß die Verteilung der Zuschüsse nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen werden müssen. Er wandte sich gegen eine zu offensichtliche Sonderregelung für das Wendland, zumal in einem solchen Falle sicherlich mit Recht vom Abkaufen der Meinung gesprochen werden könne.

Auch ohne „Sonderregelung“ wird der Zuschuß mit der Absicht eingesetzt, für Ruhe unter den Landwirten im Wendland zu sorgen.



# „Atommüllfreie Zone“

## Lüchow-Dannenberg —

Es wird täglich ungemütlicher in Lüchow-Dannenberg. Die „Idylle von der alternativen Modellregion“ ist zerlöchert, die Zukunftsperspektive düster.

Viele im Landkreis werden sich auch in Zukunft wenig darum scheren, ob sie mitten in einer Atommüllkippe leben sollen oder nicht, — die da oben werdens schon richtig machen. . . Schwerer ist es für die, die klar erkennen, was auf sie zukommt. Häufiger als zuvor taucht der Gedanke auf, die Sachen zu packen und das Wendland sich selbst zu überlassen. Was will man auch machen mit einer Bevölkerung, Die trotz Albrechts Dragahn-Lüge („keine WAA in Lüchow-Dannenberg“) zu 48% die CDU wählt? Wenn es stimmt, daß viele CDU-Wähler WAA-Gegner sind, dann ändert das dennoch nichts an der simplen Feststellung, daß diese Menschen sich am 6.3.83 politisch als ganz außergewöhnlich dumme und unfähig erwiesen haben.

Diese sture Treue zur Obrigkeit, derenthalben Albrecht 1977 Gorleben zum Standort machte (andere Salzstöcke galten als wesentlich geeigneter!) zieht, wie so oft in Deutschland, nicht nur die Zu-spät-Merker sondern auch die etwas klügeren mit hinein ins Verderben, und sie ist nur insofern ein Faktor im Widerstand, als sie diesem beträchtlich im Wege steht. Im folgenden Beitrag wollen wir weder moralisieren noch demoralisieren, sondern Anstöße geben für die überfällige Strategiediskussion in unserer Region und für die Diskussion in den norddeutschen BIs in denen noch viel zu häufig ein allgemeines Rumgepower gegen die BI Lüchow-Dannenberg die Beschäftigung mit den realen Problemen vor Ort ersetzt.

Im Kampf gegen das ursprünglich geplante Entsorgungszentrum Gorleben gab es nur einen Angriffspunkt. Seit 1979 werden die Atomanlagen in Lüchow-Dannenberg scheinbarweise installiert — eine insgesamt verwirrende Vielfalt von Betreiberaktivitäten raubt dem Widerstand die eindeutigen Ansatzpunkte und schafft die Gefahr der Verzettlung und Zersplitterung.

So werden sich in den nächsten Wochen und Monaten die Ereignisse im Wendland überschlagen:

### Atommüllendlager:

Angeblich „erfolgreich“ abgeschlossen wurden im Juni und Nov. 82 zwei Schachtvorbahrungen („5001“ und „5002“) an dem für das Endlager vorgesehenen Platz. Noch in diesem Sommer soll mit den Erdarbeiten für den Bau der beiden 7 mal 7 m großen „Erkundungsschächte“ begonnen werden.

Von diesen aus soll später in 7 - 800m Tiefe eine Fläche von rund 18qkm durch Strecken und Bohrungen erkundet werden.

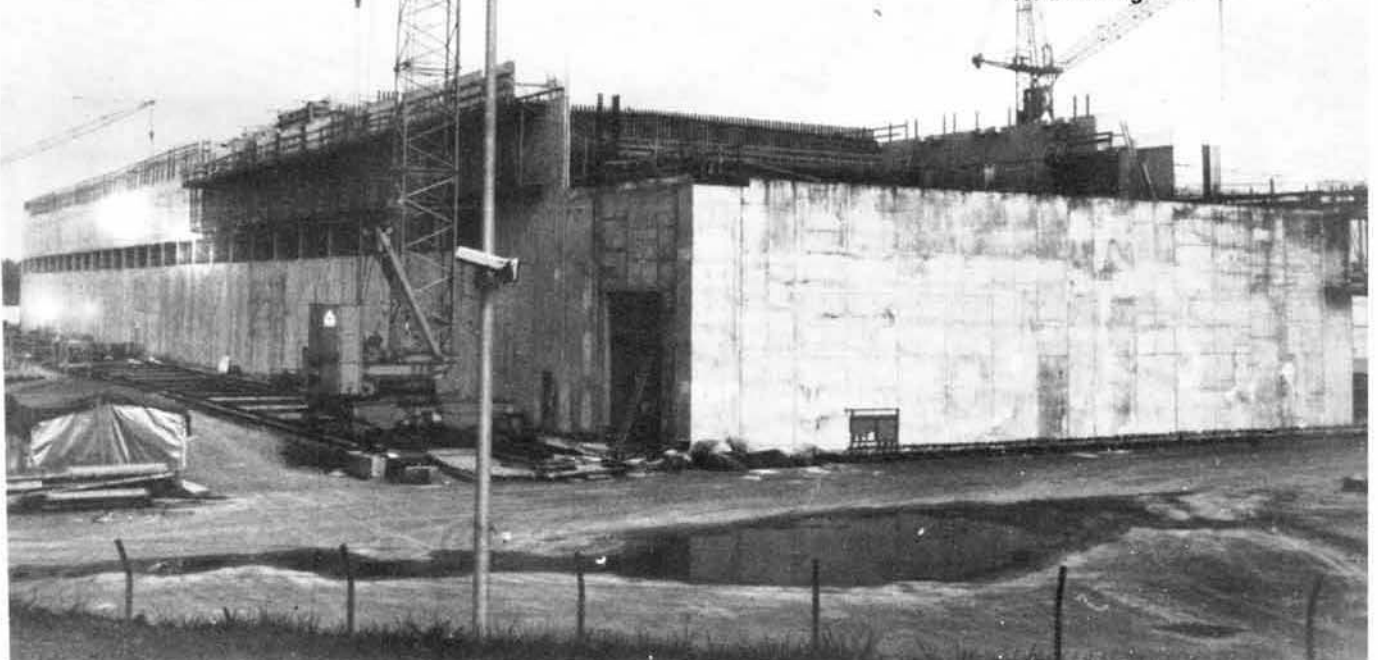
Im April 83 sollen erstmals Süßwasser- und im Mai erstmals Salzwasserpumpversuche durchgeführt werden. Es geht hierbei um die Einleitung von unterirdischem Salzwasser in die Elbe. Die kilometerlange Pipeline sollte bereits im März installiert werden. Am 27./28.5. wird die PTB eine weitere Alibiveranstaltung (diesmal ohne Beteiligung der BI) über die bisherigen Erkundungsarbeiten durchführen.

### Atommüll „zwischen“lager

Noch in diesem Jahr sollen die Bauarbeiten für das Lager für schwach- und mittelaktiven Müll und das Lager für Castor-Brennelementbehälter (beide auf „1003“) abgeschlossen werden. Etwa zum Jahreswechsel muß mit dem Beginn der Atommüllleinlagerung gerechnet werden. Etwa für diesen Zeitpunkt wird mit einer positiven Entscheidung der PTB („Physikalisch-Technische Bundesanstalt“) im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren gerechnet.

Das Lager für 35.000 schwach- und mittelaktive Atommüllfässer bedarf lediglich noch einer Genehmigung des Lüneburger Gewerbeaufsichtsamtes; hiermit wird ebenfalls noch in diesem Jahr gerechnet. Auch in diesem Atommüll sind hochgefährliche a-Strahler wie Plutonium und Americium enthalten, die über Tausende von Jahren der Biosphäre fernzuhalten sind. (siehe Schwerpunktteil Atommüllzeitung Nr. 21)

WAA Dragahn:



Die Castor-Lagerhalle auf 1003, aufgenommen am 9. 4. 1983

(Foto: atommüllzeitung)

Ähnlich wie zuvor in Schwandorf muß auch hier damit gerechnet werden, daß das Raumordnungsverfahren für die

weit angesetzte Endlager vom Großteil der Lüchow-Dannenberg Bevölkerung als „kleineres Übel“ wider-

## wie lange noch?

WAA in einer Rekordzeit von 6-8 Monaten durchgepeitscht wird, sodaß bereits Anfang kommenden Jahres der Baubeginn droht. Als erste Maßnahme werden ca. 250 ha Laubwald unter die Motorsäge kommen. Bereits im September will die DWK ihren Standort-spezifischen „Sicherheitsbericht“ der Landesregierung zur Prüfung vorlegen.

Im niedersächsischen Innenministerium hat bereits (lt. FAZ, 7.4.83) die Vorprüfung für das Raumordnungsverfahren begonnen: „Ziel ist die Ergänzung des Landesraumordnungsprogramms (Teil 2), um die Ausweisung Dragahns sicherzustellen. Nach Anhörung des Landtags entscheidet darüber das Kabinett. Nach der Festlegung des Vorrangstandorts im Landesraumordnungsprogramm muß der Landkreis Lüchow-Dannenberg darüber befinden, ob eine Baugenehmigung für ein „Vorhaben im Außenbereich“ nach dem Bundesbaugesetz erteilt werden kann oder ob ein Bauleitplanverfahren erforderlich wäre. In einem solchen Bauleitplanverfahren hätte die Samtgemeinde Dannenberg dann gegebenenfalls den Flächennutzungsplan zu ändern und die Gemeinde Karwitz, zu der Dragahn gehört, einen Bebauungsplan aufzustellen.“

Auf mindestens drei Ebenen gleichzeitig wird also derzeit an der Ummodelung Lüchow-Dannenburgs zur Atommüllkippe gearbeitet.

Auf welche Projekte soll der Widerstand sich nun konzentrieren? Es gibt hier sicher kein Patentrezept und auch die folgenden Zeilen sind nur als erste Überlegungen zu verstehen. Wie Albrecht 1979 in seinem Brief an H. Schmidt richtig anführte, (vergl. AZ 22, Seite 28) ist es die WAA die „vor allem die Ängste der Bevölkerung auf sich gezogen hat.“ Bis heute gilt, daß gegenüber einer WAA mit ihrem bedrohlichen 200 m hohem Schornstein das Zwischenlager (die ein radioaktives Potential von 40 AKWs einschließen) ebenso wie das erste weit-

standslos geschluckt wird. Geht man allein nach der „Stimmung“ der Bevölkerung, müßte sich der Widerstand also auf den Baubeginn der WAA konzentrieren.

Das jedoch könnte ein Kurz-Schluß sein. Denn noch ist Lüchow-Dannenberg eine atommüllfreie Zone, die Betonhallen auf 1003 tun noch keinem weh. Mit Beginn der Atommüllleinlagerung hingegen wird es wirklich ernst mit der dauerhaften Gefährdung der ansässigen Bevölkerung. Zudem besteht Anlaß zur Befürchtung, daß mit jedem Atommüllfass im Landkreis die Gewöhnung an Atommülltransporte und die allgemeine Resignation zu- und die Widerstandsbereitschaft gegen weitere Atomprojekte abnimmt.

Es würde beispielsweise der bisher so erfolgreichen Salamtaktik der Betreiber entsprechen, wenn als erster Schritt eine Lieferung von leichtaktiven Abfällen (ev. sogar aus Krankenhäusern) in den Landkreis rollt, da hierfür vermutlich die Akzeptanz am größten und die Widerstandsbereitschaft am niedrigsten wäre. Diesem ersten, vielleicht harmlosen Fass würde man nicht ansehen, daß es unweigerlich Unmengen von Atommüll nach sich ziehen und so Lüchow-Dannenberg zum gefährlichsten Atomzentrum Europas machen wird.

So gesehen müßte in den nächsten Wochen und Monaten darauf hingearbeitet werden, daß alle Gegner der WAA eine jegliche Verletzung des Status „Atommüllfreie Zone“ als das sehen, was es ist: den Anfang vom Ende Lüchow-Dannenburgs in seiner jetzigen Form.

So richtig es in den ersten Monaten bis zur Dragahn-Entscheidung der nds. Landesregierung gewesen ist, alle Kräfte auf die WAA-Auseinandersetzung zu konzentrieren, so wichtig könnte es nun werden, die Aufmerksamkeit gezielt auf die drohenden Atommülllieferungen zu lenken um auch bei Beginn der Atommülltransporte massenhaft ein Zeichen im Widerstand setzen zu können.

Massenhaft ... ? Schaffen wir das überhaupt? Zur Zeit sieht es gewiß nicht

gut aus. Zu den schlimmsten Erfahrungen seit „Dragahn“ gehört es, daß über Aktionen der BI in den mittlerweile stark ausgerichteten Massenmedien weitaus spärlicher berichtet wird, als noch vor einigen Jahren. Dies und die Abwendung vieler Menschen von der Anti-AKW-Bewegung hin zu anderen Widerstandsfeldern ist heute so weit gediehen, daß z.Zt. jeder Gedanke an bundesweite, massenhafte Mobilisierung nach Lü.-Dan. abwegig erscheint. Doch ohne Solidarität wird über kurz oder lang der örtliche Widerstand gegen die WAA niedergemacht werden.

Über vergangene Jahre wurde bundesweite Solidarität immer nur dann erreicht, wenn Teile der örtlichen Bevölkerung (meistens kleine Minderheiten) Mut und äußerste Entschlossenheit gegen die Herrschenden aufbrachten: bei der Treckerblockade gegen die Gorlebener Flachbohrungen, der Baumbesetzung aus Anlaß des Tiefbohrbeginns, oder durch Bauplatzbesetzungen in Wyhl und Brokdorf und ein Anti-Startbahn-Hüttendorf im Wald von Mörfelden.

Die sich so gewehrt haben, hatten ihr Widerstandsrecht höher gestellt als die „Konvention“ oder die politischen Gepflogenheiten der Restbevölkerung.

Zu hoffen ist nur, daß noch rechtzeitig, d.h. zum nächstliegenden geeigneten Anlaß (z.B. WAA-Baubeginn und/oder Beginn der Atommüllleinlagerung) die Gelegenheit genutzt wird, um — ausgehend von der Region — Zeichen zu setzen, bevor Resignation und Schicksalsergebenheit restlos die Überhand gewinnt.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn die mit der Zerteilung des Entsorgungszentrums beabsichtigte Zersplitterung des Widerstands nicht verfängt sondern stattdessen die unterschiedlichen Widerstandsgruppen an einer gemeinsamen Strategie arbeiten, um langfristig und zielstrebig die nächste größere Konfrontation mit den Betreibern vorbereiten, und wenn zusätzlich die alle und jeden hemmende Rücksicht auf offenkundig vernagelte Bevölkerungsteile den Sieg nicht davonträgt, sondern das Recht und die Pflicht auf Widerstand höher gestellt werden als Konvention und mögliche Strafandrohung.

Besteht dann nicht vielleicht noch eine kleine Chance, die Umwandlung Lüchow-Dannenburgs in eine widerliche Atommüllkippe aufzuhalten?

## Überlegungen zur Perspektive des weiteren Widerstandes



# Dragahn als Standort für eine WAA

Der folgende Beitrag wurde von Prof. Grimmel auf dem Gorleben/Dragahn Hearing als Referat gehalten. Prof. Eckhard Grimmel ist am Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Uni Hamburg tätig. Spezialgebiet: Geomorphologie, insbesondere Glazialmorphologie Norddeutschlands.

## von Eckhard Grimmel

Nach dem Kriterienkatalog des Bundesinnenministers vom 4.10.80 für die Standortvorauswahl von Wiederaufarbeitungsanlagen sollen Standorte innerhalb bestehender Trinkwasserschutzgebiete nicht in Betracht gezogen werden. Landschaftsschutzgebiete in Naturparke, für die Trinkwasserversorgung zu sichernde Grund- und Oberflächenwasservorkommen sowie deren Einzugsbereiche, besondere land- und forstwirtschaftliche Nutzungen, Erholungsgebiete, Fremdenverkehrsschwerpunkte, regionale Grünzüge usw. sollen berücksichtigt werden.

Am 17.2.81 hat die Hessische Landesregierung einen Kriterienkatalog vorgelegt, der auf den Kriterien des Bundes basiert. Für Niedersachsen gibt es noch keinen Kriterienkatalog. In Hessen erhalten regionale Grünzüge (5), Vorranggebiete für den Fremdenverkehr (4), Vorranggebiete für die Wasserwirtschaft (4), Landschaftsschutzgebiete (4), Wildschutzgebiete (5), potentiell oder vorhandenes Trinkwasserschutzgebiet für überörtliche Versorgung (5) die Klassenziffern 4 oder 5. Klasse 4 bedeutet: Kriterium mit ausschließendem Charakter, Klasse 5 bedeutet: Kriterium mit absolut ausschließendem Charakter.

Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen von 1980 ist der Göhrde-Drawehn-Höhenzug, in dem der Standort Dragahn liegt, als ein Gebiet mit besonderer Bedeutung für

- Erhaltung von Natur und Landschaft,
- Wassergewinnung,
- Landwirtschaft,
- Forstwirtschaft und
- Erholung

ausgewiesen.

In den Erläuterungen zum "Hydrologischen Atlas der Bundesrepublik Deutschland", herausgegeben von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn im Jahre 1979, steht folgendes: "Von großer Bedeutung für die Grundwassergewinnung sind...die (saale-eiszeitlichen) Geesthochgebiete der Lüneburger Heide und der Göhrde...günstige Versickerungsverhältnisse, aufnahmefähige Grundwasserspeicher und mäßiger Oberflächenabfluß bedingen einen erheblichen Grundwasserabstrom der heute noch weitgehend ungenutzt in die Hauptvorfluter Jeetzel, Elbe...übertritt."

In einer hydrologischen Karte des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung (NLFb) in Hannover aus dem Jahre 1978 wird der gesamte Göhrde-Drawehn-Höhenzug in potentielle Grundwassererfassungsgebiete von überregionaler Bedeutung gegliedert. Schon heute wird an vielen Stellen das Grundwasser des Göhrde-Drawehn-Höhenrückens als Trinkwasser oder als Beregnungswasser für landwirtschaftliche Kulturen genutzt. Die beiden Wasserwerke der Wasserbeschaffungsverbände Lüchow und Dannenberg-Hitzacker, die den größten Teil des Landkreises Lüchow-Dannenberg versorgen, sind nur 4 bzw. 6 km von Dragahn entfernt. Ihre Einzugsbereiche liegen in der Hauptaufschlagszone der radioaktiven Abluftfahne einer WAA Dragahn, die sich bei dem geplanten 200 m hohen Kamin zwischen einigen hundert Metern und 10-20 km Entfernung um die Anlage herum ausbilden wird. Zweifellos wird von der Abluft weniger das Grundwasser als vielmehr die Erdoberfläche mit ihrer Atemluft, ihren Böden, Pflanzen und Tieren und Menschen betroffen.

Dragahn ist im Vergleich zu anderen Standorten auch unter diesen Aspekten ausgesprochen negativ zu bewerten, denn die weit verbreiteten sandigen Podsolböden der Lüneburger Heide und der Elbe-Jeetzel-Niederung weisen nach Untersuchungsergebnissen der Kernforschungsanlage Jülich (Steffens et al. 1979/80) wesentlich höhere Transferfaktoren Boden-Pflanze auf als beispielsweise lehmige Parabraunerden in den Böden des Mittelgebirgsvorlandes.

Für die Grundwassergefährdung spielt die Tritium-Emission der WAA eine besondere Rolle. Denn Tritium wird im wesentlichen in Form von Wasser freigesetzt. Tritiumhaltige Niederschläge gelangen also ungehindert ins Grundwasser, soweit sie nicht von den Pflanzen und dem Boden am Versickern gehindert werden, da eine Waa mit 350 t. Kapazität in einem einzigen Jahr wesentlich mehr Tritium freisetzen würde, als alle deutschen Atomkraftwerke zusammen seit ihrer Inbetriebnahme bis heute freigesetzt haben, gewinnt der Inhalt des auf einer Demonstration gegen die WAA an einem Traktor geführten Plakates, nämlich "Bald tropft es aus jedem Wasserdraht Tritium aus Dragahn", einen durchaus realistischen Bezug.

In welchem Umfang radioaktive Flüssigkeiten oder sonstige flüssige Chemikalien auf dem Gelände der WAA oder auf Transportwegen direkt in den

Untergrund versickern und das Grundwasser konzentriert verseuchen würden, läßt sich nicht vorhersagen. Daß solche Unfälle eintreten werden, ist jedoch aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit kommerziell betriebenen Wiederaufarbeitungsanlagen zu erwarten.

Vom Abwasserpfad sind vor allem die Elbe und die Nordsee betroffen, denn die radioaktiven Abwässer der WAA sollen über eine etwa 10 km lange Leitung aus dem Natur- und Entsorgungspark hinaus in die Elbe befördert werden. Auch ohne die Mithilfe der schon existierenden oder im Bau befindlichen Atomkraftwerke Brunsbüttel, Brokdorf, Stade, Krümmel und Magdeburg (Endausbau: 4x1000 MW) würde es Dragahn sicherlich nicht schwerfallen, der Elbe zu einem einzigartigen Rekord zu verhelfen, nämlich der radioaktivste Strom der Erde zu werden.

Es ergeben sich folgende Konsequenzen:

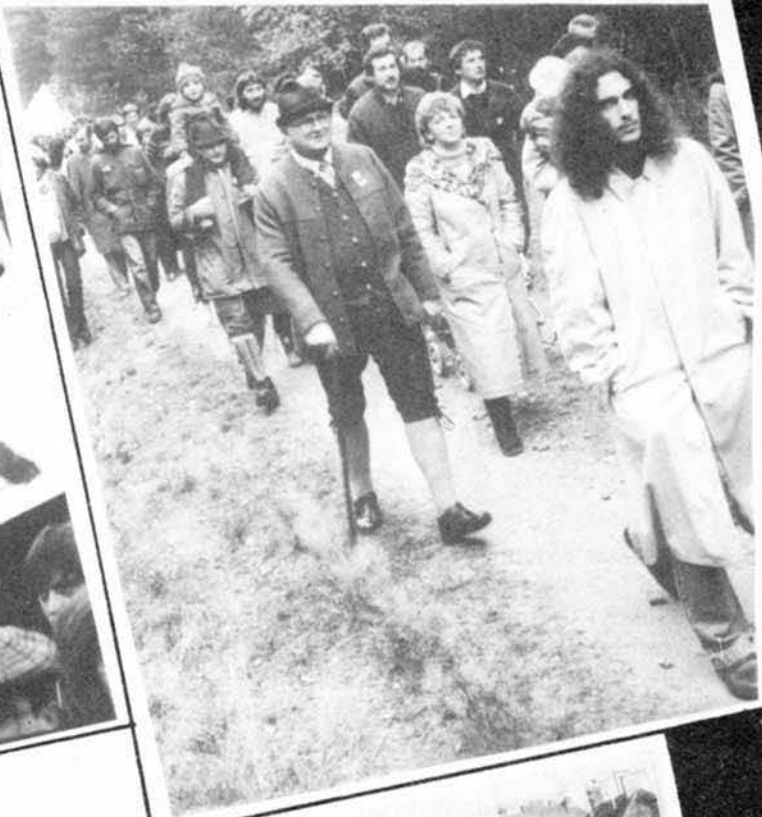
1. Eine Atommüllfabrik bei Dragahn, nämlich in einem Landschaftsschutzgebiet und Naturpark, in einer reinen Agrar-, Forst- und Erholungslandschaft, in der Nachbarschaft von Bädern und Luftkurorten (Bad Bevensen, Hitzacker) und in einem Gebiet mit sehr ergiebigen, regional und überregional bedeutenden Grundwasservorkommen, ist nicht zu verantworten. Wesentliche Kriterien für die Standortvorauswahl von Wiederaufarbeitungsanlagen des Bundesinnenministeriums und der Hessischen Landesregierung sind nicht erfüllt. Es besteht keine Chance, z.B. im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens, einen sachlich begründeten Eignungsnachweis für Dragahn zu liefern.

2. Eine Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen ist auch im gesamten Mitteleuropa, d.h. in einer dicht besiedelten, niederschlagsreichen, von Grund- und Oberflächenwasser durchströmten, hydrologisch mit dem Weltmeer verbundenen und intensiv genutzten Kulturlandschaft, nicht zu verantworten.

3. Eine Wiederaufarbeitung ist, oberflächlich betrachtet, vielleicht nur in wüstenhaften, hydrologisch vom großen Wasserkreislauf abgekoppelten kontinentalen Becken zu verantworten, wie beispielsweise im den westlichen Teilen der USA, oder in den südlichen der SU, oder in Australien oder in Südafrika vorkommen.

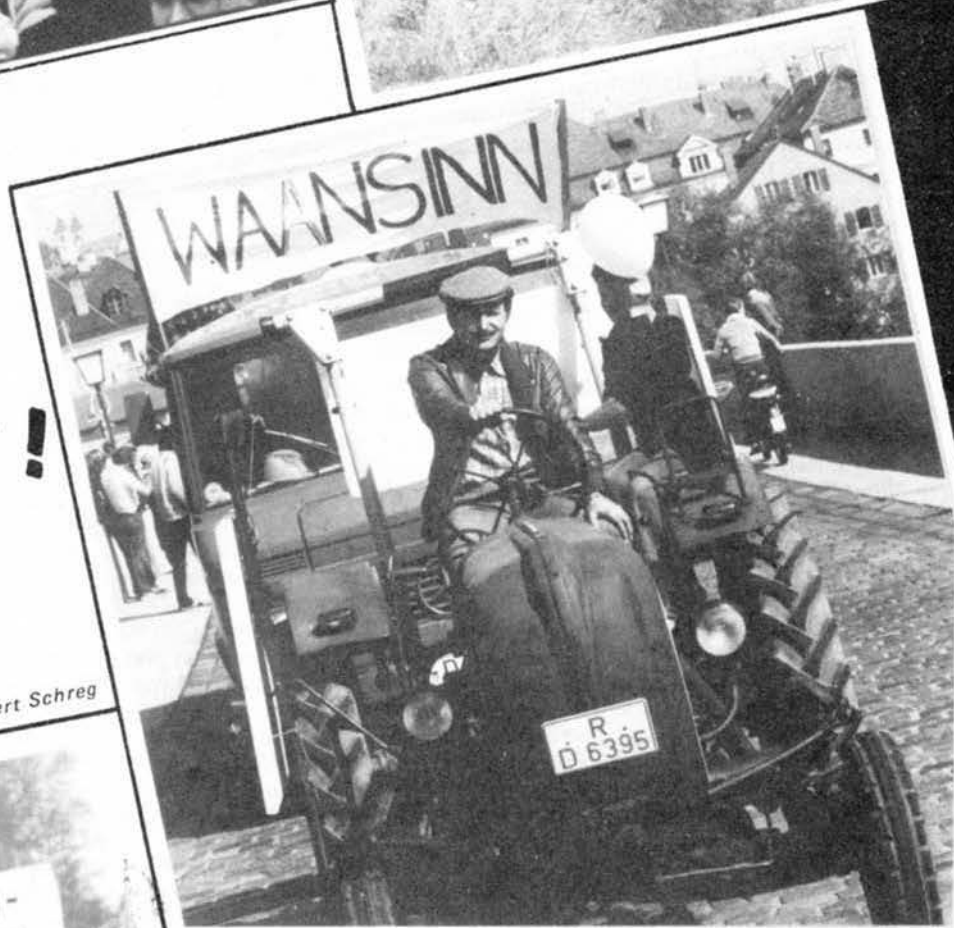
Unter Berücksichtigung aller Aspekte, d.h. auch ökonomischer, soziologischer und vor allem militärischer Aspekte, ist eine Wiederaufarbeitung jedoch nirgends zu verantworten.





# Keine WAA in Schwandorf !

alle Fotos: Herbert Schreg



# Wie steht's um den örtlichen Widerstand gegen die Bayern-WAA?

Die letzte Ausgabe der Atommüllzeitung (Schwerpunktteil: Dragahn; Bayernteil: 2 Seiten) wurde herbe kritisiert von einem Freund aus der Regensburger Bürgerinitiative. Wir könnten uns gleich wieder „Gorleben Aktuell“ nennen, überall in linken wie bürgerlichen Medien werde die WAA Schwandorf unter ferner liefen... behandelt - und nun auch in der Atommüllzeitung...!?

Wir hatten uns daraufhin entschlossen, aus Anlaß eines Hearings der bayerischen Grünen gegen die WAA Ende Februar 83 selbst in die Oberpfalz zu reisen, um Kontakte zu knüpfen und Eindrücke zu sammeln. Der folgende Bericht ist das Resultat dieser Gespräche, wobei neben den Freunden von der Regensburger BI-WAK insbesondere Fritz Burkhardt (seinerzeit Sprecher der BI Schwandorf) viel Zeit für Gespräche mit uns aufwandte und uns sehr gastfreundlich bei sich aufnahm.

Ein vorläufiges Manuskript des folgenden Beitrags ging zum Gegenlesen und Korrigieren an diverse Aktivisten aus Bayern. In Teublitz hat sich die ganze Ortsgruppe „Städtedreieck“ mit unserem Bericht auseinandergesetzt und umfangreiche Anmerkungen und Korrekturen formuliert. Die meisten davon haben wir eingebaut, einige als Fußnoten zitiert. Wir bedanken uns bei allen, die bei dem folgenden Text mitgewirkt haben.

## Bürgerinitiative Schwandorf

Mit 6000 Mitgliedern gilt die BI Schwandorf als größte BI überhaupt in der BRD. Diese Zahl besagt allerdings nicht mehr, als daß im ganzen Landkreis Schwandorf insgesamt 6000 Menschen sich irgendwann einmal zu p a s s i v e n Mitgliedern der BI erklärt haben. Beitrag zahlen derzeit 700 BI-Mitglieder. In der S t a d t Schwandorf gibt es 600 BI-Mitglieder, davon zahlen 160 bis 170 einen Beitrag.



Neben der Schwandorfer Ortsgruppe gehören 11 weitere Ortsgruppen lt. Satzung zur Gesamt-BI, wobei die einzelnen Orte bis zu 50 km voneinander entfernt liegen. Von den 12 „funktionieren“ etwa 9 Ortsgruppen die über einen Aktivistenkreis von durchschnittlich etwa 10 Mitgliedern verfügen. Der Gesamtkreis Schwandorf läßt sich grob in 2 Regionen einteilen: Dem ehemaligen LK Nabburg und dem ehemaligen LK Burglengenfeld (mit der Stadt Schwandorf). Etwa entlang dieser alten Landkreisgrenzen dominiert traditionell im agrarisch strukturierten Norden (Nabburg) der tiefschwarze Einfluß der CSU und in den industriell strukturierten Regionen des Südens der Einfluß der SPD. Zum Nordteil der BI gehören die Ortsgruppen Oberviechtach, Nabburg, Schwarzenfeld und Pfreimd. Inhaltlich müssen auch die Ortsgruppen Wackersdorf (WAA-Standort) und Steinberg dem „Norden“ zugerechnet werden. Zum Südteil der BI gehören die Ortsgruppen Schwandorf-Stadt, Nittenau, Neumburg, Bodenwöhr, Bruck und Städtedreieck.

Die OG Städtedreieck gilt als widerstandsfähigste Gruppe. Zu ihr gehören die Orte Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof und Teublitz. Die WAA soll in Wackersdorf gebaut werden, obwohl der ebenfalls vorgesehene Standort Teublitz (einer der drei sog. Mikrostandorte neben Wackersdorf und Steinberg) ursprünglich Wunschstand-

ort der DWK gewesen ist. Dies ist gewiß auf den starken Widerstand aus dem Städtedreieck zurückzuführen, dessen Straßen mit unzähligen WAA-NEIN-Protesttafeln gesäumt sind. Große Teile des SPD-Ortsvereins und der im Stahlwerk „Maxhütte“ verankerten IG-Metall waren in die BI eingetreten, zusätzlich gab es ablehnende Stellungnahmen der SPD-Stadtratsfraktionen.

Nach Benennung von Wackersdorf (etwa 15 km entfernt) ist der Widerstand abgeflaut. Dennoch gibt es in der Ortsgruppe noch 30 Aktive (darunter einige CSU-Mitglieder) und etwa 300 mobilisierbare Sympathisanten.

Den größten Einfluß auf die BI Schwandorf hat die SPD. Die meisten BI-Mitglieder gehören der SPD an.(1) Insbesondere der sozialdemokratische Landrat Schuierer und der SPD-Landtagsabgeordnete Zierer (er veröffentlichte seinerzeit die von der CSU geheimgehaltene bayrische WAA-Standortkarte) haben sich als WAA-Gegner profilieren können und genießen hohes Ansehen, was sich auch in Stimmenzugewinnen für die SPD anläßlich der Landtagswahlen niederschlagen hat.

Auch in der CSU gibt es viele ernsthafte WAA-Gegner, die in der BI einigen Einfluß haben. Es gab zu Beginn aber auch eine Arbeitsteilung zwischen offenen Befürwortern einer WAA und Karrieristen, die lediglich auf der Anti-WAA-Schiene möglichst schnell in den

Landtag kommen wollten. Diese Rechnung ging auch auf. Nachdem bei den Landtagswahlen nur 6,3% für die Grünen gestimmt hatten trat die CSU wesentlich massiver als WAA-Befürworter auf. Anlässlich der Bundestagswahl '83 ging die BI mehrfach an die Öffentlichkeit mit der Aufforderung, die Erststimme (!) nicht der CSU zu geben – der CSU-Direktkandidat Jobst war als WAA-Einpeitscher stadtbekannt. Als Reaktion auf diese BI-Initiative traten eine Reihe von CSU-Größen (darunter der Bürgermeister und der lokale Fraktionsvorsitzende) mit einem großen Brimborium aus der Bürgerinitiative aus. Zahlreiche CSU-Mitglieder wurden erst ab März '82 in der BI aktiv, nachdem ein CSU-Mitglied, der Nabburger Familienrichter Burkhardt, Sprecher der BI geworden war.

Die örtlichen Grünen, (deren ehemalige Führungsriege ausgetreten war und die heute als eine Art Bundesvorstand des Gruhl-Ablegers ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei) fungiert), sind mit 80 Mitgliedern im ganzen Landkreis und 15-20 Aktiven recht schwach. Auch in der BI verfügen sie nur über geringen Einfluß.

Die örtlich ebenfalls vertretene DKP ist in der BI ohne Einfluß (na so was, d.S.) Eine Kandidatur ihres Sprechers zum BI-Vorstand wurde 1982 von den führenden BI-Vertretern mit der Drohung abgeblockt, andernfalls sämtliche Ämter niederzulegen. Die Ortsgruppen der BI-Schwandorf arbeiten autonom solange es nicht um überregionale Belange geht. Für Letzteres zuständig ist der 20-köpfige Vorstand der BI (8 Stammitglieder und je ein Sprecher aus jeder Ortsgruppe), der wöchentlich tagt. Die BI ist Mitglied im BUU.



## Weitere WAA-Gegnergruppen im Raum Schwandorf

Die Oberpfalz gehört zu den schwärzesten Gebieten Bayerns. Bei der Bundestagswahl '80 erreichte die CSU 68% und die SPD 28%. 1983 waren es 65% für die CSU und 26% für die SPD. Trotz CSU-Dominanz gab es in ersten Stellungnahmen des Stadtrats und des Kreistags von Schwandorf klare Mehrheiten gegen die WAA (31:24 und 22:8). Allein die Gemeinde Wackersdorf sprach sich einstimmig für die WAA aus.

Die extrem staatstreue katholische Kirche gibt sich nach außen neutral. Bei der evangelischen Kirche gibt es auf unterer Ebene Stellungnahmen gegen die WAA.

Von den Einzelgewerkschaften des

DGB machen sich vor Ort insbesondere die mit der Bayerischen Braunkohle-Industrie (BBI) von Wackersdorf verbundene IG Bergbau und Energie sowie die IG Bau Steine Erden für die WAA stark. Die IGM verhält sich eher abwartend, von der IGM-Jugend wurden auch eigenständige Veranstaltungen gegen die WAA initiiert.

Neben dem bayerischen Landesverband des BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz) ist noch eine oberpfälzische Ärzteinitiative zu erwähnen, die ähnlich wie in Gorleben-Dragehn mit großer öffentlicher Wirkung gegen die WAA Stellung bezogen hat.



## Oberpfalz-Koordination und Landeskonferenz

Der Dachverband der oberpfälzischen BIs ist ebenfalls ein Verein mit Vorstand etc. Zu den größten Mitglieds-BIs zählen neben der BI Schwandorf die BI Mitterteich (1.200 Mitglieder), die BIWAK Regensburg (1.200 Mitglieder), die BI Amberg (600 Mitglieder), die BI Weiden (200 Mitglieder),

die BI Cham und weitere kleinere Gruppen.

Die bayerische Landeskonferenz umfaßt neben diesen BIs zusätzlich BIs aus Nürnberg, Erlangen, Landshut, Rosenheim, Augsburg etc. Die meisten BIs sind erst im Zusammenhang mit den WAA-Plänen entstanden.

## Die politischen Kontroversen

Im politischen Spektrum der überregionalen Arbeit stehen sich als Extreme die gemäßigten Standort-BIs von Schwandorf und Mitterteich und die Nürnberger BIs gegenüber. Die Regensburger BIWAK gilt als "vermittelnde" BI.

Das Interesse an überregionaler Zusammenarbeit ist nicht gleich groß. Auch wenn es mittlerweile seitens der BI Schwandorf zugenommen hat kam es doch häufiger vor, daß die Schwandorfer an überregionalen Konferenzen zum Ärger der "Auswärtigen" sich nicht beteiligten. Die einzelnen Ortsgruppen der Schwandorf-BI halten sich auch aus der Oberpfalz-Koordination heraus und überlassen dies dem Vorstand. (Auch auf Vorstandssitzungen der BI - d.h. der Koordination auf niedrigster Ebene - sind BI-Ortsgruppen nicht oder nicht ausreichend vertreten.)

Die erste Großdemonstration in Schwandorf am 27.3.82 mit 15.000 Teilnehmern wurde gegen anfängliche Bedenken der Schwandorf-BI auf Initiative der landesweiten Koordination

durchgeführt und größtenteils von den Ortsansässigen getragen. Die 2. Großdemonstration am 4.9.82 mit knapp 10.000 Teilnehmern wurde mit nur wenig Teilnehmer aus dem Ort Schwandorf überwiegend von "Auswärtigen" in Regensburg durchgeführt.

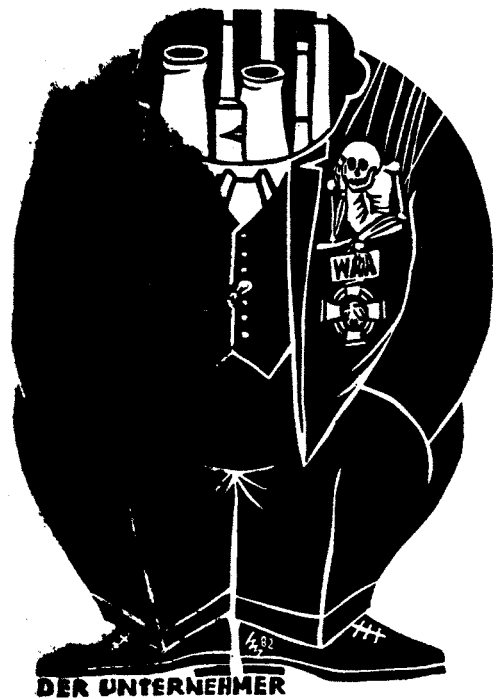
Inhaltliche Differenzen tauchen regelmäßig vor Wahlen auf an der Frage: Wahlempfehlung für Grüne oder nicht?

Die Schwandorfer haben sich bisher mit ihrer Devise: "Keine Wahlempfehlung gegen die CSU, keine für die Grünen" bei überregionalen Aufrufen durchsetzen können. (2) In Amberg konnte anlässlich der Bundestagswahl '83 ein grüner Wahlauftritt aufgrund zahlreicher SPD-Proteste innerhalb der BI nicht beschlossen werden. In Regensburg drohten "prominente" SPD-Bi'ler nach Verabschiedung eines Wahlauftritts zugunsten der Grünen durch die BIWAK ihren Austritt an. In der BI Weiden hingegen dominieren die Grünen usw. usf.

Unterschiedliche Positionen gibt es selbstverständlich in der Frage der Aktionen, auch wenn dies bisher noch nicht als Konfliktpunkt praktisch hervortrat. Seitens der Schwandorfer BI werden offiziell bisher Geländebesetzungen etc. also insgesamt gesetzüberschreitende Aktionen, abgelehnt. (3) Diesbezügliche Differenzen unter den BIs werden von der Presse gerne geschürt, z.B. wenn in der "Süddeutschen Zeitung" vor der Regensburger BIWAK (die laut Statut ebenfalls dem legalen Rahmen verpflichtet ist) als angeblich "militanter" BI gewarnt wird.

Aber auch innerhalb der Schwandorfer BI gibt es unterschiedliche Auffassungen über den einzuschlagenden Widerstand.

Im Unterschied zur Gorleben-BI, wo eine Hausfrau wie Marianne Fritzen oder ein "Aussteiger" wie Jörg Janning jahrelang die BI vertreten und in dieser Funktion auch illegale gewaltfreie Aktionen gebilligt hatten (z.B. die Bäumebesetzung bei Tiefbohrbeginn) sind die maßgeblichen Vorstandsmitglieder der Schwandorf-BI in gehobenen Positionen (Richter, Lehrer usw.) und somit schon durch Diskre-



narverfahren leichter aufgreifbar. (Gegen F. Burkhardt wurden bereits Disziplinarverfahren eingeleitet). Hinzu kommt der SPD-Einfluß und auch die konservative politische Grundhaltung aus denen heraus Blockaden etc. abgelehnt werden. (4) Fritz Burkhardt zufolge könnte durchaus in absehbarer Zeit eine Eskalation im Widerstand als "einzige Notlösung" unabdingbar werden, die dann allerdings einen Austritt von ihm und anderen aus dem BI-Vorstand zur Folge hätte. Insbesondere von jungen Biler(innen)n wird das strikte Festhalten am legal Machbaren kritisiert und die Durchführung symbolischer Aktionen (mit etwa 100 Teilnehmern) gegen die WAA als möglich angesehen. Hingewiesen wird von dieser Seite u.a. auf eine erste spontane Demonstration im Januar '82, als 4.000 WAA-Gegner kurzfristig den Teilnehmern einer CSU-Delegiertenkonferenz in Schwandorf ein Spießrutenlauf beschert und den Umweltminister Dick eingekesselt hatten.

Die Angst, auch nur bis an die Grenze der Legalität zu gehen, treibt diejenigen aus der BI bzw. zur Passivität, die eigentlich mehr Widerstand leisten wollen. In einem Jugendlökal hat es bereits eine schriftliche Aufforderung an Gleichgesonnene gegeben, sich außerhalb der BI gegen die WAA zusammenzufinden.

Abgesehen von der passiven Haltung vieler BI-Mitglieder, die, an Befehl/Gehorsam-Strukturen gewöhnt, wie das Kaninchen auf die Schlange (sprich: den Vorstand) starren, ist es allerdings auch objektiv problematisch, alle BI-Ortsgruppen trotz der auseinanderliegenden Entfernungen von bis zu 50 km über einen Vorstand zentralisieren zu wollen. Das allein brems so manche Initiative bzw. bindet in der Frage der Aktivität die wagemutigere Ortsgruppe an die Position der vorsichtigeren.

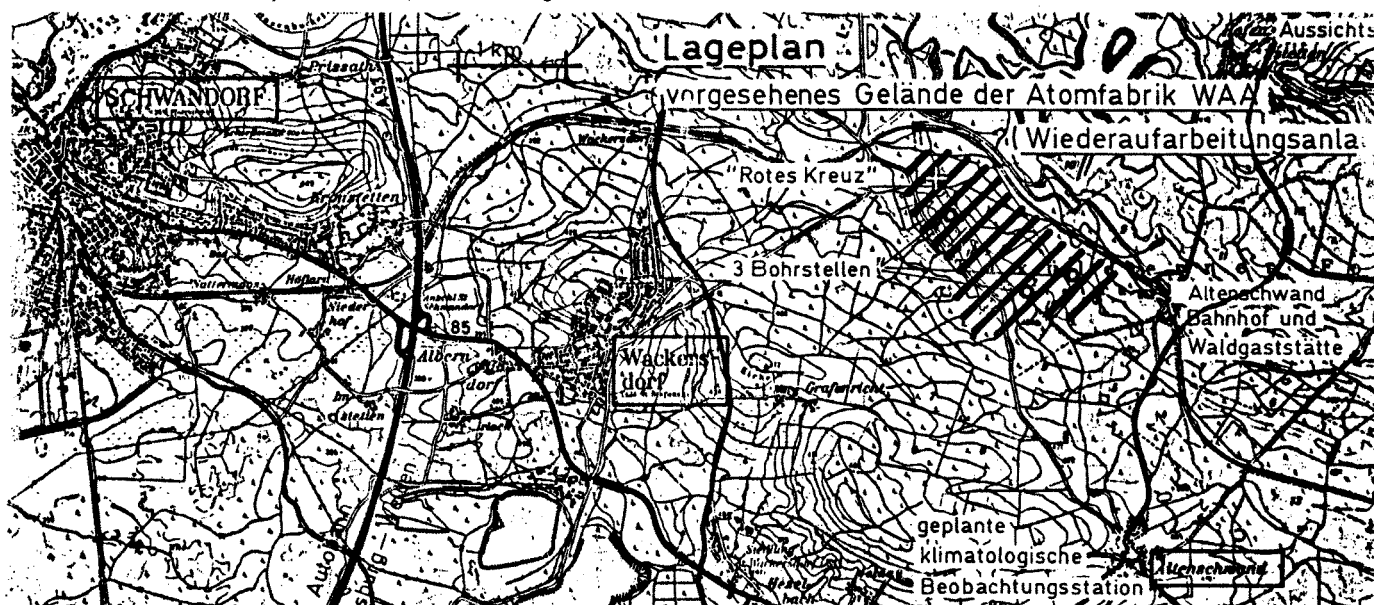


(1) In einer Erläuterung der Ortsgruppe Städtedreieck wird diesbezüglich ausgeführt, daß in der politisch selbstverständlich neutralen Bürgerinitiative "Anhänger und Mitglieder der SPD und der Grünen... überproportional vertreten (sind), die es z.T. nicht beabsichtigen, z.T. nicht geschafft haben, die BI auf ihre Linie zu bringen."

(2) Dies gilt für die Gesamt BI. "Die Wahlaufufe waren den Ortsgruppen vorbehalten, deren Spektrum von "diesmal keine CSU" bis hin zu einer kategorischen Ablehnung dieser Partei reichte." (Ortsgruppe Städtedreieck). Vor Ort wich auch die Gesamt-BI anlässlich der letzten Bundestagswahl von diesem Kurs ab "und attackierte den CSU-Kandidaten.(II)"(Fritz Burckhard).

(3) Allerdings gibt es in der BI eine starke Minderheit, die zumindest mit einer offensiveren Politik sympathisiert. Ein Sprecher dieses Flügels wurde anlässlich der letzten BI-MV von etwa einem Drittel der anwesenden BI-Mitglieder in den Vorstand gewählt.

(4) Bzgl. "SPD-Einfluß" heißt es in einer Erläuterung der Ortsgruppe Städtedreieck: "Die SPD hat in dieser Frage innerhalb und außerhalb der BI keine Stellung bezogen, da sie es ja wohl der BI überlassen muß, was sie macht. Die SPD hat vielmehr diese Praxis des Aushöhlens der BI durch systematisches Ausschalten wollen führender Köpfe auf dem Wege beruflicher Maßregelung scharf angegriffen. Eine illegale gewaltfreie Aktion würde von der SPD bestimmt nicht begrüßt, jedoch auch nicht angegriffen, wie dies durch die CSU und DWK geschieht, die nur auf solche Unternehmen wartet, um diese dann der BI anhängen zu können."



## EINE WAA IM HANDUMDREHEN

Am 18.2.82 stellte die DWK ihren Antrag auf Durchführung eines Raumordnungsverfahrens für eine WAA bei Schwandorf. Dieses wurde in einer Rekordzeit von nur 6 Monaten durchgepeitscht und abgeschlossen. Für jeden simplen Steinbruch dauert dieses Verfahren üblicherweise mindestens zwei Jahre.

Am 14.3.83 stellte die DWK ihren Antrag im Baurechtsverfahren. Mit einer gewissen Verzögerung kann hier eventuell gerechnet werden, da das vorgesehene Gelände auf gemeindefreiem Gebiet liegt und das zuständige Landratsamt den Antrag vermutlich ablehnen wird. Nach gewisser Verzögerung wird hier also die bayer. Landesregierung eingzugreifen haben.

Im Mai 83 wird vermutlich mit der Vorlage eines Sicherheitsberichts das atomrechtliche Genehmigungsverfahren eingeleitet werden. Der Sicherheitsbericht kann (vermutlich in der Haupturlaubszeit) 8 Wochen lang eingesehen werden. Die diesbezüglich vorgebrachten Einsprüche werden abschließend in einem Anhörungstermin (etwa im Herbst) behandelt.

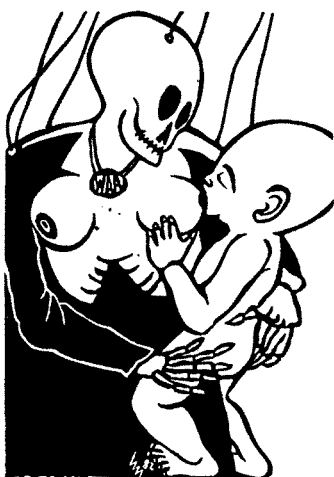
Anfang 1984 wird vermutlich das atomrechtliche Genehmigungsverfahren abgeschlossen und die 1. Teilerrichtungsgenehmigung erteilt werden.

Anfang 1985 soll laut DWK mit dem Bau der Eingangslagerhalle begonnen werden. In einem Gutachten von R. Geulen „Die Rechte der Betroffenen gegenüber der geplanten Wiederaufarbeitungsanlagen“ (zu beziehen über den BBU) heißt es: „Für die Betreiber atomarer Anlagen ist nach allen Erfahrungen von großer Bedeutung, vor den gerichtlichen Entscheidungen über die Auswirkungen dieser Anlagen in möglichst großen Umfang bereits vollendete Tatsachen zu schaffen ... Durch naturschutzrechtliche Planungen werden Landschaftsschutzgebiete oder Naturschutzgebiete, die im Wirkungsbereich der atomaren Anlagen liegen, aufgehoben. Straßen werden gebaut oder erweitert und in größerem Umfang Infrastrukturen angelegt. Gleiches gilt für Eisenbahnzuwegungen, Hochspannungsleitungen, Be- und Entwässerungsanlagen etc. In der Frühphase atomrechtlicher Planungen werden sehr häufig solche rechtlichen oder tatsächlichen Maßnahmen geschaffen, ohne daß der Bezug zu der beabsichtigten Errichtung der WAA deutlich wird. Aus diesen Gründen ist es daher erforderlich, bereits frühzeitig im weiteren Umkreise der Region einer geplanten WAA solche mittelbaren oder infrastrukturellen Planungen zu kennen und zu veröffentlichen, falls der Verdacht besteht, daß es sich hierbei um Planungen im Zusammenhang mit der WAA handelt ...“

DER SCHWANDORFER  
TOTENTANZ



GRAFIK-ZYKLUS MOTIVIER VON  
HORST MEISTER



DAS KIND

DER BAUER



DER GENERAL

# Wohin kommt die erste WAA?

Die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren werden von Bayern und Niedersachsen gemeinsam geführt. „Wir machen das im Geleitzug“, sagte Albert dazu. „Es werde dann Sache der DWK sein zu entscheiden, wo die erste Anlage gebaut werde.“ (FAZ v. 23.3.83) Auch nach eigener Auskunft will die DWK vorerst zwei Eisen im Feuer haben um jedoch letztlich dort die Anlage zu bauen, wo die 1. Genehmigung erteilt wird. Und so wird ein Standortwettbewerb angekurbelt, der nur im Interesse der DWK selbst liegen kann. Zum einen wird durch ihn der Eindruck erweckt, bei einer WAA handelt es sich um etwas Begehrtes. Zum anderen wird die Konkurrenz der Bundesländer dahingehend entfacht, mit möglichst wenig Rücksicht auf Sicherheitsinteressen die WAA-Planung durchzuziehen. Beispielsweise wurde, „damit der Standortwettbewerb in Bayern nicht verlorengelht“ (Rundblick) in Niedersachsen von vornherein auf die Erstellung eines Kriterienkatalogs zur Bestimmung von WAA-Standorten verzichtet. In diesem Wettbewerb soll natürlich der Sieger sein, der sein Volk am effektivsten stillhalten, bzw. unterdrücken kann. Für Wackersdorf selbst, wie auch für den Kreis Schwandorf gilt ebenso wie für Lüchow-Danenberg und Karwitz-Dragehn, daß es eine Mehrheit für die WAA nicht gibt.

Wenn es stimmt, daß nur eine WAA gebaut wird, wo sie sich durchsetzen läßt, dann stimmt es auch, daß eine WAA durch den Widerstand verhindert werden kann – d.h. in jeder Hinsicht

wäre es verfehlt, frühzeitig zu resignieren, egal ob in Schwandorf oder im Wendland.

Einmal abgesehen von der moralischen Fragwürdigkeit einer solchen Konkurrenz zwischen Bürgerinitiativen ist jedoch die DWK mit ihrer Aussage, nur eine WAA bauen zu wollen alles andere als glaubwürdig. Die von ihr heute forcierte Standortkonkurrenz schafft ihr die Option möglichst zügig morgen zwei WAA's zu bauen.

Letztlich läßt sich also das Übel nicht beseitigen ohne wechselseitige Unterstützung der WAA-Standort-BIs im gemeinsamen Kampf. Hier gab es in den letzten Wochen erfreuliche Ansätze. Nachdem man in der Oberpfalz anfänglich mit den vermeintlichen „Chaoten von Gorleben“ nichts zu tun haben wollte („möglicherweise gründen die auch noch in der Oberpfalz eine Republik“ – so der ehemalige Sprecher der BI Schwandorf, Burckhard, anläßlich eines Gorleben-Besuchs am 28.3.83), gibt es nun erste zarte Ansätze für eine Zusammenarbeit. Am Rande eines WAA-Hearings der bayrischen Grünen Ende Februar 83 wurden aktuelle Informationen über den Stand der jeweiligen Baumaßnahmen, bzw. Planungen für die WAA getauscht.

Die angestrebte Zusammenarbeit wird sich zunächst vor allem auf den juristischen Weg im Widerstand gegen die Atomanlagen konzentrieren. Noch im Sommer wollen beide Standort-BIs eine gemeinsame Prozessstrategie entwickeln.



Foto H. Schreg

Dieses Buch beschreibt ausführlich, daß es keine sogenannte »friedliche«

Atomkraft gibt, sondern daß Atomkraftwerke Fabriken für die weitere Aufrüstung sind oder werden können.

Im zweiten Teil des Buches legen Anti-AKW-Bewegte aus verschiedenen Gruppen ihr Verhältnis zur Friedensbewegung dar, um eine Diskussion über gemeinsamen Widerstand in Gang zu bringen: Denn wer gegen Atomraketen kämpft, muß auch gegen Atomkraftwerke kämpfen, oder?!

Mit Beiträgen von Amory B. Lovins, Autorenkollektiv AUTONOMIE, und vielen anderen

128 Seiten, 9.80 DM

ISBN 3-88734-003-5



Das Buch, das vom Anti-Atom-Komitee aus La Hague verfaßt wurde, soll einen Beitrag im gemeinsamen Kampf über die nationalen Grenzen hinweg leisten. Sie gibt weitere Argumente über die Gefahren für Arbeiter, Anwohner und Umwelt einer WAA im »normalen« Betrieb. Weiterhin wird deutlich, daß sich durch Wiederaufarbeitung die Entsorgungsfrage nur verschärft: wohin mit dem stark radioaktiv verseuchten, tödlichen Atom Müll? Die Darstellung der französischen Wiederaufarbeitungsprobleme ist authentisch und somit doch eine Bereicherung des sehr strapazierten Broschüren- und Bücherangebots gegen die Atomindustrie.

96 Seiten, 21 Abb., 6.80 DM

ISBN 3-88734-009-4

Verlag  
FREUNDE DER ERDE  
Berlin

MehringHof, Gneisenastr.2  
1000 Berlin 61, 030 - 6928779



# Gorleben/Dragahn-Hearing

## 1983

Vom 25. - 28. März 83, nahezu genau 4 Jahre nach dem spektakulären "Gorleben - Hearing" der niedersächsischen Landesregierung 1979 kamen erneut 25 Wissenschaftler, darunter je ein Vertreter aus England, Frankreich, USA, Holland und Norwegen zusammen, um eine umfassende Bilanzierung der Wiederaufarbeitungstechnologie vorzunehmen.

Veranstalter waren - federführend - die Gruppe Ökologie Hannovor, ferner der BBU, dessen niedersächsischer Landesverband LBU, die BI Lüchow-Dannenberg und die niedersächsischen Grünen.

Ferngeblieben waren nicht nur die eingeladenen WAA-Befürworter und die für sie tätigen Wissenschaftler; nur mäßig interessiert waren auch die Massenmedien (Ausnahme: TAZ), die sich 1979 noch in der Pro-Kontra-Diskussion massiv engagiert hatten, sowie ein Großteil der Bürgerinitiativen-Öffentlichkeit. Lediglich ein Insider-Kreis von 60 bis max. 300 Zuhörern verfolgte die z.T. hochkarätigen Auseinandersetzungen.

Daß bei diesem Nachfolge - Hearing die Kritiker unter sich blieben ist bezeichnend. Daß die Argumente der Pro-Seite schwach sind und einer kritischen Durchleuchtung nicht standhalten war bereits beim Hearing 1979 ersichtlich und ist im "Gorleben-Report" dokumentiert. Entgegen dem Votum der zahlreichen kritischen Wissenschaftler beim "Gorleben-Hearing" hielt 1979 Albrecht - vorbehaltlich einiger Konzeptänderungen - an der technischen Realisierbarkeit der WAA fest. Sein berühmt-berüchtigtes "Nein zu Gorleben" war ebenso wie das Gorleben-Hearing nicht mehr als ein Zugeständnis an eine starke Anti-AKW-Bewegung. Insbesondere ging es Albrecht darum, daß sich die massiven Auseinandersetzungen von 1976/77 gegen das AKW Brokdorf und das AKW Grohnde in Gorleben nicht wiederholen.

Mittlerweile steckt der Anti-AKW-Widerstand in einer Flaute und wir erleben nun, wie (beschleunigt seit dem CDU/CSU-Machantritt) mit schwerem Stiefel solch überflüssiger Luxus wie "Bürgerdialog" und "Pro-Kontra-Betrachtungen" vom Tisch gestoßen werden. Selbst ein so zahnloses Gremium wie die pluralistisch besetzte Enquete-Kommission des Bundestages will man liquidieren. Ein von der Stadt Salzgitter erteilter Auftrag an die Gruppe Ökologie zur kritischen Bewertung des Schacht-Konrad-Sicherheitsberichts wird derzeit auf Betreiben der CDU zu Fall gebracht (die Auseinandersetzung hierrüber dauert noch an). Die Nichtbeachtung des Gorleben/Dragahn-Hearings durch die Atomlobby ist unseres Erachtens nur ein weiterer Hinweis darauf, daß hierzulande auf das Mittel wissenschaftlicher Überzeugungskraft und argumentativer Redlichkeit kein Pfifferling mehr gesetzt wird, daß hinter schwachen Pro-Argumenten ein starker Staat und ein starker Geldbeutel stehen, was allein zählt.

Trotz dieser Rahmenbedingungen war das Gorleben/Dragahn-Hearing nicht für die Katz.

Uns hatten besonders beeindruckt die Berichte der ausländischen Wissenschaftler über den aktuellen Stand der WAA-Planung in ihrem Land. Sie machten es möglich, die westdeutschen WAA-Pläne in einen größeren Kontext einzuordnen.

Faßt man die (auf den folgenden Seiten nachlesbaren) Beiträge von Schapira (Frankreich), Patterson (England) und Thompson (USA) zusammen, zeigt sich folgendes:

1. Die WAA-Technik soll in Schwandorf und Dragahn in einer Situation durchgepeitscht werden, in der weltweit die Skepsis in die langfristige sicherheitstechnische Beherrschbarkeit und Wirtschaftlichkeit von WAA's größer ist, als je zuvor.

In England gibt es seit dem schweren Unfall von Windscale 1973 keine WAA für Leichtwasserreaktor-Brennelemente. Die bereits 1978 eingeleiteten Bemühungen zur Errichtung einer neuen WAA verliefen seither im Sande, die Elektrizitätsunternehmen scheuen davor zurück, sich auf die mit der WAA verbundenen Risiken einzulassen.

In den USA sind alle zivilen WAA's nach Betriebsversagen stillgelegt. Auch die Suche nach potentiellen Betreibern der unter Carter "eingemotteten" WAA Barnwell blieb ohne Erfolg, was nun dazu führt, daß allein militärische Interessen die Inbetriebnahme dieser WAA noch herbeizuführen vermag.

In Frankreich, dem WAA-Musterland wurde erstmals im Auftrag der Regierung ein Bericht veröffentlicht, der sich mit der Langzeitsicherheit von WAA's und insbesondere dem WAA-Atommüllproblem kritisch auseinandersetzt und die Aufnahme von Forschungsarbeiten auch auf dem Gebiet der direkten Endlagerung unter Umgehung der WAA vorschlägt.

Erst dieser Hintergrund und die Tatsache, daß die seit 1979 weltweit einzige neu in Betrieb gegangene WAA Tokai Mura in Japan bereits im ersten Betriebsjahr eine ganze Serie schwerwiegender Unfälle zu verzeichnen hatte, rückt den Größenwahn der hiesigen DWK in das richtige Licht.

2. Weltweit trifft es eindeutig zu, daß über die WAA der Ausbau von Atomprogrammen vorangetrieben wird und immer mehr "Menschen beim Licht einschalten das Gefühl haben, auch die lokale Atombombenfabrik zu beliefern." (Patterson, vgl. hierzu den folgenden Beitrag von H. Hirsch).

Wir dokumentieren im Folgenden nur eine kleine Auswahl der Hearing-Beiträge, die eventuell in einigen Monaten als Buch veröffentlicht werden sollen. Wir haben besonders die Beiträge berücksichtigt, die für die aktuelle politische Auseinandersetzung gut zu gebrauchen sind und die Legitimität des Betreibervorgehens nachhaltig in Frage stellen.

Vorausgestellt haben wir einen Beitrag von Dr. Helmut Hirsch, der die Ergebnisse des ganzen Hearings prägnant zusammenfasst.

H. Hirsch ist der Sprecher der Gruppe Ökologie und der maßgebliche Initiator des Gorleben-Dragahn-Hearings. Im Rahmen des Gorleben-Hearings 1979 hatte er im Auftrage der nds. Landesregierung die Arbeiten der WAA-Kritiker koordiniert.



# Zu den Ergebnissen des

## von Dr. Helmut Hirsch Gruppe Ökologie Hannover

Für die zukünftige Diskussion ist es wichtig, noch einmal Revue passieren zu lassen, was Ministerpräsident Albrecht in seiner Regierungserklärung vom 16. Mai 1979 gesagt hat.

Dort stellte er fest, daß die Wiederaufarbeitung grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar sei, allerdings unter der Voraussetzung, daß an dem Konzept gewisse Änderungen durchgeführt werden. Heute aber ist zu sehen, daß Ministerpräsident Albrecht 1983 auch in sicherheitstechnischer Hinsicht Abstriche gemacht hat. Hier verhält es sich ähnlich wie mit der Standortfrage, wo es zunächst hieß: nicht Lüchow-Dannenberg, um die Leute zu beruhigen, um dann später doch an Lüchow-Dannenberg festzuhalten. Ich möchte vor allem drei Punkte hervorheben.

Zum einen hatte die Landesregierung seinerzeit gefordert, es dürfen keine hochaktiven Abfälle in flüssiger Form in großen Mengen in Tanks zwischengelagert werden. Die DWK hat versucht, diesem Punkt auf dem Papier Rechnung zu tragen nach dem Motto: wenn der Landesregierung ein Teil dieses Konzeptes eben nicht paßt, dann streichen wir ihn einfach raus und die beiden benachbarten Teile, die dadurch verbunden werden sollten, die hängen wir direkt zusammen; d.h., die Abfälle werden sofort verglast. Das bedeutet, die Abfälle sollen mit einem Verfahren, daß bisher noch nicht

erprobt wurde und nur auf dem Papier existiert, in eine Abfallform umgewandelt werden, deren Eignung immer mehr in Zweifel gezogen wird. Hier dürfte die Landesregierung nicht einfach oberflächlich sagen, gut, man hat ja diesen kritischen Punkt rausgenommen, - sondern hier müßte man schon erheblich genauer prüfen: Wie zuverlässig ist denn dieses Änderungskonzept? Und dabei hätte sich deutlich gezeigt, daß es auf tönernen Füßen steht. Wenn die Landesregierung also auf der Grundlage der Regierungserklärung 79 stehen würde, hätte sie schon aus diesem Grund den Antrag nicht in dieser Form entgegennehmen dürfen. Diesbezüglich müßte sie zumindest fordern: Zunächst muß demonstriert werden, daß Glas überhaupt eine geeignete Abfallform ist. Dann erst kann man diesen Punkt abhaken.

Ein zweiter Punkt, der noch viel deutlicher unter den Tisch gefallen ist, betrifft die Vorkehrung, für den Fall eines Krieges oder einer schweren Krise das radioaktive Inventar der Anlage unterirdisch einlagern zu können. Von dieser Forderung hat man jetzt in der Diskussion um Dragahn nichts mehr gehört, sie ist einfach weg, sie wurde nur von unserer Seite jetzt wieder in die Diskussion eingebracht. Falls sie nachträglich in dieses Konzept aufgenommen werden soll, stellt sich die Frage, ob in Dragahn ein zweites Bergwerk zur Einlagerung errichtet werden soll, oder ob man die flüssigen radioaktiven Abfälle dann 25 km weit nach Gorleben transportieren will, um sie dort in ein Endlagerbergwerk einzubringen. Wir sagen immer, 25 km

sind nicht viel, aber für den Transport von hunderten oder tausenden Kubikmetern flüssiger radioaktiver Abfälle ist diese Strecke wieder sehr lang. Die nächste Frage ist: Geht man im Prinzip schon heute davon aus, daß der Salzstock Gorleben geeignet ist? Sonst wäre ja keine Stelle da, wo man diese radioaktiven Stoffe einlagern könnte. Viele Fragen dazu - keine Antworten.

Ein dritter Punkt liegt auf einer anderen Ebene. Albrecht hatte sich in der Regierungserklärung vom Mai 79 explizit darauf bezogen, daß die Giftigkeit der Wiederaufarbeitungsabfälle nach 500-1000 Jahren unter die Giftigkeit (Toxizität) von natürlichen Uranerzen falle, man sie dann also vergessen könne. Nach den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen, die sich auf neue Toxizitätswerte für radioaktive Stoffe stützen, die von der internationalen Strahlenschutzkommission 1980 publiziert wurden, ist das aber unter keinen Umständen mehr haltbar. Wenn man heute genauso mit für die Kernindustrie günstigen Annahmen rechnet, jenen Annahmen, die damals zu 500-1000 Jahren geführt haben, kommt man heute auf einen Zeitraum von 1 - 10 Millionen Jahren. Das bedeutet, daß der Unterschied zwischen Wiederaufarbeitung und Nicht - Wiederaufarbeitung sehr stark zusammengeschrumpft ist. Hier ist also die wissenschaftliche Entwicklung einfach über etwas hinweggegangen, worauf sich Ministerpräsident Albrecht in seiner Erklärung noch gestützt hat. Dennoch war auch hierzu bis jetzt keine Reaktion zu verzeichnen.

## Explosionsunfälle in der WAA

Ich gehe jetzt noch einmal quer durch das Programm des Hearings, um die wichtigsten Ergebnisse festzuhalten. Angefangen haben wir mit den sicherheitstechnischen Fragen, mit den Konzeptänderungen. Es ist kein Brennelementlagerbecken als Eingangslager mehr vorgesehen sondern ein Trockenlager. Weiterhin will die DWK ein völlig unerprobtes Konzept zur Fernbedienung, Ferninstandhaltung, Fernreperatur der Anlage einführen, zu dem man selbst aus den offiziellen Kernforschungszentren Zweifel hören kann, ob es so machbar ist. Damit kann ich diesen Punkt wohl abschließen, weil ich das wichtigste schon vorher sagte.

Ein weiterer Punkt bei den Sicherheitsfragen war, daß wir in den letzten Jahren genauere Berechnungen angestellt haben zur Frage der möglichen Kritikalitätsunfälle. In den offiziellen Studien wird bei Entstehen einer kritischen Masse mit Explosionswirkungen in der Größenordnung von 1 kg TNT - also etwa einer Handgranate - kalkuliert, d.h. wenigstens die baulichen

Strukturen würden ganz bleiben. Die jetzt präsentierte Berechnung hingegen zeigt, daß mit einer max. Sprengwirkung von bis zu 100 kg gerechnet werden muß: Also keine Handgranate, sondern eine mittlere Fliegerbombe aus dem 2. Weltkrieg. Es sind also Kritikalitätsunfälle möglich, die von innen heraus die bauliche Struktur der Anlage zerstören, und die zur Freisetzung größerer Mengen von Radionukleiden, vor allem Plutonium, führen können. Weiterhin können sie eine ganze Reihe von Folgeunfällen in der Anlage bewirken, weil innere Zerstörungen wie Zerschneiden von Rohrleitungen, Ausfließen brennbarer Lösungsmittel usw. als Folge zu erwarten sind.

Im Rahmen der Vorträge über internationale Betriebserfahrungen hat Walter Patterson (Großbritannien) festgestellt, daß weltweit die Probleme in den letzten vier Jahren eher größer als kleiner geworden sind. Aufgrund der technischen Probleme und der schlechten Anlagenverfügbarkeit, Störfälle

usw. stiegen die Kosten derart an, daß in anderen Ländern, insbesondere in GB die Elektrizitätsversorgungsunternehmen langsam ihre Zweifel bekommen, ob Wiederaufarbeitung wirklich sinnvoll und notwendig für sie ist. Hier sind also bereits gewisse Interessengegensätze zwischen Wiederaufarbeitern und EVUs aufgetreten - in der BRD ist es bisher noch nicht so weit.

Besonders interessant war der Vortrag aus Frankreich von Jean-Paul Schapira, der die Ergebnisse der Commission Castaing, einer offiziellen Regierungskommission, der er angehört, und die Empfehlungen zur WAA gegeben hat, dargestellt hat. (siehe S. 25 dieser Zeitung, Anm. Red.) (...)

Es wurde ferner eine Gegenüberstellung der Direkten Endlagerung von Brennelementen und der Wiederaufarbeitung präsentiert. Ich sagte schon, daß heute nach den neuesten Erkenntnissen der Vorteil der Wiederaufarbeitung, der ja darin besteht, daß einfach eine geringere Menge giftiger Stoffe ins Endlager kommt, praktisch ver-

# Gorleben/Dragahn-Hearings

schwunden ist, weil sich die Toxizität der Abfälle stark erhöht hat. Früher hat man mit einem Faktor 10 - 100 zugunsten der Wiederaufarbeitung gerechnet, jetzt ist nur noch ein Faktor 2 - 3 übrig geblieben. Dieser geringe Rest-Vorteil wird noch dadurch aufgehoben, daß durch die Wie-

deraufarbeitung die Radionuklide auf eine Vielzahl von Abfallströmen mit einem sehr großen Volumen verteilt werden. Damit wird die Freisetzungswahrscheinlichkeit erhöht.

Weiter wurde über geologische Aspekte gesprochen. Prof. Grimmel

hat vor allem über die Trinkwassergefährdung geredet, weil die Anlage Dragahn in einem Wasserschutzgebiet errichtet werden soll. (s.S. 14)

Andere Vorträge haben einen Überblick über die Probleme der Endlagerung gegeben. (s.S. 29)

## In der BRD ein Tabu-Thema: Die milit. Verwendbarkeit der WAA

Was ich aber besonders hervorheben möchte, ist die Sektion am Samstagabend, wo es um den Zusammenhang zwischen ziviler Wiederaufarbeitung und militärischer Atomenergienutzung ging. Dieses Thema wurde bisher in der BRD kaum diskutiert, es ist ein Thema, das tabuisiert wird. Es ist einerseits verständlich, daß es hier Tabus gibt, weil es auch einen ziemlich erschreckenden Inhalt, erschreckende Implikationen hat, aber ich meine, gerade deshalb ist es wichtig darüber zu reden.

Auf dem Gorleben-Hearing 79 wurde dieses Thema von der Landesregierung ziemlich unterdrückt. Ich kann mich erinnern, daß Albrecht selbst in die Diskussion eingegriffen und den internationalen Kritikern in bestimmten Dingen, das Wort abgeschnitten und gesagt hatte, daß solche Fragen, da die BRD kein Atomwaffenstaat sei,

nicht diskutiert zu werden bräuchten. Die Wissenschaftler waren damals als eingeladene Gäste auch so höflich, das Thema nicht weiter zu verfolgen. In den letzten Jahren gibt es jedoch einige neue Entwicklungen, die diesen Zusammenhang in besonders düsterem Licht erscheinen lassen. Das Wichtigste ist vielleicht, daß man in den Vereinigten Staaten erwogen hat, die zivile Wiederaufarbeitungsanlage in Barnwell in Betrieb zu nehmen, um dort aus zivilen Reaktoren Kernbrennstoffe aufzuarbeiten und das gewonnene Plutonium für das Waffenprogramm zu verwenden. Dies wurde ernsthaft diskutiert, es wurde im Augenblick zwar durch den amerikanischen Kongreß verhindert, aber diese Wünsche sind nach wie vor da. Vor allen Dingen ist es wichtig, daß Derartiges überhaupt einmal als offizieller Plan formuliert wurde, denn damit wird endgültig bestätigt, daß es ohne jeden Zweifel tech-

nisch machbar ist, und auch für diejenigen, die sich Atomwaffen beschaffen wollen, Vorteile hat.

Wichtig ist auch noch, daß die US-Regierung seit dem Mißerfolg in Barnwell versucht, auf dem Weltmarkt Plutonium einzukaufen. Es wurde bekannt, daß man z.B. 5t Plutonium in Großbritannien kaufen wollte. Wir haben also eine Situation – wenn die WAA in Dragahn, oder sonstwo in Betrieb geht und eine Weile läuft – daß dann eine Plutoniummenge in der BRD vorhanden ist, aus der man kurzfristig ein Großarsenal von einigen tausend Kernwaffen herstellen kann. Das ist eine Tatsache. Angesichts der internationalen Situation, die ich gerade angedeutet habe, läßt das unter Umständen auch die Frage auftauchen, ob die BRD Plutonium an die Vereinigten Staaten verkaufen möchte, um das dortige militärische Atomprogramm zu unterstützen.

## Kein „Freeze“ ohne weltweites Moratorium

### für alle Arten von Wiederaufarbeitung

Diese Zusammenhänge müssen völlig klargemacht werden und – ich möchte noch einen kleinen Schritt weitergehen, und möchte noch etwas wiedergeben, was am Samstagabend von Dr. Gordon Thompson (USA) hier gesagt wurde. Er hat hier in dem Kreis der Zuhörer des Hearings einen Vorschlag zum ersten Mal öffentlich zur Diskussion gestellt: Es gibt in den USA die starke Forderung des Freeze, also die Forderung nach Einfrieren der Atomwaffenprogramme, um als ersten Schritt mindestens zu erreichen, daß die Probleme nicht noch laufend weiter verschlimmert werden. Und es ist nun wirklich ein großes Problem, wenn man ein solches Konzept verwirklichen will, wie man garantieren kann, daß es eingehalten wird. Die beste Lösung ist natürlich, die Kontrolle an der Stelle anzusetzen, wo das Plutonium für die Bomben herkommt. Und das ist die Wiederaufarbeitung, das ist momentan in erster Linie die militärische Wiederaufarbeitung in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion, auch

die teils militärische, teils zivile Wiederaufarbeitung in anderen Ländern. Der Vorschlag von Gordon Thompson läuft darauf hinaus, ein weltweites Moratorium für alle Arten von Wiederaufarbeitung zu fordern, das dann auch die militärische Wiederaufarbeitung in den Kernwaffenstaaten einschließen muß. Nur so könne kontrolliert werden, daß ein solcher Freeze durchgehalten wird. Ein solches Moratorium hätte den Vorteil, daß man durchaus die Möglichkeit hat, z.B. von Satelliten aus zu kontrollieren, ob eine Wiederaufarbeitungsanlage läuft oder nicht. Aber man hat nicht die Möglichkeit, zu messen, was in den Köpfen der Menschen, die eine Wiederaufarbeitungsanlage betreiben, vorgeht. Man kann nicht feststellen, ob die gerade militärisches oder ziviles Plutonium erzeugen wollen! Wenn die Anlage mal läuft, ist hier eine Kontrolle nicht mehr möglich, aber man kann kontrollieren, ob sie im Betrieb ist oder nicht.

Und in diesem Lichte ist auch die

Frage Dragahn zu sehen, weil, wenn man eine solche Forderung stellen will, und ein Moratorium der gesamten Wiederaufarbeitung zur Kontrolle der weiteren Atombewaffnung anstrebt, dann selbstverständlich auch die BRD schon allein aus diesem Grund, keine Wiederaufarbeitungsanlage in Betrieb nehmen darf. Dies einerseits wegen der Beispielwirkung, selbst wenn man hier keine bösen Absichten unterstellt, aber andererseits auch durchaus aus tiefergehenden Gründen. Ich unterstelle den führenden Politikern der BRD nicht unbedingt, daß sie eine Atombewaffnung der BRD aktiv anstreben, aber ich denke, daß es sehr vielen Politikern nicht unangenehm ist, durch die Einführung der zivilen Wiederaufarbeitung die Option des Zugriffs zwecks militärischer Nutzung auf das Plutonium offenzuhalten. Ich bin der Meinung, daß auch in diesem Lichte der Zusammenhang zwischen der Wiederaufarbeitung in der BRD und dem weltweiten Rüstungswettlauf zu sehen ist.



## Wann wird eine WAA wirtschaftlich?

Am letzten Tag des Hearings haben wir über regionalpolitische, rechtliche und energiewirtschaftliche Fragen diskutiert. Hier will ich nur kurz andeuten, daß bei den regionalpolitischen Fragen, vor allem die Frage der Arbeitsplätze diskutiert wurde.

Stichwort dazu, erstens: Man muß immer die Kosten der Arbeitsplätze abwägen; wenn man bei der WAA von einem Investitionsvolumen von 4 bis 5 Mrd. DM ausgeht, dann kostet uns jeder einzelne Arbeitsplatz Investitionen von einigen Mio. DM. Obwohl ich selbst kein Volkswirtschaftler bin, kann ich dazu sagen, daß das im Vergleich zu anderen Industrien außerordentlich hoch ist, ich weiß, daß man in anderen Industriezweigen schon einen Wert von einigen hunderttausend DM pro Arbeitsplatz als sehr hoch betrachtet. Mit dem hier eingesetzten Geld könnte also in anderen Bereichen eine viel größere Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Und der zweite Aspekt: Man muß sich auch überlegen, daß man für einige sehr teure Arbeitsplätze gleichzeitig die gesamte, historisch gewachsene Struktur dort kaputt macht. Die WAA ist nämlich ein Großprojekt, das, wie gesagt wurde, strukturell gesehen, so sehr oder so wenig in den Landkreis Lüchow-Dannenberg hineinpaßt, wie etwa die Olympischen Spiele 1984 nach Lüchow.

Zu erwähnen ist vielleicht noch der letzte Vortrag am Sonntagvormittag zu den Kosten des Atomstroms, in dem die vorläufigen Ergebnisse einer entsprechenden Studie des Öko-Institutes vorgestellt wurden.

Die Autoren haben durchgängig

festgestellt, daß nach ihren Berechnungen, die Kosten des Atomstroms gegenüber dem aus Kohle gewonnenen Strom auf jeden Fall überwiegen selbst wenn man bei der Kohlenutzung eine sehr teure, hundertprozentige Entschwefelung einrechnet. Wichtig ist noch, daß man hier versucht hat, von der rein betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise bei Wirtschaftlichkeitsrechnungen abzugehen und auch die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten in die Rechnung einzubeziehen. Da zeigt sich dann, daß die für die Gesellschaft errechneten volkswirtschaftlichen Verluste allein für ein einziges Atomkraftwerk rd. 50 Mrd. DM gegenüber einem Steinkohlekraftwerk ausmachen. Und für das Thema unseres Hearings ist noch wichtig, daß die Wiederaufarbeitung einen sehr hohen Anteil an den Kosten hat, und zwar einen Anteil von 20% oder mehr.

Abschließend haben wir über die Ergebnisse der Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" und die Notwendigkeit der Atomenergie überhaupt diskutiert. Ich will dazu nicht mehr viel sagen; ich gehe davon aus, daß diese Thematik bekannt ist.

Wichtig ist noch, hervorzuheben, daß diese Ergebnisse 1979 bei dem ersten Gorleben-Hearing noch nicht bekannt waren und daß man bezüglich der energiepolitischen, energiewirtschaftlichen Randbedingungen noch keine alternativen Szenarien, sondern nur die irrsinnigen Wachstumsstudien der Energiewirtschaft kannte. Auch in dieser Beziehung sind die Diskussionen auf dem Gorleben-Hearing

1979 heute schon völlig überholt.

Als letzten Gedanken wollte ich noch schnell auf eine Aussage von Walter Patterson hinweisen. Wir haben uns die Frage gestellt: Wenn das Ganze soviel kostet, wenn Atomenergie so teuer ist und wenn insbesondere die Wiederaufarbeitung schon über 20% davon ausmacht, wieso wird sie dann überhaupt angestrebt? Es gibt hier verschiedene, auch wirtschaftliche Gründe: Stichwort Monopolstruktur der Energieversorgung, Eigendynamik der Elektrizitätsversorgungsunternehmen, zentralisierte Technologien, die eben auch der Struktur dieser Unternehmen entgegenkommen usw. Aber ein Punkt ist sicherlich auch der militärische Zusammenhang. Wenn ich nämlich gleichzeitig dieses Atomprogramm für militärische Zwecke nutzen möchte, dann sieht eine Gesamtrechnung aus der Sicht derer, die ein ziviles und ein militärisches Programm wollen, natürlich kostenmäßig wieder viel günstiger aus. Dann bedeutet es ja daß ich mir ein separates militärisches Atomprogramm, das ja auch wieder eine Menge Geld kostet, erspare. Aber ich denke, das ist für diejenigen, die Atombomben nicht für ein sinnvolles Produkt halten, wohl kein sehr überzeugendes Argument. Damit will ich schließen.

Dieses Fazit des Gorleben/Dragahn-Hearings wurde auf einer Pressekonferenz am 28. März 1983 mündlich vorgetragen. Wir haben es in einer leicht überarbeiteten und gekürzten, von Helmut Hirsch autorisierten Fassung wiedergegeben.

## VERDREISSIGFACHUNG

### des Atommülls durch Wiederaufarbeitung

"Während aus 1 cm abgebrannten Brennstoff bei direkter Endlagerung rund 5 cm konditioniertes Produkt werden, liefert die gleiche Menge bei Wiederaufarbeitung ca.

0,9 cm hochaktive Glasblöcke

6 cm konditionierte Brennelementhüllen und Schlemme, gleichfalls hochaktiv

62 cm Mittelaktive Abfälle

45 cm Schwachaktive Abfälle

37 cm Tritium - Wasser

sowie Sonderabfälle wie - Krypton in Druckflaschen - falls es abgetrennt wird! Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Verfahren zur Behandlung der hochaktiven Abfälle nur auf dem Papier existieren, es für die Lagerung des Tritium-Wassers noch nicht einmal die Idee einer Lösung gibt, und bei gestörtem Betrieb die Abfallmengen noch zunehmen (Dekontaminationsabfälle, kaputte Geräte usw.)"

(aus einem Hearing-Beitrag von H. Hirsch, Gruppe Ökologie, Hannover)



Helmut Hirsch bei der Demonstration der unterschiedlichen Menge von Atommüll mit und ohne Wiederaufarbeitung. Foto: Hirsch

Französische Regierungskommission, stellt fest:

# Keine Langzeitsicherheit durch WAA

Nach dem Hearing Beitrag von Dr. J.P. Schapira, Mitglied der „Commission Castaing“



Der Bau der WAA-Anlagen UP 3 und UP 2-800 in La Hague wurde im März 1981 noch von der alten Regierung beschlossen und im Oktober 1981 von der Regierung Mitterrand bestätigt. Dieser Beschluß war innerhalb der sozialistischen Partei, ökologischen und anderen Gruppen. Im Parlament gab es eine heftige Diskussion darüber. Daraufhin beschloß die Regierung die Einsetzung einer Kommission, welche die Problematik genauer untersuchen sollte. In die „Kommission Castaing“ wurde ein „breites Spektrum von Meinungen berufen“, mit Vertretern der Universitäten, der zuständigen Behörden, von Gruppen die dem Atomprogramm kritisch gegenüberstehen. Wissenschaftler meist mit wenig praktischer Erfahrung auf dem Gebiet der Wiederaufarbeitung.

Die Kommission hat nach einem Jahr Zusammenarbeit im Januar 1983 ihren Bericht veröffentlicht. Dafür wurden zwischen den Mitgliedern der Kommission starke Kompromisse geschlossen, „die sich darin widerspiegeln, daß die Kommission der Cogema die Fähigkeit zuerkennt, die neue Anlage ... zu bauen, obwohl die bisherigen Erfahrungen das in einem sehr kritischen Licht erscheinen lassen.“ Die Anlage UP 3 ist dazu bestimmt, aus dem Ausland gelieferten Kernbrennstoff aufzuarbeiten, während die französische Elektrizitätsgesellschaft EDF UP 2-800 nutzen wird. Ab 1990 werden jährlich 1.500 abgebrannte Brennelemente anfallen.

Die Kommission stellte dazu fest, daß aufgrund der großen Menge angelieferter Brennelemente ab 1990 8.000 bis 12.000 t Atom Müll ständig in La Hague gelagert werden müssen. Das Hauptproblem, dem sich die Kommission gegenüber sah, war die Frage, „ob

Wiederaufarbeitung überhaupt der angemessene Weg ist, um die Langzeitsicherheit der radioaktiven Abfälle zu gewährleisten.“ Die drei von der Cogema vorgeschlagenen Arten der Abfallkonditionierung, wie sie auch hier verfolgt werden, wurden dazu näher untersucht. Für die Endlagerung der schwach- und mittelaktiven Abfälle hat die Cogema keinen Plan vorgelegt. Nach den Richtlinien der amerikanischen Genehmigungsbehörde NRC wären Bitumen und Zement für die Abfälle, die langlebige alpha-Strahler enthalten, als nicht geeignet anzusehen. (In Frankreich sieht man das eben anders, d.S.) Zur Verglasung herrschte in der Kommission Übereinstimmung, daß es bis heute keine Möglichkeit gibt nachzuweisen, daß sie eine ausreichend sichere Form der Abfallbehandlung darstellt. „Wichtig für die Castaing-Kommission war die neue Verordnung der Internationalen Strahlenschutzkommission '80, in der sehr viel höhere Toxizitätswerte für Neptunium und Americium angegeben wurden ... Das führte dazu, daß bei den Glasblöcken, aus der Anlage UP 3, verglichen mit nicht aufgearbeiteten Brennelementen, durch die Wiederaufarbeitung nur noch eine Reduzierung der Toxizitätswerte um den Faktor 2-3 erreicht wird, während vorher ein Faktor von 30 angesetzt wurde.“ Andererseits erhöht sich das Volumen der radioaktiven Abfälle nach Berechnungen der Kommission durch die Wiederaufarbeitung mind. auf das 10fache. (Wie in der Diskussion angemerkt wurde, würde diese Zahl für die BRD eher bei 20 liegen, da in Frankreich ein Teil der radioaktiven Abfälle ins Meer geleitet wird.)

Die Kommission Castaing kam zu

dem Schluß, daß die Wiederaufarbeitung keine ausreichende Garantie für die Langzeitsicherheit der radioaktiven Abfälle bietet und sie aus diesem Grund nicht empfohlen werden kann. Diese Meinung steht der offiziellen franz. Politik vollkommen entgegen, die Wiederaufarbeitung als notwendig für die Abfallbehandlung betrachtet. Die Kommission empfahl die Veränderung der Konditionierungsverfahren und als eine Alternative zur Wiederaufarbeitung eine Untersuchung der „Methode der direkten Endlagerung ... eine Sache, die das erste Mal überhaupt von einer offiziellen Stelle in Frankreich empfohlen wurde.“ „Ein drückendes Problem sind die Betriebsabfälle aus Reaktoren, im Jahre 2000 wird es 800.000 cqm geben.“ Das Konzept ist, diese Abfälle flach zu vergraben. Die Kommission befürchtet, daß die Cogema hierbei nicht nur die schwachaktiven Abfälle vergraben will, sondern auch die alpha-haltigen Wiederaufarbeitungsabfälle mit unterbringen will.

Das Abfallbeseitigungsprogramm der Atomenergiebehörde ist stark kritisiert worden, da „die Konditionierung der Abfälle bereits läuft, während man andererseits noch kein Konzept für die geologische Endlagerung hat, d.h., daß man eigentlich noch gar nicht weiß, für welche Bedingung diese Abfälle konditioniert werden sollen.“ Ein ganz harter Kritikpunkt aus der Kommissionsarbeit ist, daß ein wirklich komplettes Konzept für die Wiederaufarbeitung und die Beseitigung der schwach- und mittelaktiven Abfälle vorhanden sein müßte. Der Bericht stellt fest, daß es auch in der BRD ein solches Konzept nicht gibt.

# Schnelle Brüter für das französische Atombombenprogramm

**Zur Bedeutung der Schnellen Brüter für die französische Atombombenherstellung**

Dies ist eine Zusammenfassung des Vortrags, den Hariolf Grupp (Physiker, seit 1980 Mitarbeiter der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und freier Mitarbeiter des Instituts für Energie- und Umweltfragen (IFEU), Heidelberg, anlässlich des Hearings hielt.

Die Informationen über die mögliche zukünftige militärische Nutzung des Schnellen Brütters „Superphenix“ in Malville stammen aus Veröffentlichungen von Yves Lenoir und seinen Mitarbeitern.

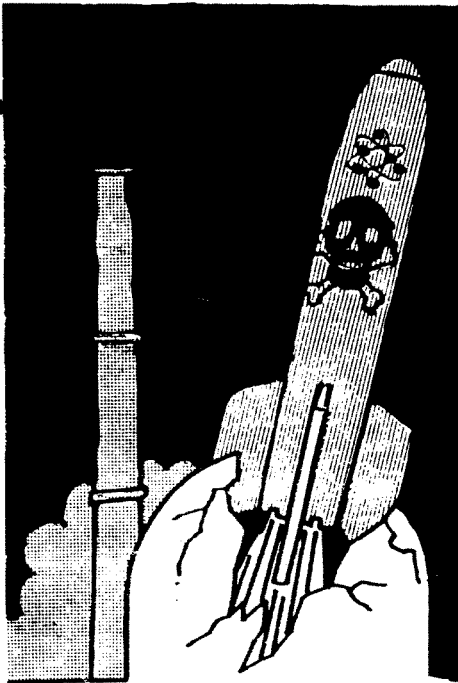
Weltweit sind insgesamt 4 Brüter in Betrieb, die die Größe von Forschungsreaktoren überschreiten. Nur bei einem sind Brutraten nachgewiesen worden, d.h., die Versprechungen, daß sich durch den Betrieb von Brütern der Uranbedarf verringern, sind für die gegenwärtigen Reaktoren ohne Grundlage. Die Wiederaufarbeitung ist eine Voraussetzung für den Betrieb von Brütern, weil dadurch ein Vorrat an Plutonium (Brüterbrennstoff) geschaffen wird. Der Brennstoff des Brütters besteht aus ungeraden (spaltbaren) und geraden (schlecht, oder nicht spaltbaren) Plutoniumisotopen. Im Brüter können – im Gegensatz zum Leichtwasserreaktor (LWR) – auch die geraden Plutoniumisotope durch schnelle Neutronen gespalten werden. Dabei wird überwiegend Plutonium 239 erzeugt, das für die Atomwaffenherstellung notwendig ist. Nach dem Brutvorgang liegen also andere Plutoniumqualitäten als im LWR vor.

In der Brennzonen liegt wiederum Reaktorplutonium vor von der Qualität für LWR-Anlagen. Im axialen und radialen Brutmantel ist reines Waffenplutonium entstanden.

Der Unterschied zwischen Waffenplutonium und Reaktorplutonium liegt darin, daß man mit Reaktorplutonium nur einfache und grobe große Bomben bauen kann. Das kommt insbesondere für Länder der 3. Welt in Frage, die die A-Bombe im wesentlichen als Drohgebärde wünschen. Für Atomwaffenländer ist das Waffenplutonium interessanter, weil damit präzisere Waffen mit leichteren Tragegewichten produziert werden können.

Der Brüter hat unter allen Reaktoren insofern eine Sonderstellung inne, da er die Eigenschaften militärischer und ziviler Reaktoren in sich vereinigt. D.h. einerseits kann er im Dauerbetrieb gefahren werden (im Gegensatz zum reinen Militärreaktor) und gleich Waffenplutonium herstellen.

Die Situation in Frankreich sieht so aus, daß der militärische Produktionsreaktor eine Lebensdauer von noch 10 Jahren hat. Und so stellt sich



★★★★★★★★★★★★★★★★

die Frage, wie der Plutoniumbedarf in Zukunft gedeckt werden kann. Hierzu kommt außer dem kleinen Brutreaktor Phenix auch der Superphenix aus den genannten Gründen in Betracht. Dies belegt auch ein Zitat aus der Zeitschrift „Energies“ vom 23.4.82 (eine Zeitschrift die der Elektrizitätswirtschaft nahesteht): „Unter diesen Umständen wird der Superphenix offensichtlich die technische Basis der französischen Atomstreitmacht.“ ... und: „Die Entwicklungspläne des Aufbaus der zivilen Kernenergie treffen sich heute mit denen der militärischen Produktion.“ Der Geschäftsbericht der CEA von 1973 (französische Energiebehörde) unterstützt diese Möglichkeit mit der Empfehlung: „die Produktion militärischer Kernmaterialien auf den sich stark entwickelnden Bedarf anzupassen und dabei den Fortschritt der zivilen Technik und der zivilen Programme vorteilhaft zu nutzen, um die damit zusammenhängenden Aufwendungen zu begrenzen.“

Die BRD ist an der Entwicklung des Superphenix mit 16% beteiligt. Diese finanziellen Aufwendungen betragen von der Fa. SBK, eine Tochter der RWE, derzeit mehr als für Kalkar. In diesem Zusammenhang existiert ein

Plutoniumbereitstellungsvertrag, der regelt, daß im Umfang der finanziellen Aufwendungen anteilmäßig die erste und die weiteren zwei Folgeladungen Plutonium bereitzustellen sind. Es ist also möglich, daß in der BRD erzeugtes LWR-Plutonium im Superphenix eingesetzt wird, dessen Verwendung offen ist.

Dieses führte nun im Bundestag zu einer Reihe von Anfragen. Der Staatssekretär im Forschungsministerium bemerkte dazu: „Die Verwendung des in der Phenixanlage erbrüteten Plutoniums ist eine interne Angelegenheit der französischen Seite. Der Betrieb des Phenix und des Superphenix liegt voll in französischer Verantwortung.“

Der Plutoniumbereitstellungsvertrag enthält die Formulierung, daß das Plutonium leihweise zur Verfügung gestellt wird und – eingerechnet die Brutgewinne der Anlagen – nach Betrieb zurückgegeben wird. Es ist unklar, wie die Rückgabe stattfinden soll: Es könnte sein, daß das Brutmantelplutonium in Frankreich bleibt, und die Rückgabe aus der zentralen Brennzonen erfolgt – oder – daß sowohl die zentrale Brennzonen, wie der Brutmantel anteilmäßig aufgeteilt wird.

In der schon angesprochenen Bundestagsdebatte wurde die Frage nach den Erkenntnissen der Bundesregierung für die zukünftige Zielsetzung der französischen Nutzung des Superphenix gestellt. Die Antwort des Bundesforschungsministers Riesenhuber lautete:

„Entsprechende Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor. Der Bundesregierung liegen keine Anhaltspunkte vor, daß der französische Staat Plutonium aus der Superphenix für das französische Atomwaffenprogramm verwenden wird. ... Es kann nicht Aufgabe der Bundesregierung sein, Handlungsweisen für den Fall zu diskutieren, daß sich eine befreundete Regierung anders verhält, als ihren bisherigen Aussagen zu entnehmen ist.“

Laut Atomwaffensperrvertrag ist es der BRD nicht gestattet, eine Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu besitzen. Die Beteiligung am Superphenix bedeutet aber ganz klar eine Mitarbeit am Atomwaffenprogramm.

★★★★★★★★★★★★



# US-Pläne zur Nutzung von zivilem Plutonium für den Bau von Atomwaffen

von Dr. Gordon Thompson

Gordon Thompson ist Physiker und Mitarbeiter der amerikanischen Wissenschaftler-Vereinigung „Union of Concerned Scientists“. Der Beitrag wurde ad hoc übersetzt von B. Fischer und von uns gekürzt.

Der atomare Rüstungswettlauf hat uns an einen Punkt gebracht, an dem es in der Welt über 50.000 Atomwaffen gibt. Ihre zusammengefaßte Detonationskraft entspricht mindestens 3 Tonnen TNT pro Kopf der Bevölkerung (Zum Vergleich: die Hiroshima-Bombe wird mit 14 kilotonnen angegeben, d. Red.) Die neuen Waffen, sowohl die Spaltbomben wie die Fusionsbomben, benutzen Plutonium, während die älteren Waffen Uran benötigen. Mit Plutonium läßt sich für beide Waffentypen ein besseres Verhältnis von Wirkung zu Gewicht erreichen. Das bedeutet z.B., es ist möglich, mehrere, voneinander unabhängige Sprengköpfe auf eine Rakete zu setzen.



Gegenwärtig lagern in den USA 100 Tonnen Plutonium. Das reicht aber nicht für das Atomwaffenprogramm der USA aus. So hat z.B. die US-Regierung die Wiederaufarbeitung von abgebranntem Kernbrennstoff aus AKWs ernsthaft als ein Mittel zur Beschaffung von Plutonium für die neue Generation von Atomwaffen in Betracht gezogen. Das US-Inventar an Atomwaffen könnte bis zum Jahre 2000 verdoppelt werden, sollte dies tatsächlich geschehen.

Es sind einige Maßnahmen unternommen worden, um den Plutoniumausstoß in den USA zu erhöhen. Dies geschieht unter der Verantwortung des Energieministeriums und kostet etwa 1 Milliarde Dollar pro Jahr. Zuerst wurde ein Reaktor in Hanford, der bislang Plutonium für den Schnellen Brüter produziert hat, umgestellt. Jetzt produziert er Waffenplutonium. Zweitens soll ein weiterer militärischer Reaktor in Savannah River in Betrieb gesetzt werden. Der Brennstoff aus den genannten zwei Reaktoren würde in die Wiederaufarbeitungsanlagen in Han-

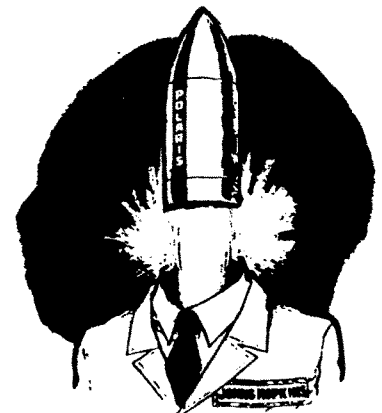
ford und Savannah River gebracht und dort wiederaufgearbeitet werden, um das Plutonium nutzen zu können. Aber auch diese zwei neuen Reaktoren reichen nicht aus, um genügend Plutonium bereit zu stellen. Deswegen ist man auf zwei Optionen verfallen. Die erste: Man baut einen neuen Produktionsreaktor; die zweite: Das Plutonium, das in den zivilen Reaktoren entsteht wird genutzt. Für die zweite Option gibt es zwei Möglichkeiten: Man versieht die militärische WAA Savannah River mit einer Eingangsstufe, damit der Brennstoff aus zivilen Reaktoren aufgearbeitet und so in den militärischen Kreislauf eingebracht werden kann. Oder man nimmt die WAA in Barnwell, deren Bau 1977 gestoppt wurde, in Betrieb. Der letzte Vorschlag von Februar 1983 beinhaltet, die WAA in Barnwell fertig zu stellen und sie dann (als militärische Anlage) ohne Betriebsgenehmigung zu betreiben. Wenn dieser Plan so ausgeführt würde, müßte man die flüssige Plutoniumnitratlösung und die flüssige hochradioaktive Abfalllösung in die militärische Savannah-River-WAA bringen. Dieses Verfahren wäre billiger als die Fertigstellung der Barnwell WAA. Nach den gegenwärtigen Gesetzen könnte das Plutonium aber nicht für militärische Zwecke genutzt werden; der Kongreß müßte dazu erst die Gesetze ändern.

Waffen-Plutonium kann man z.B. durch Schnelle Brüter bekommen, wie es in Frankreich geplant ist. In den USA wird die Laserisotopentrennung bevorzugt (siehe auch Atommüllzeitung Nr. 19, d. Red.). Eine Laserisotopentrennungsfabrik wird in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in Betrieb gehen, und sehr reines, waffenfähiges Plutonium aus abgebrannten Brennstäben herstellen. Wenn Wiederaufarbeitung eine allgemein benutzte Technologie wird, eröffnet sich für viele Staaten dadurch die Möglichkeit, Atomwaffen herzustellen. Die Einführung der Wiederaufarbeitung in der BRD würden diesem Staat genug Plutonium zur Produktion von Tausenden von Atomwaffen liefern sollte sich eine zukünftige Regierung dafür entscheiden. Die BRD arbeitet ebenfalls an der Laserisotopentrennung und hat dazu auch einige technische Apparate aus den USA importiert.

Die internationale Gesetzgebung über Proliferation (= Weiterverbreitung von waffenfähigem Reaktormaterial) ist sehr schwach. Der Nichtweiterver-

breitungsvertrag ist nicht sehr wirkungsvoll, weil es nach diesem Vertrag relativ wenig Möglichkeiten und finanzielle Mittel gibt, um Kontrollen durchzuführen. Der Vertrag hat eine Kündigungsfrist von 90 Tagen. Außerdem läuft dieser Vertrag in 12 Jahren aus. Dies wurde von der BRD als Bedingung für ihre Unterschrift genannt. Frankreich und China haben in der letzten Zeit Andeutungen gemacht, daß sie in Zukunft stärker auf Nuklearwaffen vertrauen werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis andere Länder diesen beiden folgen werden.

„Ich möchte jetzt einen Vorschlag machen, wie man da etwas ändern kann. Einen Vorschlag, den ich bisher in der Öffentlichkeit nicht gemacht habe ... schlage ich vor, daß die Proliferationskontrolle auf eine sehr faire, auch sehr gleiche Basis gebracht wird, was bedeutet, daß ein Moratorium für die zivile wie die militärische Wiederaufarbeitung eingeführt wird. Für die USA und die UdSSR wäre dieser Stop der militärischen Wiederaufarbeitung Teil des Freeze-Vorschlages. Der Freeze ist das Einfrieren der Produktion und der Stationierung von Nuklearwaffen. Die Sowjetunion hat erklärt, daß sie diesen Freeze unterstützt. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung scheint diesen Vorschlag auch zu unterstützen. Um diesen Freeze gegenseitig ratifizieren und kontrollieren zu können, wäre es auch notwendig, einen Stop der zivilen Wiederaufarbeitung durchzuführen. Daher erscheint es mir sinnvoll, ein weltweites Moratorium für die Wiederaufarbeitung einzuführen. Und ich glaube, dann wird es für die BRD leichter, auf die zivile Wiederaufarbeitung zu verzichten. Ein solches Moratorium sollte so lange eingehalten werden, bis zwei Bedingungen erfüllt sind. Erstens: daß es ein strenges System von Überwachungsmaßnahmen gibt, daß die militärische Nutzung von ziviler Wiederaufarbeitung sicher verhindern kann. Oder, und das ziehe ich vor, daß die Wiederaufarbeitung entgültig gestoppt wird.“



# Die zivil-itärische Atomenergienutzung in Großbritannien

Interview mit Walter Patterson (Freunde der Erde)

Walter C. Patterson nahm als Referent am Gorleben/ Dragahn Hearing teil. Er ist Kernphysiker und freier Journalist, als Sachverständiger für die Regierungen Großbritanniens, Kanadas, Norwegens, und für die Europäische Gemeinschaft tätig, Energieberater der „Friends of the Earth“, London.

**Atommüllzeitung(AZ):** Für uns war in Deinem Vortrag neu, daß in Großbritannien die AKW's ganz ungeschminkt Strom und Atomwaffenrohstoff erzeugen sollen.

**W. Patterson (P.):** Das gilt nur für 8 Reaktoren. 4 davon befinden sich in Anlage 'Calder Hall' in der Nähe von Windscale. Sie wurde schon in den 50er Jahren bebaut. Die Elektrizität ist bei diesen Reaktoren nur ein Nebenprodukt, das gilt auch für die andere Anlage in Schottland. In diesen 8 Reaktoren wird das Plutonium für die britischen Kernwaffen erzeugt. Außerdem gibt es noch 18 zivile Gas-Graphit Reaktoren. Es hat im letzten Jahr heftige Diskussionen zwischen Kritikern und der Regierung gegeben, ob auch aus diesen Reaktoren Plutonium für britische Kernwaffen verwendet worden ist. Die offizielle Version ist in sich widersprüchlich. Das Plutonium vom AKW Wylfa, es war einige Jahre bis auf 95% reines Pu 239, ist im offiziellen Plutonium-Verzeichnis verschwunden. Vermutlich ist dieses Plutonium in die USA geschickt worden. Vertragliche Vereinbarungen zwischen Großbritannien und den USA hatten dabei eine vorwiegend militärische Nutzung vorgesehen. Auch aus anderen Reaktoren verschwand spurlos Plutonium.

Wenn Ende der 80er Jahre die alten Militärreaktoren stillgelegt werden, haben wir offiziell keine mehr. Ich habe schon die Frage aufgeworfen, ob man dann das Brutmantel- Plutonium vom Schnellen Brüter für die Bomben nutzen wird, obwohl es der internationalen Sicherheitskontrolle unterliegt. Daß man es allerdings trotzdem beiseite schaffen kann, sieht man am Beispiel Frankreich.

**AZ:** Wie ist der derzeitige Stand des Schnellen Brüter Programms?

**P.:** Es ist erstmal aufgeschoben worden. Innerhalb der nächsten Monate sollen die Mittel von 110 Mio. Pf. für Forschung auf 70 Mio. Pf. gekürzt werden. Der Bau eines neuen kommerziellen Demonstrationsbrüters in der Größe des Superphenix ist z.Z. weit in die Zukunft verschoben worden. Ein Prototyp ist bereits seit '74 in Betrieb.

**AZ:** Gibt es eine WAA, die Brennelemente des Schnellen Brüters aufarbeiten kann?

**P.:** Ja, es gibt in Dounreay (Schottland) eine kleine Anlage mit einer Kapazität von 5t/a, die Ende '81 in Betrieb genommen wurde.

**AZ:** Wie ist die militärische und zivile Atomforschung miteinander verknüpft?

**P.:** In Großbritannien gibt es die United Kingdom Atomic Energy Authority (AEA), das ist die Atombehörde. Sie verschleudert 200 Mill. Pf./Jahr, die Hälfte davon für den Schnellen Brüter. Sie betreibt das berühmte Forschungszentrum Harwell, außerdem 2 kleinere, eines in Dounreay und eines in Südengland, Winfrith.

Die AEA war früher der Besitzer von Windscale, bis '71 die British Nuclear Fuels (BNFL) gegründet wurde, deren 100%er Besitzer die AEA ist. Von dieser Firma werden die Anreicherungsanlage Capenhurst, die militärischen Reaktoren Calder Hall und Chapelcross betrieben. BNFL verarbeitet nicht nur ziviles Plutonium, sondern auch das für die Kernwaffen.

**AZ:** Das wäre als ob die DWK auch für die Kernwaffen zuständig wäre?

**P.:** Ja, die Aufgabe kann man vergleichen, wobei die DWK ein Zusammenschluß der EVU's ist, während BNFL eine eigenständige Firma ist. In GB gibt es im Unterschied zur BRD nur 3 Energieversorgungsunternehmen (EVU). Sie betreiben die zivilen Reaktoren und kaufen die Energie von Calder Hall und Chapelcross. Das größte EVU, die CEBG, wollte '77 die Hälfte der neuen WAA Windscale für sich reservieren. Der Abschluß eines Vertrages ist bis heute vom CEBG wegen der zu hohen Kostenansprüche der BNFL verzögert worden.

Die eventuelle Verwendung von Plutonium aus den zivilen Reaktoren für Atomwaffen ist den EVU's sehr unangenehm, sie würden das gerne weit von sich weisen.

**AZ:** Die Angst der EVU's, mit den Atomwaffen in Verbindung gebracht zu werden läßt vermuten, daß in der öffentlichen Argumentation 'Atomernergie ist friedlich' noch stark vertreten wird.

**P.:** Wir haben jahrelang dafür gekämpft diese Verbindung auf den Tisch zu bringen. Im Gegensatz zu den USA gibt es hier noch keine enge Verbindung zwischen Friedens- und Anti-AKW- Bewegung.

**AZ:** Obwohl im Falklandkrieg Schiffe mit Atomwaffen dabei waren, d.h. daß es in GB keine theoretische Frage ist?

**P.:** Nein, es ist überhaupt nicht mehr theoretisch, aber das Bewußtsein wächst erst langsam. Die "Friends of the Earth" arbeiten jetzt z.B. mit der

Kampagne für nukleare Abrüstung zusammen.

**AZ:** Wird in GB z.Zt. nur für militärische Zwecke aufgearbeitet?

**P.:** Nein, nicht ausschließlich, es werden überwiegend Brennstäbe aus den zivilen Gas- Graphit Reaktoren aufgearbeitet.

**AZ:** Ein Projekt für die Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren sollte schon '78 beginnen. Ist das jetzt erstmalig auf die lange Bank geschoben worden?

**P.:** Das ist ihnen z.Z. nicht eilig, da die Kosten dafür sehr hoch wären.

**AZ:** Gibt es gemeinsame Forschungsvorhaben zwischen GB, Frankreich und der BRD?

**P.:** Sicherlich, vor allem auf dem Gebiet der Brütertechnologie, der WAA, Verglasung und Plutoniumnutzung. Zwischen Frankreich, GB und der BRD gibt es bereits jahrzehntelang die "United Reprocessors" Vereinbarung, die Forschungen laufen über Cap La Hague und Marcoule.

**AZ:** Windscale gilt auch für das westdeutsche Atomprogramm als Entsorgungsnachweis, Atommüll aus Lingen ist nach GB gebracht worden; für Biblis und Stade existieren Verträge. Weißt Du genaueres über die Verträge zwischen den Betreibern der WAA Windscale und den westdeutschen EVU's (Energieversorgungsunternehmen) ?

**P.:** Nein, die sind ganz geheim. Wir haben 1977 einen Vertrag zwischen GB und Japan sehen können. Er war sehr einseitig. Die Japaner mußten einen Haufen Geld bezahlen ohne eine Verarbeitungsgarantie. Sollte die Anlage nicht arbeiten, mußten sie den Atommüll zurückerneuern, ohne ihr Geld zurückzubekommen. Die Japaner waren trotzdem sehr froh, das Zeug los zu sein.

**AZ:** Was passiert mit dem Atommüll, der aus Westdeutschland nach Windscale transportiert worden ist?

**P.:** Das ist ein bißchen unklar. In den neuen Verträgen ab 1975 gibt es die Klausel, daß der Müll vom Auftraggeber zurückgenommen werden muß. Die zwischen 1969 und 1973 geschlossenen Verträge hatten diese Vereinbarung nicht. Die abgebrannten und auch die wiederaufgearbeiteten Brennstäbe lagern z.Zt. im Naßlager, Trockenlager gibt es in Windscale nicht, der flüssige hochaktive Müll in Fässern, da es noch keine Verglasungsanlage gibt. Eine Pilotanlage wird jetzt erst gebaut.

**AZ:** Wir danken dir für dieses Gespräch.

# Zur Situation der Endlagerung in Holland

Der folgende, leicht überarbeitete Text wurde von Herman Damveld auf dem Gorleben/ Dragahn Hearing als Referat gehalten.  
Dr. Herman Damveld ist Berater von Abgeordneten der PvdA-Fraktion in den Niederlanden und der sozialistischen Fraktion im Europaparlament.

1973 wurde durch den Rijksgelogeologischen Dienst (RGD) eine Übersicht über Salzformationen erstellt, die im Prinzip für die Endlagerung radioaktiver Abfälle geeignet wären.  
Für die Beurteilung gab es zwei Kriterien:

– Das Endlagerbergwerk muß nach allen Richtungen mit mindestens 200 Metern Salz umgeben sein.

– Keine Endlagerung tiefer als 1.000 Meter, da unterhalb dieser Grenze durch plastische Deformationen die Sicherheit des Bergwerkes nicht mehr zu garantieren ist.

Aufgrund dieser Kriterien blieben von ursprünglich 12 ausgesuchten Salzstöcken noch 7 übrig, wovon in zweien noch Salz ausgebeutet wird.

1976 wurden von der Regierung Pläne für Probebohrungen in den restlichen 5 Salzstöcken bekanntgegeben. Bis heute ist nicht gebohrt worden, da die Pläne bei der Bevölkerung und den Gemeinderäten Widerstand auslösten. Um dem aus dem Weg zu gehen, verfiel man auf die Idee Salzstöcke im holländischen Teil der Nordsee für die Endlagerung ins Auge zu fassen.

Nachdem 2 ausgewählte Salzstöcke '79 vom RGD als ungeeignet bezeichnet wurden, begann '81 die seismische Untersuchung der 2 umfangreichsten von insgesamt 13 Salzstöcken im Meer, die nach den oben genannten Kriterien positiv bewertet wurden.

Einer davon schied wegen seiner Instabilität aus, der war „bedingt geeignet“ und sollte auf Vorschlag des RGD näher untersucht werden.

Am 7. März 83 wurde vom holländischen Wirtschaftsminister erklärt, daß die Endlagerung in Nordsee-Salzstöcken zu kostspielig sei und das Ausland daher wenig Interesse hätte. Die weiteren Untersuchungen wurden eingestellt.

Resümee:

Die Mehrheit der holländischen Salzstöcke ist für die Endlagerung radioaktiver Abfälle ungeeignet, nur 5 von 27 kommen überhaupt in Betracht. Deshalb kann man nicht sagen, daß aus vielen Möglichkeiten die 5 besten ausgewählt wurden.

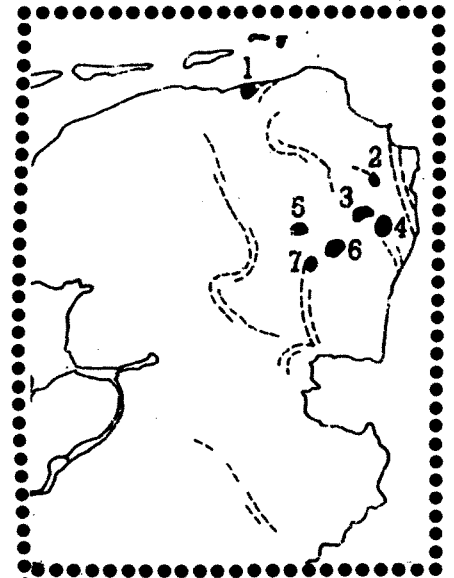
Dieser Stand der Dinge hat viel Einfluß auf die Diskussion über die Endlagerkriterien.

U.a. Prof. Dr. Grimmel verweist auf den Kriterienkatalog der holländischen Interdepartementale Commissie voor de Kernenergie (ICK) von 79, um zu zeigen, daß der Salzstock Gorleben für die Endlagerung ungeeignet ist. Damit wird suggeriert, daß die holländischen Kriterien gut seien. In Holland selbst sind diese Kriterien aber sehr in Frage gestellt worden. Nach Auffassung der Kritiker sind viele Kriterien unklar und

elastisch, da der Kriterienkatalog Kriterien enthält, wie „zu bevorzugen“, „zu berücksichtigen ist“ etc. Die Resultate der Bohrungen können damit so ausgelegt werden, daß die Salzstöcke die Kriterien erfüllen. Aufgrund dieses Kritikpunktes hat das Parlament im Oktober 78 festgelegt, daß die Bohrungen bis zur ausreichenden Klärung der Kriterien aufgeschoben werden müssen. Die Kriterien wurden daraufhin von der ICK abgeändert, wobei die Dehnbarkeit der Formulierungen geblieben ist. Ich glaube, daß man kaum etwas anderes erwarten kann, wenn man nur 5 Salzstöcke zur Verfügung hat.

Ein Kriterium macht es schwierig überhaupt einen „geeigneten“ Salzstock zu finden, es heißt: „der Salzstock muß ruhig sein“, d.h. er darf seit der Jungtertiär (seit etwa 20 Mio Jahren) nicht mehr aufgestiegen sein.

Anläßlich einer „Pro und Contra“ Diskussion über die Endlagerung im Rahmen der sogenannten „breiten gesellschaftlichen Diskussion über Energie“ im Oktober 82 haben wir den Grund gefragt, warum man vorgeschlagen hat, die Salzstöcke in der Nordsee eingehender zu untersuchen, obwohl sie nicht alle Kriterien erfüllen. Worauf v. Montfrans, dem Vertreter des RGD erklärte, daß „bei Anwendung der Kriterien alle Salzstöcke ungeeignet seien, da sie seit dem Jungtertiär aufgestiegen seien. Vor zehn Jahren wäre das heutige große Interesse an diesen Untersuchungen noch nicht übersehen worden.“



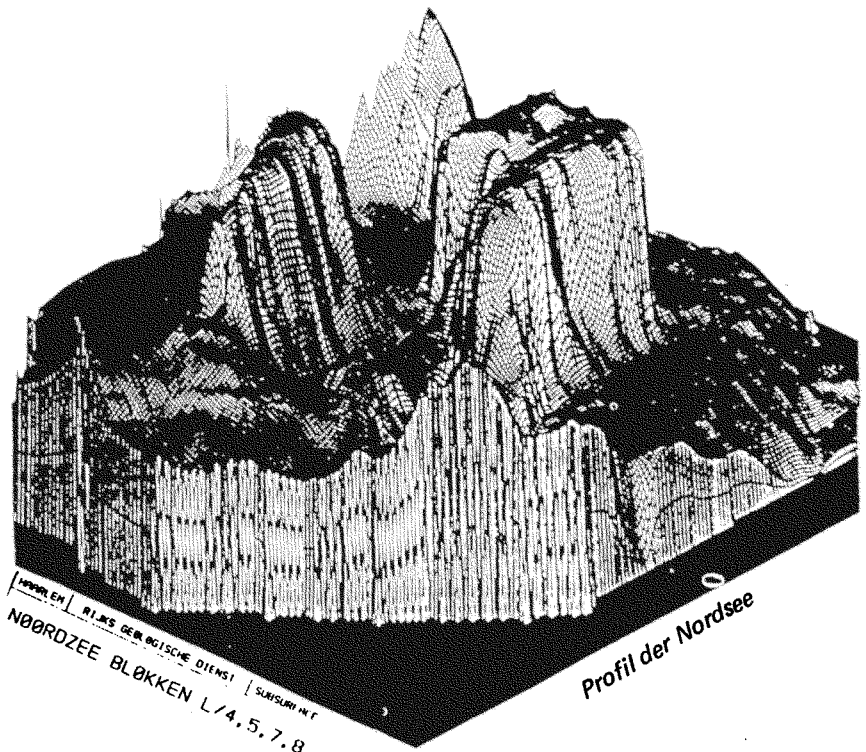
Die „geeigneten“ Salzstöcke im Norden Hollands

Mit anderen Worten, es wird bedauert, daß diese Kriterien überhaupt in der Form abgefaßt und veröffentlicht worden sind.

Van Montfrans verwies nach Gorleben, wo man sich von vornherein geweigert hat, Kriterien überhaupt erst aufzustellen.

Sie sehen, daß es nicht viel nützt, die holländischen Kriterien als Argument gegen die Endlagerung in Gorleben zu benutzen. Auf die Kritik an den holländischen Kriterien verweist der RGD auf die bevorstehende Erneuerung und das Vorgehen in Gorleben.

Für mich heißt dies: Bohrbeginn ist Endlagerbeginn. Ich bin davon überzeugt, daß sich im Norden von Holland viele wehren werden, damit es keine Probebohrungen gibt.





# MITTERTEICH

Eine Stadt wird entrechtet

Die Stadt Mitterteich und der Landrat des Landkreises Tirschenreuth hatten der bayerischen Staatsregierung im Frühjahr 1982 ihre Zustimmung zur geplanten Atommüll-Landessammelstelle (50.000 Fass !!!) versagt und eine Baugenehmigung abgelehnt. Dies konnte nicht gut gehen, ist doch „Umweltminister“ Dick gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der „Gesellschaft zur Beseitigung radioaktiver Abfälle“, die das Lager betreiben will.

Der bayerische Innenminister Tandler ordnete nach einer „rechtsaufsichtlichen Beanstandung“ den sofortigen Vollzug der Zustimmung zur Baugenehmigung an. Die Stadt Mitterteich zog dagegen vor das Verwaltungsgericht, wo es um die Frage ging, ob die geplante Atommülldeponie im Außenbereich der Stadt gebaut werden darf, wo bislang nur landwirtschaftliche Gebäude errichtet werden durften.

Das Verwaltungsgericht der Landesregierung sah keine Schwierigkeiten und bewertete die Landessammelstelle als „privilegiertes Bauvorhaben“, da es auch im Landesentwicklungsprogramm aufgenommen sei. Demzufolge könne sie im Außenbereich errichtet werden. Hierdurch ist erreicht worden, daß die Stadt Mitterteich ab jetzt nichts mehr zu sagen hat. Auch die WAA in Dragahn soll, wenn absehbar ist, daß die Samtgemeinde Dannenberg die Zustimmung verweigert, als „privilegiertes Bauvorhaben im Außenbereich durchgesetzt werden.

Gegen diese Gerichtsentscheidung demonstrierten am 9.4. 3.000 Menschen in Mitterteich.

Kontakt: I. Killian, Marktredwitzerstr. 26, 8596 Mitterteich

# AHAUS

Anhörung für Zwischenlager

Mit dem Auslegen der Sicherheitsgutachten ist seit Mitte Februar 83 erneut das Genehmigungsverfahren für ein 420 Castor-Behälter fassendes Atommüllager mit insgesamt 1.500 Tonnen Kapazität eingeleitet worden. Die offizielle Einspruchsfrist endet am 15. Mai. Sammeleinsprüche sollen bis zum 1.5. an die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ zurückgeschickt werden. Voraussichtlich am 21. 6. soll ein sog. „Anhörungstermin“ stattfinden, der allerdings keinerlei Verbindlichkeit für Betreiber und Genehmigungsbehörde hat. Voraussetzung für die Einlagerung ist neben der Genehmigung durch die PTB, daß das nordrheinwestfälische „Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales“ sich bereit erklärt, die Aufsicht für das Zwischenlager zu übernehmen. Man/frau darf gespannt sein, wie sich das SPD-geführte Bundesland verhält. Nach wie vor steht die Aussage der Düsseldorf Landesregierung, ein mögliches „Ja“ zum Ahaus-Projekt davon abhängig zu machen, „daß zum Zeitpunkt der ersten Einlagerung von abgebrannten Brennelementen die Aufnahmefähigkeit des Salzstockes in Gorleben gesichert erscheint und die Entscheidung für die anzuwendende Entsorgungstechnik positiv getroffen ist.“ (laut FAZ v. 11.2.83)

Kontakt: Gerd Schäfer, Wessumerstr. 16, 4422 Ahaus

## Unabhängige Gutachten zu Schacht Konrad

### abgewürgt?

#### Presseerklärung

Die Diskussion um die Wiederaufarbeitungsanlage in Dragahn darf nicht dazu führen, daß das Endlager vor den Toren Hannovers Schacht Konrad in Salzgitter vergessen wird. Hier bahnt sich ein Skandal an:

Am 21. Dez. 1982 beschloß der Stadtrat von Salzgitter gegen die Stimmen der CDU, die Gruppe Ökologie mit der Begutachtung des Abschlußberichtes der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) zur Eignung von Schacht Konrad zu beauftragen. Die Arbeiten begannen im Januar 1983.

Die CDU konnte sich jedoch nicht mit dieser Entscheidung abfinden. Auf Veranlassung der CDU-Ratsfraktion erließ die Bezirksregierung Braunschweig am 4. Februar 1983 eine Beanstandungsverfügung gegen diese Auftragsvergabe. Die Stadt Salzgitter wurde dadurch gezwungen, den Vertrag mit der Gruppe Ökologie bis zur endgültigen Klärung auszusetzen. Seit Mitte Februar ruhen daher die Arbeiten an dem Gutachten, da die Bemühungen der Stadtverwaltung nun eine rasche erneute Bestätigung des Auftrages bis Mitte März scheiterten, ist nunmehr eine Entscheidung bis frühestens Ende April 1983 zu erwarten. Diese Entscheidung ist offen.

Hier handelt es sich eindeutig um einen gezielten Versuch von Seiten der CDU eine unabhängige Begutachtung der bisherigen Eignungsuntersuchung zu verhindern. Dabei muß betont werden, daß die Beauftragung der Gruppe Ökologie durch die Stadt Salzgitter aus guten Gründen erfolgte. Der Abschlußbericht der GSF, der die Ergebnisse der im Auftrage des Bundesforschungsministeriums von 1977 bis 1982 für rund 60 Mio. DM durchgeführten Eignungsuntersuchung zusammenfaßt, wirft schon bei summarischer Durchsicht eine Fülle von Fragen auf,

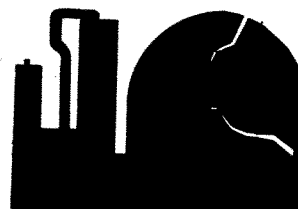
die eine detaillierte Überprüfung nahelegen: Es ist anhand dieses Berichtes nicht ohne weiteres nachvollziehbar, wie die GSF ihre vorbehaltlose positive Eignungsaussage abgeleitet hat. Die Gruppe Ökologie sollte die Aufgabe übernehmen, den Abschlußbericht im Einzelnen auf seine Schlüssigkeit zu überprüfen.

Dies erscheint auch deshalb als besonders wichtig, da sich das im August 1982 begonnene Planfeststellungsverfahren zu Schacht Konrad wesentlich auf die Ergebnisse der GSF stützt. Etwaige wissenschaftlich nicht korrekte oder nicht vollständige Arbeiten der GSF können daher auch direkte Konsequenzen für die Sicherheit der Bevölkerung nach der Inbetriebnahme des Endlagers haben. Erwähnt sei noch, daß die Kosten für das Gutachten der Gruppe Ökologie bei rund 0,1 % der oben genannten Auftragssumme der GSF liegen. Angesichts der Tragweite einer Politik, bei der es zum Prinzip erhoben wird, möglicherweise unbequeme wissenschaftliche Stellungnahmen einfach abzuwürgen, hat sich die Gruppe Ökologie entschlossen, die Öffentlichkeit jetzt über diese Vorgänge zu informieren.

**Gruppe  
Ökologie**

Gruppe Ökologie, Im-  
mengarten 31, 3000  
Hannover 1,  
Tel: 0511/6963130

# KURZMELDUNGEN ....



Die bundesrepublikanische Atommafia hat eine neue Idee zur Verringerung des Atommülls. Es sollen jetzt Brennelemente mit höherer Anreicherung (mehr spaltbares Uran-235) eingesetzt werden. Diese Brennelemente sollen fünf anstatt bisher drei Jahre im Reaktor bleiben. Entsprechend verringert sich die Anzahl der anfallenden abgebrannten Brennelemente auf 3/5 der ursprünglichen Zahl. Die Atommafia erhofft sich damit eine Verringerung der Anzahl der „zwischen“zulagernden Brennelemente. Was sich aber nicht verringert, ist die Menge der radioaktiven Spaltprodukte, denn die hängt nur von der Anzahl der stattgefundenen Kernspaltungen ab. Jetzt sind in den geänderten abgebrannten Brennelementen die Spaltprodukte höher konzentriert. Die Gefährdung erhöht sich. Durch diese Aktion erhöht sich auch der Abbrand (diese Größe steht im Verhältnis zur Anzahl der stattgefundenen Kernspaltungen in einem Brennelement).

Ursprünglich war ein Abbrand in Druckwasserreaktoren von 30000 MWd/t mit Spitzen bis zu 36000 MWd/t vorgesehen. Die geänderten Brennelemente sollen bis zu 46000 MWd/t mit Spitzen bis über 50000 MWd/t abgebrannt werden. La Hague nimmt zur Wiederaufarbeitung nur Brennelemente bis zu einem Abbrand von 40000 MWd/t auf. Die neuen Brennelemente sind also selbst nach der Logik der Betreiber nicht mehr wiederaufbereitbar! Inzwischen sind für Biblis B acht solcher höher angereicherter Brennelemente (von insgesamt 193) genehmigt, für Biblis A sogar 24 „normale“ höher angereicherte und sieben Versuchsbrennelemente dieser Art. Weitere Genehmigungen, auch bei andern AKWs sind zu befürchten. Die RBU II in Karlstein eine der bundesrepublikanischen Brennelementefabriken, hat Anfang des Jahres eine generelle Genehmigung zur Arbeit mit dem für die neuen Brennelemente notwendigen höher angereicherten Uran erhalten.

★★★

Für die Genehmigung des Kompaktlagers Philippsburg II fand am 14. März der Erörterungstermin statt. Es gab ungefähr 800 Einsprüche. Das Lager soll in dem im Bau befindlichen Druckwasserreaktor von 5/3 auf 12/3 vergrößert werden, d.h., daß abgebrannte Brennelemente aus 9 Betriebsjahren gelagert werden können. Neu dabei ist, daß die vorgesehenen Lagergestelle wahlweise auch auf die kleineren Siedewasserbrennelemente umgebaut werden können. Damit ist zu erstenmal offiziell vorgesehen, daß Brennelemente aus einem AKW im Kompaktlager eines anderen AKWs gelagert werden dürfen. Das AKW Philippsburg I ist nämlich ein Siedewasserreaktor, für den zwar ebenfalls ein Kompaktlager beantragt ist; das Genehmigungsverfahren wird aber seit mehreren Jahren nicht weitergeführt.

★★★

Für die beiden im Bau befindlichen 1300 MWe Siedewasserreaktoren in Grundremmingen wurden am 10. Februar die Genehmigungen zum Einbau der Kompaktlager erteilt. Sie umfassen jeweils 16/4 Jahresentlademengen, also den Atommüll aus 12 Betriebsjahren. Die Genehmigung wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen für sofort vollziehbar erklärt, hauptsächlich mit der Begründung, daß die beiden AKWs sofort in Betrieb gehen müssen. Dies zeigt, daß für die beiden AKWs keine anderen „Entsorgungs“möglichkeiten als die Kompaktlagerung mehr da sind. Gegen die Genehmigung haben 5 Leute aus BIs Klage eingelegt.

Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) wurde neu zusammengestellt. Folgende Leute sind Mitglied (die mit \* waren schon in der letzten RSK):

Mayinger \* (Vorsitzender); TU München; Thermodynamik – Birkhofer \* (stellvertr. Vorsitzender); TU München und GRS; Reaktordynamik und Reaktorsicherheit – Eibl; Uni Karlsruhe; Massivbau und Baustofftechnologie – Escherich \*, stellvertretender Generaldirektor der Firma Eurochemic; Mol / Belgien – Fischer \*; Techn. Physik; DFVLR Stuttgart – Jaschek \*; Uni Saarbrücken; Systemtheorie der Elektrotechnik – Kühn; Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF); Braunschweig – Kußmaul\*; TU und Staatliche Materialprüfungsanstalt Stuttgart; Werkstoffkunde – Merz\*; Kernforschungsanlage Jülich; chemische Technologie – Natau\*; Uni Karlsruhe; Boden- und Felsmechanik – Nickel\*; KFA Jülich und TH Aachen; Reaktorwerkstoffe – Ramm\*; Uni Kaiserslautern; Raum- und Umweltplanung/Bauing. – Schenk\*; AKW Obrigheim – Schoch\*; Großkraftwerk Mannheim – Schulten\*; KFA Jülich und TH Aachen; Reaktortechnik – M. Taylor; KFA Karlsruhe; Genetik und Toxikologie von Spaltstoffen – Trumpfheifer\*; Rheinisch-Westfälischer TÜV; Essen – Tscherner\*; TÜV Rheinland; Köln – Wilhelm\*; KFA Karlsruhe; Aerosolphysik und Filtertechnik

Die RSK ist zwar offiziell „nur“ ein Beratergremium für den Bundesinnenminister, in Wirklichkeit aber muß sie für alle Atomanlagen ihre Zustimmung geben. Außerdem gibt sie immer wieder Stellungnahmen wie grundsätzliche Sicherheitstechnische Machbarkeit des Entsorgungszentrums oder von Transportbehälterlagerung ab, auf die sich die Politiker dann berufen können. Neuestes Produkt dieser Art sind die „Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk“, vom 17. September 1982, die dermaßen weitgefaßt sind, daß in praktisch jedem Salzstock Atommülllagerung möglich ist.

Auch für die Herabsetzung der Sicherheitsmaßnahmen bei Atomanlagen in den letzten Jahren ist die RSK verantwortlich.

★★★

Nachdem die RSK bereits vor einiger Zeit den 2F-Bruch für Primärkreisleitungen von Druckwasserreaktoren abgeschafft hat, wurden nun die Bekanntmachung vom 2. Februar 1983 auch der 2F-Bruch für die Sekundärkreisleitungen (Speisewasser- und Frischdampfleitungen) per Dekret abgeschafft. Der „2F-Bruch“ ist das vollständige Abreißen einer großen Leitung. Ein 2F-Bruch beim Primärkreis entspricht dem berühmten GaU – dem Unfall, mit dem das KKW grade noch fertig wird, ohne daß es zum Kernschmelzen kommt. Die Abschaffung führt dazu, daß bei den großen Leitungen im AKW in Zukunft keine besonderen Halterungen mehr angebracht werden müssen, die die beim 2F-Bruch auftretenden Kräfte abfangen können. Wenn tatsächlich ein GaU eintritt, ist das KKW also nicht mehr in der Lage, damit fertig zu werden.

Begründet wird das ganze damit, die Forschungen des Herrn Kußmaul hätten ergeben, daß ein 2F-Bruch nicht möglich sei. Ob dieser Beschluß bereits den betroffenen Rohrleitungen verkündet wurde, ist uns leider nicht bekannt.

Nachdem jetzt auch bei den sowjetischen KKW die Auslegung gegen den 2F-Bruch Standard geworden ist (in anderen Ländern war es schon lange so), gibt es erstmals ein Land – die Bundesrepublik – wo hinter die bestehenden Standards zurückgegangen wird. Während in allen anderen Ländern der Sicherheitsstandard weiter erhöht werden wird, wird er in der Bundesrepublik immer weiter abgebaut. Das Gerede von „unsere KKW sind die sichersten der Welt“ ist ein Märchen.

Für die neuen AKW der Baulinie '80 (Emsland, Ohu II und Neckarwestheim II im Bau, weitere im Genehmigungsverfahren) gelten die herabgesetzten Sicherheitsstandards bereits.

# DER „LANDFRIEDEMENSBRUCH“

Gorleben-, Schacht Konrad- und andere Demonstrationen

von RA J. ROLLHÄUSER, BRAUNSCHWEIG

Teilnehmer an sogenannten unfriedlichen Demonstrationen werden historisch als „Landfriedensbrecher“ verfolgt.

§ 125 StGB 1970: „Wer sich an

1. Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder
2. Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt oder wer auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft...“

Es müssen also „Gewalttätigkeiten“ (oder entsprechende Bedrohungen) in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise begangen werden:

„Die öffentliche Sicherheit ist danach dann gefährdet, wenn in der Allgemeinheit das Gefühl der Sicherheit vor Gewalttätigkeiten unfriedlicher Mengen beeinträchtigt wird und der Eindruck der Schutzlosigkeit entsteht... (Schönke/Schröder, StGB, § 125 Rdnr. 15)

Wessen Sicherheit ist aber tatsächlich diese „öffentliche Sicherheit“, insbesondere, wenn die Allgemeinheit oder die Mehrheit der Bevölkerung sich überhaupt nicht betroffen fühlt oder die Demonstration z.B. unterstützen? Seit Existenz des StGB (1871) war die öffentliche Sicherheit die Sicherheit der herrschenden Klasse, in innerem Frieden die Arbeiter ausbeuten, das gesamte Volk mit Steuern und Abgaben schröpfen und nach außen expansionistische Ziele verfolgen zu können. Wenn also streikende Arbeiter Streikbrechern, die sich gewaltsam Zutritt zum Werksgelände verschaffen wollten, durch Gegenwehr dies verwehren; wenn z.B. der Weimarer Republik bei einer Demonstration gegen Arbeitslosigkeit ein paar Steine gegen Bankhäuser flogen; wenn Anwohner einer Straße Nazis verprügelten – sie wurden wegen Landfriedensbruch bestraft.

Die Entwicklung der demokratischen Arbeiterbewegung Mitte/Ende der 60er-Jahre zwang die SPD-FDP-Koalition, das 3. Strafrechtsreformgesetz vom 20.5.1970 zu verabschieden; die §§ 125, 125a StGB erhielten ihre heutige Fassung.

„§ 125 alter Fassung hatte ... ein sog. Massendelikt enthalten, bei dem die Strafbarkeit an die bloße Zugehörigkeit zu einer feindseligen Menschenmenge anknüpfte, aus der heraus Ausschreitungen gegen Personen oder Sachen begangen wurden. ... Demgegenüber ist nach § 125 neuer Fassung nur noch derjenige strafbar, der sich an solchen Ausschreitungen als Täter oder Teilnehmer beteiligt oder der auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu Gewalttätigkeiten usw. zu fördern. Nicht mehr erfaßt sind mithin bloße „Mitläufer“ einer eindeutig unfriedlichen Demonstration, auch wenn sie als Teil einer feindseli-

gen Menschenmenge deren auf massenpsychologischen Phänomenen beruhende Gefährlichkeit steigern.“ (a.a.O., Rdnr. 1) Seit einigen Jahren mehrten sich die Bestrebungen, die §§ 125, 125a StGB wieder zu verschärfen:

... doch ist der Versuch des Bundesrates, den zu eng gefaßten (!) § 125 mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz zu verbessern (!), an Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 7/2854, 13) und Bundestag gescheitert (vergl. BT-Drs. 7/4549, 4; Sten. Prot. Bundestag 7/14719 ff.); auch die Initiativen der CDU/CSU und des Bundesrats (BT-Drs. 8/322; 8/2677) wurden mehrheitlich abgelehnt.

Die Gerichte waren bislang wegen der relativ eindeutigen Gesetzeslage gehindert, selbst die Strafbarkeit durch weitere Auslegung der entspr. Paragraphen auszudehnen.

Allerdings scheint sich hier ansatzweise noch vor der CDU/CSU/FDP-Regierung beabsichtigten Gesetzesverschärfungen eine Trendwende anzubahnen. In dem Urteil gegen die Teilnehmer der Schacht-Konrad-Demonstration am 30. 10.82 führt das Amtsgericht Salzgitter aus:

„Es wurden Gewalttätigkeiten gegen Sachen unternommen, nämlich Verkehrseinrichtungen zu Barrikaden gehäuft, Eisenbahnschwellungen gelockert, der Zaun des Schachtgeländes teilweise eingerissen und Schienenanlagen der Werksbahn beschädigt. Gewalttätige Demonstranten gingen insoweit immer gemeinsam vor. Der Angeklagte schaute nicht nur diesem Treiben als völlig Unbeteiligter zu, sondern billigte diese Gewaltmaßnahmen, bis zum Rückzug der Demonstranten in unmittelbarer Nähe bleibend und unterstützte dadurch psychisch seiner Absicht gemäß die Gewalttäter. Es hat sich der Angeklagte als Teilnehmer eines besonders schweren Falles des Landfriedensbruchs schuldig gemacht.“

Entsprechend klagt das StA Braunschweig an (in einem anderen Verfahren):

„Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, in Salzgitter-Bleckenstedt am 30.10.1982 am frühen Nachmittag sich an Gewalttätigkeiten gegen Menschen, ... beteiligt zu haben, indem sie sich als Teilnehmer der Demonstration gegen die geplante Atommülldeponie Schacht Konrad auf einem Feldgelände links von der Bahnüberführung hinter der Industriestraße Nord innerhalb einer Gruppe von ca. 150 Demonstranten befanden, ... und sie durch Ihre Anwesenheit den Tatwillen der selbst gewalttätig gewordenen Demonstranten wenigstens bestärkten.“

(Auszug aus dem Strafbefehl für die Strafverfolgungsbehörden: § 353 d StGB - verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen - ist nicht tangiert (vergl. OLG Hamm NJW 1977,967; OLG Köln JR 473)

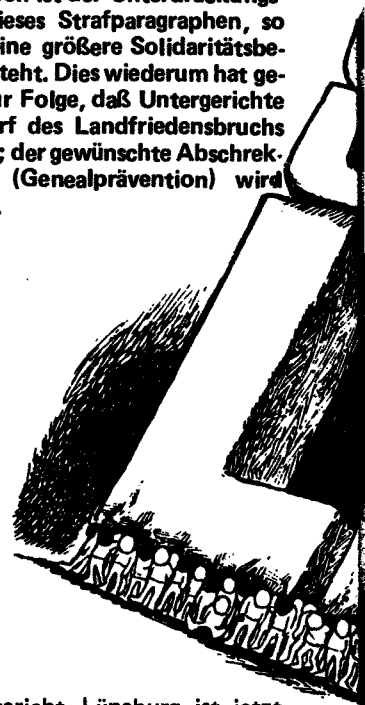


Der damit verfolgte Zweck wird offen erklärt:

„Die Frage ist jedoch ... ob der Gesetzgeber damit (mit der Neufassung des §§ 125, 125a StGB; d. Verf.) nicht über das Ziel hinausgeschossen ist, da § 125 n.F. auch gegen Gewalttätige eine stumpfe Waffe bleibt, solange sie hinter dem Schutzschild passiver Demonstranten weitgehend risikolos agieren können.“ (Schönke/Schröder, a.a.O. Rdnr. 1)

Also werden alle Demonstranten zu Landfriedensbrechern gemacht und können abgestraft werden.

Daß das auf politische Probleme stößt, hat sich in der Vergangenheit häufig gezeigt. Zu offen ist der Unterdrückungscharakter dieses Strafparagraphen, so daß meist eine größere Solidaritätsbewegung entsteht. Dies wiederum hat gelegentlich zur Folge, daß Untergerichte vom Vorwurf des Landfriedensbruchs freisprechen; der gewünschte Abschreckungseffekt (Genealprävention) wird nicht erzielt.



Beim Landgericht Lüneburg ist jetzt noch wegen schweren Landfriedensbruch anlässlich der Gorleben-Demonstration am 4.9.1982 ein Verfahren gegen Richard Stolze aus Salzgitter anhängig. Die Hauptverhandlung ist noch nicht (wieder) terminiert. Eine Gefängnisstrafe ist das Ziel der StA, da die Mindeststrafe ein halbes Jahr Freiheitsstrafe (§ 125 a StGB) beträgt. Der politische Charakter auch dieses Prozesses wird von der StA sogar betont:

„Der Vorfall hat insbesondere auch deswegen besondere regionale Bedeutung, weil es sich um die erste Kundgebung im Raum Gorleben handelt, bei der es zu massiven gewalttätigen Ausschreitungen gekommen ist. Die Härte und Brutalität, mit der militante Gruppen gegen die Polizeibeamten vorgegangen sind, war durchaus vergleichbar mit den Geschehnissen in Grohnde und Brokdorf.“ (Stellungnahme betrifft Anklageerhebung vor dem Landgericht – Zur Verdeutlichung: Wegen der Grohnde-Demonstration 1977 wurden vom LG Hannover Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr ohne Bewährung, wegen der Brokdorf-Demonstration Freiheitsstrafen von 5 1/2 und 3 Jahren verhängt!)



# PROZESSÜBERBLICK

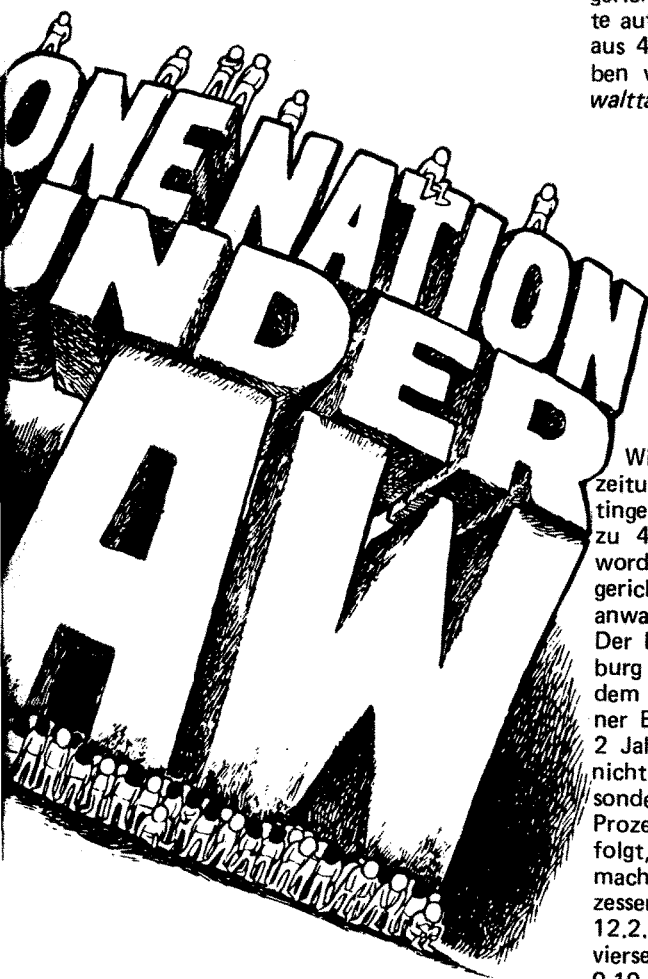
## Schacht Konrad Prozesse

Leider fanden die bisher 3 Verfahren vor dem Amtsgericht in Salzgitter wegen der Demo am Schacht Konrad am 30.10.82 in allen Medien wenig Beachtung. Im Schnellverfahren einige Tage nach der Demo wurde ein 18-jähriger aus Salzgitter zu 6 Monaten auf Bewährung verurteilt. Der zweite Prozeß gegen Peter aus Neumünster endete am 4.3. mit einer Verurteilung von einem Jahr auf drei Jahre zur Bewährung. Peter soll einen Polizisten durch Steinwurf

verletzt haben. Peter setzte während der Verhandlung alles daran seine Gewaltfreiheit zu beweisen (u.a. mit Leumundszeugen). Die Verteidigung wies die Unmöglichkeit der Flugbahn des Steines nach. Das alles beeindruckte das Gericht wenig. Peter wurde wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung verurteilt. Der dritte Prozeß gegen Michael aus Berlin dauerte nur einen Tag. Michael galt noch als jugendlich und war deshalb vor dem Jugendgericht angeklagt. Die Anklage basierte auf der Aussage eines Polizisten, der aus 40 Meter Entfernung gesehen haben will, wie Michael „in einer gewalttätigen Gruppe mit einer Zwillie

hantierte“. Und das über 40 m im dichten Nebel und die Luft voller Tränengas. Er will Michael im Gefangenenwagen anhand seines blassen Gesichts und eines Tuchs mit Punkten wiedererkannt haben. Seine Aussage vor Gericht endete damit, daß er nicht konkret sagen konnte, daß Michael Steine geworfen oder mit der Zwillie geschossen hat. Er war eben in der Gruppe. Das reichte dem Jugendrichter Pätzmann für eine Verurteilung, die somit einen Vorgriff auf den neuen (noch nicht geltenden) Landfriedensbruchparagrafen, 10 Monate Jugendstrafe auch auf Bewährung ist mit das Höchste was ein Jugendgericht verurteilt. Das sollten alle bedenken, die meinen, daß die Verurteilung ja nicht so hart ist.

Nach dem Itzehoeer Landrecht nun das Salzgitteraner Landrecht!



## Gorlebenprozesse

Wie bereits in der letzten Atommüllzeitung berichtet, ist Carmen aus Göttingen vor dem Jugendschöffengericht zu 4 Wochen Jugendarrest verurteilt worden. Das Urteil wurde vor dem Landgericht bestätigt, nachdem die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. Der Prozeß gegen Michael aus Lauenburg begann und endete am 27.1.83 vor dem Amtsgericht Dannenberg mit einer Bewährungsstrafe (8 Monate auf 2 Jahre). Michael gestand Steinwürfe nicht nur wie ihm angelastet in Uelzen, sondern auch noch in Gorleben. Der Prozeß wurde nur von 12 Leuten verfolgt, da der Termin nicht bekannt gemacht wurde. Zu den Gorleben-Prozessen und der Solidaritätsdemo am 12.2.83 in Lüneburg haben wir ein vierseitiges Prozeßinfo gemacht (Preis 0,10 DM, Bestelladresse siehe Impressum).

Wegen dem Tanz auf dem Vulkan in Gorleben am 4.9. bzw. wegen der Demo in Uelzen am 5.9.82 wurden bisher gegen vier Leute Anklage erhoben, wovon zwei Verfahren gleich vor dem Landgericht in Lüneburg begannen. Das erste davon endete mit einem Freispruch für Christoph aus Berlin am 16.2.83. Am 14.2. begann dieser Prozeß; die 6 Belastungszeugen erzählten viel von steinewerfenden Demonstranten ganz in Leder und mit schwarzen Helmen. Alle bis auf einen meinten Christoph als Steinwerfer erkannt zu haben, an seinem schwarzen Helm mit gelbem Randstreifen. Anhand eines Fotos konnte nachgewiesen werden, das dieser gelbe Randstreifen erst nach der Festnahme entstanden war (es war die Helmumrandung, die sich bei der Festnahme gelöst hatte). An beiden Prozeßtagen waren trotz eisiger Kälte mehr Leute da, als im Saal Platz fanden. Der zweite Prozeß gegen Richard aus Salzgitter wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Wasserwerfer-Prozess

Bei den Aktionen in Gorleben gegen das weiterhin im Bau befindliche Zwischenlager für radioaktive Abfälle am 4./5. September 1982 setzte die Staatsgewalt Groß-Wasserwerfer ein. Polizei und Bundesgrenzschutz zeigten eine bislang nicht bekannte Härte, mehrere an der Demonstration/Blockade Beteiligte wurden, z.T. schwer verletzt. Auch bei der nachfolgenden Demonstration in Uelzen wurden die harten Einsätze fortgesetzt und die Demonstranten mit Hunden, Hubschraubern und Wasserwerfern aus der Stadt gejagt. Blockadeteilnehmer meinen:

„Wir als Betroffene dieser wahnsinnigen Einsätze zum „Schutz“ der Baustelle in Gorle-

ben und der Polizei sind entsetzt und wütend über das Ausmaß polizeilicher Repression. Wir werden den Wasserwerfereinsatz nicht auf sich beruhen lassen:

Wir lassen die Unrechtmäßigkeit der Polizeieinsätze gerichtlich feststellen, verklagen das Land Niedersachsen auf Schmerzensgeld und stellen gegen die Verantwortlichen für die Einsätze Strafantrag wegen Körperverletzung. Für diese Schritte sind wir auf breite Unterstützung und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit angewiesen. Nur wenn sich das demokratische Gewissen dieses Landes regt, wenn die Bürger, für die Demokratie, Recht auf freie und auch unbequeme Meinungsäußerung und auf Demonstration keine lästigen Anhängsel unserer Verfassung

sind, die schrittweise Aushöhlung dieser Rechte nicht länger hinnehmen, kann die beschriebene Entwicklung aufgehalten werden.

Wenn solche Einsätze nicht auf breite öffentliche Mißbilligung stoßen, werden sie bald zum gewohnten Bild der Polizei gehören. Wir bitten alle verantwortungsbewußten Bürger, durch ihre Anwesenheit und ihr Verhalten bei Bürgerprotesten es Polizei und Politikern möglichst schwer zu machen, so gegen uns vorzugehen.“

Kontakt: Jens-Rüdiger Boy, c/o Strobobüro, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50. Tel. 390 95 56

**Wichtig:**

## Atommüll konferenz am 7./8. Mai in Gorleben

Die Atommüllkonferenz, vor über einem Jahr als bundesweites Koordinationsgremium der gegen Atommülllagerung und -verarbeitung kämpfenden BI's ins Leben gerufen, ist von einer repräsentativ besuchten "Konferenz" zu einem Treffen von "Insidern" und Nimmermüden geworden. Dafür verantwortlich sind sicherlich Pannen bei den Einladungen und der Organisation, das geringe Interesse und die fehlende Kapazität der BI's zu überregionaler Diskussion und Koordination, aber nicht zuletzt die bei den Teilnehmern vorherrschende Konsumhaltung, welche die nicht oder schlecht vorbereiteten Arbeitsgruppen ineffektiv machte. Es zeigte sich immer wieder, daß gut vorbereitete Arbeitsgruppen den Teilnehmern "was gebracht" hatten (Beisp. Akzeptanzforschung), der allgemeine Informationsstand konnte erhöht werden, wichtige Erfahrungen anderer BI's für die eigene Arbeit nutzbar gemacht werden, Diskussionen über einheitliche Strategien und politische Einschätzungen wären möglich. Gemeinsame, überregionale Aktionen wie der 4. 9. wären ohne diese Zusammentreffen nicht zustande gekommen und in dieser Richtung steht demnächst noch viel an, wenn die Einlagerung des Atommülls in die Zwischen- und Endlager beginnt, die WAA gebaut wird. Die Atommafia hat jetzt die Voraussetzung zu vollkommen reibungsloser und rücksichtsloser Zusammenarbeit, der Sand aus dem Getriebe des Staates wird entfernt und einige meinen noch, sie haben die anderen für den Kampf dagegen nicht nötig.

Für die nächste, am 7./8. Mai, Beginn 14 Uhr, in Gorleben stattfindende Atommüllkonferenz sind folgende Arbeitsgruppen geplant und z.T. schon vorbereitet:

- Atommülltransporte
- WAA
- Beteiligung der RWE am militärisch genutzten Schnellen Brüter in Malville
- Plutoniumwirtschaft
- schwach- und mittelaktiver Müll
- Zwischenlager
- Endlager
- Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt: Hannes, Tel. 05841/6112  
Schlafplätze: BI-Büro Tel. 05841/4684  
Eine ca. 10seitige Materialsammlung kann über das Anti-Atombüro Die-melstadt bezogen werden.

## Vergangenheit düster - Zukunft schwarz

Spätestens seit dem 6. März ist klar, daß wir in den nächsten Jahren mit einer CDU/CSU/FDP-Regierung leben müssen, die energie- und umweltpolitisch eine noch härtere Gangart einschlagen wird, sich dabei aber geringeren politischen Legitimationsproblemen gegenüber sehen wird, als dies bei einer SPD-(Grünen)-Konstellation der Fall gewesen wäre.

Dem steht eine Anti-AKW-Bewegung gegenüber, die sich nach der sogenannten Herbstoffensive 1982 wieder einmal in einer tiefen Krise befindet.

Wir haben uns zu dieser Situation und ihren unterschiedlichen Gesichtspunkten ein paar Gedanken gemacht, die wir euch nicht vorenthalten möchten.

### Was ist von der CDU zu erwarten?

Nichts Gutes!! In den letzten Jahren haben CDU/CSU bei jeder Gelegenheit erklärt, daß ihnen die Atomenergiepolitik der SPD/FDP-Regierung nicht entschlossen und umfassend genug sei. Sie wollten:

- mehr Leichtwasserreaktoren - den zügigen Bau einer WAA - das Festhalten am Bau des Schnellen Brüters und des HTR - eine Entscheidung für eine Endlagerung in Gorleben - eine Verlängerung der Lagerfristen für abgebrannte Brennelemente - die zügige Genehmigung von Zwischenlagern wie Ahaus - generell eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren - einen Abbau der Einspruchs- und Widerspruchsmöglichkeiten auf legaler bzw. juristischer Ebene (z.B. Abschaffung der Verbandsklage) - einen Abbau von staatlicher Kontrolle und Rückverlagerung von Kompetenz zu den Betreibern und Baufirmen - u.a.m. -

Dieses Programm ist eindeutig, aber auch die neue Regierung wird vor ähnlichen Problemen stehen wie die vorherige:

- Es gibt einen riesigen Finanzmangel, der vor allem die Forschung und Entwicklung in der Atomtechnologie und die Fertigstellung des Schnellen Brüters und des HTR in Frage stellt
- Innerhalb der Energiewirtschaft nimmt die Skepsis über die weiteren Zuwachsraten beim Atomstrom und die Substitutionsmöglichkeiten im Wärmemarkt zu;
- Es ist Ernüchterung eingetreten über die Exportchancen von Atomtechnologie, erinnert sei nur an das Scheitern des Brasiliengeschäftes;
- Selbst die CDU-heinis haben begriffen, daß die Förderung von Atomtechnologie in ausschließender Konkurrenz steht zur Forschung über andere Energiequellen (so ist auch Riesenhuber für eine verstärkte Förderung von Solarenergie) bzw. zur Entwicklung anderer weltmarktorientierter Technologien (Mikroelektronik und Biotechnologie z. B.).

Zur Lösung ihrer Schwierigkeiten erwägen sie offensichtlich:

1. Eine Vereinfachung und damit wesentliche Verbilligung der Genehmigungs- und Bauverfahren, wie sie sich in der Baulinie 80 bzw. in der 3. Fortschreibung des Energieprogramms bereits angekündigt haben und in der Reduzierung von sogenannter Sicherheitsforschung fortsetzen wird.

Dazu gehört auch ein Abbau der staatlichen Bürokratie und Kontrolle. Forschungs- und Technologieminister Riesenhuber: "Mißlungen ist... die Verklammerung des technischen Aufbaus der Projekte mit den staatlichen Rahmenbedingungen. Das Genehmigungsverfahren ist in wuchernder Bürokratie erstickt... Der Staat hat rechtzeitig mit einem absehbaren und funktionalen Genehmigungsverfahren... einen zuverlässiger Rahmen zu schaffen." (FR 23.8.1982)

Praktisch kann dies bedeuten, daß zum Zeitpunkt der Genehmigung einer Anlage oder eines Projektes der "Stand von Wissenschaft und Forschung" ein für allemal definiert wird und während der Bauzeit keine zusätzlichen Sicherheitsauflagen verlangt werden können. Dies war u.a. wesentlich für die Verzögerungen in Kalkar und Schmehausen und hatte auch Auswirkungen auf die Exportchancen.

2. Die CDU-Regierung wird verstärkt und vielleicht auch erfolgreicher versuchen, die Energiekonzerne in die Forschungs- und Entwicklungspolitik und damit auch deren Finanzierung miteinzubeziehen. Nochmal Riesenhuber: "Bei Großprojekten... sind die Unternehmen zumindest in der Anfangsphase überfordert und insofern ist staatliches Engagement vertretbar. Die Wirtschaft muß aber so früh und weitgehend wie möglich in die Finanzierung und zugleich in die Projektverantwortung einbezogen werden." (FR 23.8.82) Oder an anderer Stelle: "Je früher und je stärker es uns gelingt, diese Großprojekte gemeinsam mit der Wirtschaft aufzubauen, desto stärker ist auch der Zwang zu straffer Kalkulation und Projektführung." (SZ 27.10.82)

3. Als Gegenleistung für ihre stärkere finanzielle Beteiligung ist den Energiekonzernen eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes in Aussicht gestellt worden, das eine wesentliche Erhöhung der Stromtarife und damit eine Finanzierung der Atomprojekte durch die Kleinverbraucher ermöglichen würde. "Bezahlen werden die Bürger den Brüter und den HTR aber voraussichtlich nicht nur als Steuerzahler über den Bundeshaushalt, sondern auch als Stromverbraucher. Nach einer in Bonn nicht mehr für unwahrscheinlich gehaltenen Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes könnten die E-Werke ihn über einen Zuschlag zum Strompreis zur Kasse bitten." (FR 22.10.1982)

4. Ein ziemlich großes Sorgenkind dieser Regierung sind nach wie vor wir - nämlich der Widerstand gegen die Atompolitik. Gerade in diesem Bereich der von CSU-Zimmermann verantwortet wird, sehen wir so einiges auf uns zukommen. Vom Lieblingskind der SPD-Regierung, dem "Bürgerdialog", ist gerade noch so viel über geblieben, daß Riesenhuber in einer "Standortfibel" der Konrad-Adenauer-Stiftung den kommunalen Funktionären seiner Partei Argumentationen helfen bei der Auseinandersetzung um industrielle Großprojekte gibt. (TAZ 22.10.82) Im Vordergrund steht eine Verschärfung des repressiven Zugriffs vor allem auf die militanten und radikalen Teile der Bewegung.

a) CDU/CSU verlangen eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes, die zur Wiedereinführung des Deliktes des Landfriedensbruches in das Strafrecht wie schon vor 1969 führen soll. Damit wäre nicht mehr ein individuell zuzuordnendes Verhalten Voraussetzung für eine Verurteilung, sondern nur noch der Gesamtverlauf einer Demo und die Feststellung der Teilnahme; CDU/CSU wollen das Verbot passiver Bewaffnung durchsetzen, also Verbot von Helmen etc. während sie die Bullen weiter aufrüsten, wie z.B. mit Gummigeschossen; CDU/CSU wollen die Finanzierung der Bulleneinsätze durch ihre Opfer nach dem Muster Baden-Württembergs.

b) Die CDU/CSU regierten Länder haben bereits 1982 die Wiedereinführung des "Melde-dienstes Gewalttätige Störer" durchgesetzt, den es nach der Kalkademio 1977 für 2 Jahre schon einmal gegeben hat. Zu erwarten ist eine dauerhafte Einrichtung (im Moment nur auf "Probe") und die Ausweitung der Aufnahmekriterien. Während im Moment in den BKA-Computern diejenigen gespeichert werden, gegen die wegen schweren Landfriedensbruch ermittelt oder ein Urteil ausgesprochen wurde, könnten in Zukunft auch diejenigen darin aufgenommen werden, die Flugblätter verteilen oder ver-antworten, Demos anmelden oder sonst wie "auffällig" sind. Damit haben die Bullen bereits jetzt ein wirksames Instrument zur Aussonderung und vorläufigen Festnahme von Teilen der Bewegung im Vorfeld von Demonstrationen bzw. zur Registrierung über-regionaler Kontakte und Zusammenhänge.

c) Die Bundesregierung wird verstärkt zu Verboten von Demonstrationen ermuntern; etwa nach dem Muster von Frankfurt, wo seit Jahren grundsätzlich jede Demo verboten wird und die Erlaubnis jeweils nur gerichtlich mit entsprechenden Auflagen durch-setzbar war. Anders als die SPD/FDP-Regierung werden sie sich nicht scheuen Verbote auch gegen hunderttausend durchzusetzen.

d) Die jüngste Heimsuchung des Atomexpress in Göttingen zeigt, wie sie die organi-sierten linken Zusammenhänge in der Bewegung behandeln wollen.

All das kann sich für die CDU/CSU-Regierung auch gegenteilig auswirken; diese Maß-nahmen können - wie schon so häufig - auch zu größerer Solidarität führen und die hinrissigen Differenzierungen zwischen Gewalttätigen und Gewaltfreien überwinden helfen.

## Die SPDee, die tut so wehhhhh

In der Durchsetzung ihrer Atompolitik wird sich die CDU besonders auf ihre po-litischen Stützpfeiler in den Länderregierungen verlassen (Dragahn/Niedersachsen, Wyhl/Baden-Württemberg, Schwandorf/Bayern).

Probleme bei der Durchsetzung könnte es nicht nur mit der Anti-AKW-Bewegung geben, sondern auch mit den letzten Bastionen der SPD. Die Kritik der SPD konzentriert sich auf die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und den Weiterbau des Schnellen Brüters. Dies wird u.a. deutlich in dem Wahlprogramm der SPD, indem sich die Partei einstimmig gegen den Weiterbau des Brüters aussprach. Peinlicher noch ist der plötz-liche Gesinnungswandel des Andreas von Bülow, der nun zugeben kann, daß er nie "ein quasi erotisches Verhältnis zu den fortgeschrittenen Reaktorlinien" gehabt habe, son-dern nur die Desorganisation im Ministerium den Baustopp verumöglicht habe. Man muß es in aller Deutlichkeit sagen, die CDU/CSU/FDP-Regierung führt die von der SPD getragene Atompolitik weiter fort, nur etwas schneller und rücksichtsloser. Andererseits wird sich die SPD mit ihrer Kritik an der Veränderung der Genehmigungs-verfahren und am Weiterbau des Schnellen Brüters versuchen, als Opposition zu pro-filieren und Teile der Bewegung und der Grünen wiederaufzusaugen.



## Zur SITUATION DER Initiativen an den Standorten und in den Städten

Wie schon immer wird auch in den nächsten Monaten, im nächsten Jahr, eine über-regionale Mobilisierung - wenn sie überhaupt zu Stande kommt - von Initiativen an einzelnen Standorten ausgehen. Denkbar sind Auseinandersetzungen in Dragahn, Ahaus, Schwandorf, aber vor allem Wyhl. Wyhl aus 2 Gründen: Nach allem was wir wissen, gibt es dort immer noch eine intakte Struktur des Widerstandes. Außerdem hat Wyhl für die Anti-AKW-Bewegung einen hohen symbolischen Stellenwert. Mit der Platzbesetzung in Wyhl ging es 1975 richtig los und das ist bis heute das erfolg-reichste Lehrstück des Anti-AKW-Widerstandes geblieben. Die Aufrechterhaltung der Strukturen der Anti-AKW-Bewegung, wie personell schwach sie auch immer sein mögen, ist dabei von entscheidender Bedeutung. Nicht nur wird sie den Rahmen für eine erfolgreiche Mobilisierung zu den Standorten abgeben, sondern sie ist auch nach wie vor die einzige überregional organisierte Bewegung, in der eine offene politische Auseinandersetzung geführt wird.

Essener Initiative gegen Atomanlagen

Diesen Beitrag entnehmen wir (gekürzt) der Zeitung der Anti-AKW-Gruppen aus Nordrhein-Westfalen in Atomschläge Nr. 42 (5.4.83) c/o Essener Initiative gegen Atomanlagen, Eltingstraße 35, 4300 Essen 1

## Impressum

Atommüllzeitung Nr. 23  
Presserecht. verantwortl. Günter Garbers,  
Hindenburgstr. 3a, 2120 Lüneburg  
Tel.-Verbindungen:  
04131/45290 Matthias Küntzel und  
04131/34579 Günter Garbers  
Herausgeber: Lüneburger Arbeitskreis gegen  
Atomanlagen (LAGA)  
Auflage: 2.500  
Druck: Hein & Co., Hamburg

## Bestellbedingungen

4 Zeitungen im Voraus für DM 14,- inkl. Porto  
ab 10 Exemplare DM 2,20 pro Stück + Porto

## Bestellungen bei:

Gunter Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg  
Postscheckkonto 378 14 - 206 „Gorleben Ak-tuell“, G. Garbers, Postscheckamt Hamburg  
Ebenfalls Spendenkonto !!!

## COUPON

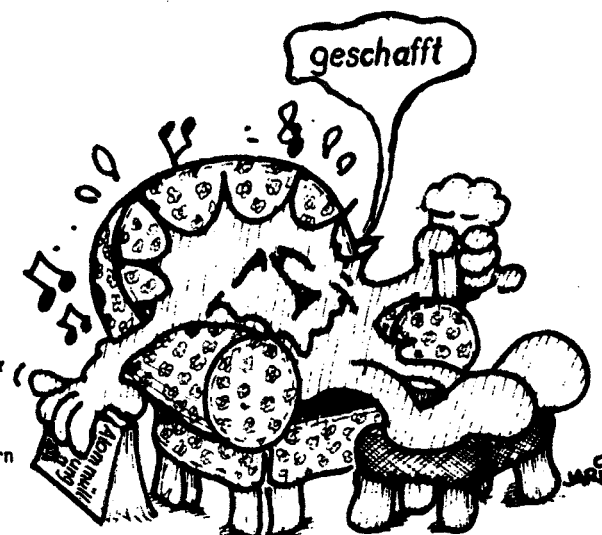
Ich abonniere hiermit bis auf Wi-derruf und gegen Rechnung die  
ATOMMÜLLZEITUNG.

Name, Vorname

Straße Nr.

PLZ Ort

Datum, Unterschrift





## Demonstrationsaufruf

# Bohr-Beginn ist Bau-Beginn! WAA Niemals und Nirgends!

Ab Anfang Mai wird die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung (DWK) mit 145 Bohrungen bei Wackersdorf (Bayern) beginnen, um die Eignung dieses Standortes für die erst großtechnische WAA der Bundesrepublik festzustellen. Hierzu werden bereits viele Bäume gefällt werden müssen, weitere bauliche Maßnahmen (Erstellung einer Ringstraße und eines Bauzaunes mit Wassergraben und Sperrgürtel) sind ebenfalls zu erwarten. Die DWK wird damit bereits von einem Baugelände faktisch Besitz ergreifen, bevor in einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren Sinn und Risiken einer solchen Anlage erörtert werden können. Durch eine Strategie der geschaffenen Tatsachen werden damit sogar die wenigen gesetzlich vorgesehenen Einspruchsrechte der Bevölkerung unterlaufen. Nur ein sofortiger und offensiv vertretener Widerstand aller Bürger kann jetzt verhindern, daß uns auf diese Weise eine WAA aufgezwungen wird!

Diese WAA ist aber nicht einfach nur eine weitere Atomanlage unter anderen, sondern:

- Selbst bei einwandfreier Funktion aller Filtersysteme gibt eine WAA im Normalbetrieb das 10 - 1.000 fache an radioaktiven Stoffen im Vergleich zu bisherigen Atomreaktoren an die Umwelt ab, was langfristig zu einer erheblichen Erhöhung der Rate von Krebserkrankungen und genetisch bedingten Mißbildungen führen wird.
- Der Betrieb einer WAA bietet durch das dabei in großen Mengen anfallende, waffenfähige Plutonium eine entscheidende Voraussetzung zur Herstellung von Atomwaffen. Durch die damit mögliche Verschleierung militärischer Aktivitäten wäre damit endgültig eine Trennung von friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie unmöglich.
- Mit dem Bau dieser WAA wird klammheimlich ein riesiges Zwischenlager für atomare Brennstäbe mitgebaut, das als Entsorgungsnachweis erst die Voraussetzung dafür ist, daß überhaupt alle bestehenden Atomanlagen weiterbetrieben bzw. neue Atomreaktoren gebaut werden können.
- Der Bau dieser WAA ist angesichts der Wirtschaftslage unseres Landes besonders unsinnig und verantwortungslos: Die Baukosten von mindestens 10 Milliarden Mark müssen durch erhöhte Strompreise finanziert werden. Mit dieser Investitionssumme könnte ein Vielfaches an Arbeitsplätzen in anderen Industriezweigen geschaffen werden.
- Eine WAA liefert erstmals den für einen Schnellen Brüter benötigten Brennstoff. Sie ist damit gleichermaßen Voraussetzung wie Sachzwang für eine neue Runde technologischer Aufrüstung bei der Energiegewinnung, die sich durch noch größere Investitionskosten, Umweltbedrohung und Zentralisierung auszeichnet.

Der Bau dieser WAA ist somit in vieler Hinsicht der strategische Scheidepunkt in der weiteren Entwicklung von ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie. Der Dachverband aller Oberpfälzer Bürgerinitiativen ruft daher alle Gegner von Atomenergie und Atomwaffen zu einer

## Großdemonstration unmittelbar am Baugelände in Wackersdorf

Der genaue Termin, wahrscheinlich PFINGSTEN, sowie weitere Einzelheiten werden in Kürze bekanntgegeben.

Unsere ökologische Grundhaltung bezüglich der Energiegewinnung gilt auch für die Form unseres Widerstandes: Wir suchen mit dieser Demonstration am Baugelände nicht die Konfrontation mit der Polizei, Entsprechend erwarten wir auch, ungehindert demonstrieren zu können.

Der Dachverband der Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen,  
V.i.S.d.P.: Hannes Lindenmeyer, Kühberg 7, 8492 Furth, Tel: 09973/9855

Collection Loka foundation

[www.loka.org](http://www.loka.org)

Digitized by Loka